Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg
Nr. 20 · Februar – April 2004 · 3 €

Combat 18
Actiongroup

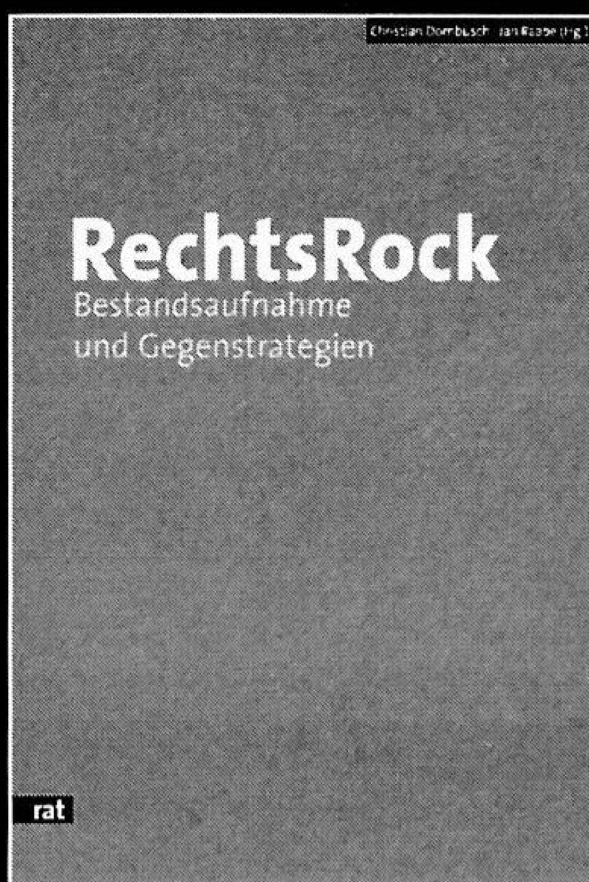
Zahnlose Repression
Neonazi-Terrorstrukturen in Norddeutschland

Antirassismus · Antifaschismus
Neues aus der Neonazi-Szene
Extreme Rechte · Europa

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:



Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Mögichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das neue Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

Argumente.Netzwerk antirassisischer Bildung e.V. (Hg.)

... in der Mitte angekommen

Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern



1. Auflage 2002
80 Seiten, A4
Versandbedingungen:
1 Ex 3 € plus 1 € Versand
10 Ex 25 € inkl. Versand

»Das Ergebnis dieses Projekts ist beeindruckend und dürfte in M-V seinesgleichen suchen. Es ist nicht nur das professionelle Design der Broschüre, das beeindruckt. Vor allem die Tiefgründigkeit und Vielgestaltigkeit der behandelten Themen machen aus dem Heft ein Arbeitsmaterial genauso wie ein Dokument der Zeitgeschichte. [...] Vier Schwerpunkte setzen die AutorInnen. Es geht um... die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen ... die Frage nach vernünftiger Jugendarbeit ... Sinn bzw. Unsinn unterschiedlicher Ansätze von Gewerkschaften, Netzwerken, Initiativen und der Landesregierung gegen Rechts ... den Stand der Organisation der Neonazis ...«

Likedeeler – Zeitschrift aus Greifswald, März 2002

asp (Hg.)

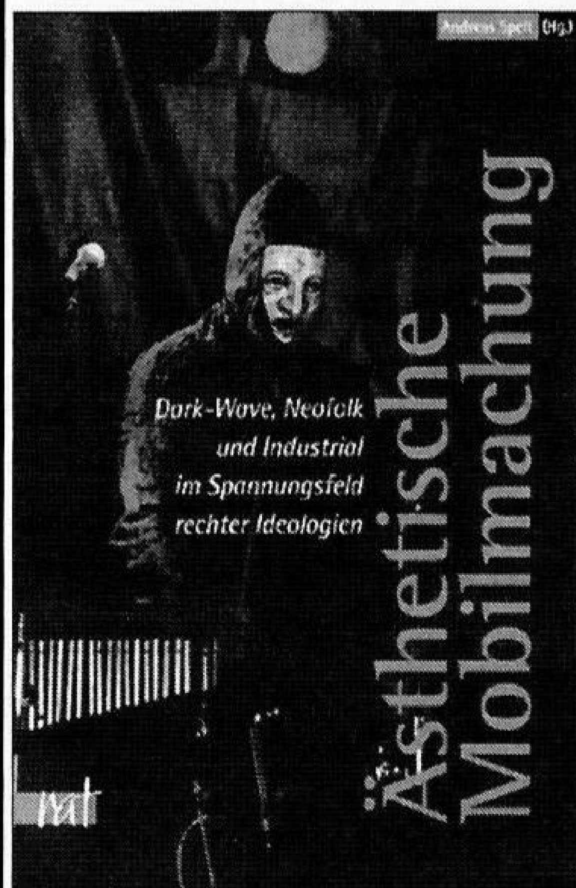
Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.



2. Auflage 2003
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand



1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16 Euro

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.

In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.



1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25 € incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) in der Mitte...
( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
( ) Ästhetische Mobilmachung ( ) RechtsRock
( ) zusätzliche Broschüren ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) in der Mitte...

Ich habe der Sendung ( ) € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 20

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13,- Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

Willkommen im neuen Jahr mit der zwanzigsten Ausgabe der Enough is enough!

Nach den Razzien der Polizei gegen neonazistische Terrorstrukturen und – trotz Verbot – weitergeführter Blood & Honour – Zusammenhänge in Bayern, Schleswig-Holstein und Thüringen ist erneut deutlich geworden, dass solche verdeckt stattfindenden Aktivitäten nicht von in die Illegalität abgetauchten Faschisten betrieben werden, sondern von eben denen, die auch Demonstrationen und Veranstaltungen organisieren bzw. an ihnen teilnehmen. Dass es dabei vielfach auch zu Verbindungen ins rein kriminelle Milieu kommt, ist für LeserInnen dieser Zeitung nicht neu.

So durchsuchte die Polizei am 28.10.03, nach eigenen Angaben 50 Objekte in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Dabei wurden sieben Personen festgenommen bei denen auch eine Pumpgun, vier Pistolen und Munition sichergestellt wurden. Die Durchsuchungen galten Combat 18 – Pinneberg um den Neonazi Clemens Otto. Verhaftet wurde aber auch Peter Borchert, der C 18 mit Waffen beliefert haben soll. Sowohl Otto als auch Clemens treten seit Jahren in aller Öffentlichkeit für Ihre »Sache« auf. Ob die Ermittlungen letztendlich das Netzwerk der Neonazis schwächen wird bleibt somit abzuwarten. Die Qualität neonazistischer Organisierung, deren Vernetzung und Ihre – auch kriminellen – Möglichkeiten haben im Laufe der Jahre, trotz Verbote und spektakulärer Waffenfunde eher zugenommen.

Sicherlich haben die Durchsuchungen in der Nazi-Szene für etwas Unruhe gesorgt haben, gleichwohl finden aber weiterhin jedes Wochenende Aufmärsche statt. Hatte es bereits vor etlichen Monaten bei den Neonazis Überlegungen gegeben, solche öffentlichen Aktionen stärker als bisher in eine umfassendere Öffentlichkeitsarbeit einzubetten, so findet ein solcher Versuch derzeit in Niedersachsen statt. Dort organisiert die NPD – mit aktiver Beteiligung des *Aktionsbüros Norddeutschland* und Hamburger Neonazis um Thomas »Steiner« Wulff – eine Kampagne unter dem Motto »Heimreise statt Einwanderung'. Bestandteil dieser rassistischen Aktivitäten sind Info-Tische, Propaganda-Aktionen und mehrere Demonstrationen in verschiedenen niedersächsischen Städten, zuletzt Ende November in Lüneburg. Die Organisatoren verknüpfen dabei in scharfer Weise verschiedene gesellschaftliche Probleme mit der Frage der Einwanderung und versuchen so, sich in die öffentliche Diskussion um soziale Probleme und Zuwanderung eine hörbare Stimme zu verschaffen, u.a. unter dem Stichwort »Bevölkerungspolitik'.

Bei diesem Thema können sich die Faschisten in eine Diskussion und politische Praxis der etablierten politischen Kräfte einklinken, die bei der Einwanderungs-, Flüchtlings- und Asylpolitik weiterhin von einer harten Linie bestimmt ist. Die Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik der Bundesregierung hat für das Jahr 2002 dazu geführt, dass fast 20 Prozent weniger Anträge auf Asyl gestellt wurden; mit insgesamt nur noch 71.127 Asylanträgen liegt Deutschland in Europa auf dem 16. Platz (gerechnet nach Asylanträgen pro Kopf der Bevölkerung). Dies reicht den Faschisten allerdings nicht. Angesichts fortschreitenden Sozialabbaus, weiter bestehender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Abkehr der WählerInnen von den etablierten Parteien spekulieren die Faschisten darauf, mit ihrer rassistischen Hetze und demagogischen Propaganda Zuspruch zu bekommen. Anknüpfungspunkte finden sich nicht nur im Rassismus, sondern auch im Nationalismus. Wirtschaftsminister Clement und andere fordern die Unternehmer zu mehr »Patriotismus« auf, die CDU ruft die »Patriotismus-Debatte« aus und die konservative Presse freut sich, dass das Bekenntnis zu Symbolen der Nation (z.B. die Staatsflagge) zunimmt. Größere Aufmerksamkeit verdient da auch eine Passage in den im Oktober verabschiedeten sog. Hartzgesetzen III und IV. Zu den künftigen Aufgaben der nun in »Agentur für Arbeit« umgetauften Bundesanstalt für Arbeit heißt es dort: »Die Agentur für Arbeit soll für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die voraussichtlich in absehbarer Zeit eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht finden, befristete Arbeitsgelegenheiten im Sozialrechtsverhältnis schaffen, für die eine angemessene Mehraufwandsentschädigung gezahlt wird.« Was es bereits auf kommunaler Ebene gibt, soll hier also bundesweit auf die Beine gestellt werden: ein Arbeitsdienst. Da werden sich die Faschisten freuen, bliesen diese doch Ende 2003 im faschistischen Monatsmagazin *Nation & Europa* ins selbe Horn und priesen unter der Überschrift »Dienst für Deutschland« die Idee eines Arbeitsdienstes, den einst der »NS-Politiker Konstantin Hierl (1875–1955) perfektionierte«.

Auch wenn die politischen Ansichten der Bundesanstalt für Arbeit sicherlich in keinster Weise mit denen der Nazis übereinstimmen, so findet sich eine solche Argumentation auf Bio-Politischer Ebene doch allzu oft im selben Tenor: Regulative Kontrolle und Verwaltung der Lebenskraft zum – angenommenen – Nutzen des Kollektiven. In der selben Diktion verfahren die Ausländerbehörden, die unter ähnlichen Vorzeichen ihre Abschiebe- und Abschreckungsmaschinerie ausbauen.



Ein Leben gegen das Vergessen

Jules Schelvis über Vernichtung und Widerstand

Im Rendsburger Abschiebeknast kam es zum bisher schon zweiten Selbsttötungsversuch seit der Inbetriebnahme im Januar 2003. Auf diese »Panne« bei der reibungslosen Verwaltung und Einschließung von Menschen, reagierte die Schleswig-Holsteinische Justizminsterin Anne Lütges mit der überaus »humanen« Forderung, die Suizidversuche durch »schnellere Abschiebungen« zu vermeiden.

Nicht vermeiden wollen wir noch den Hinweis auf das Hamburger Schmierentheater mit dem Hauptprotagonisten Ronald Barnabas Schill, der gedroht hat im Falle einer Wahlniederlage bei den Bürgerschaftswahlen am 29. Februar, sich selbst abzuschieben: Herr Schill wir nehmen ihre Drohung sehr ernst! Ob wir Ihn als mögliches Vorbild seiner Zunft am Flugplatz verabschieden konnten, erfahrt Ihr in der nächsten Ausgabe.

Die Redaktion, Januar 2004

11. Februar · Kiel
Hansastraße 48, 20 Uhr

12. Februar · Hamburg
GWA-Kölibri, Hein-Köllisch-Platz, 19.30 Uhr

In einer Zeit, in der das neue Deutschland überall in der Geschichte seine Rolle als Opfer sucht, sei es in der Debatte um Flucht und Vertreibung, sei es in den Erinnerungen an die alliierten Bombardierungen, ist es notwendiger denn je, diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie entkommen sind.»Der Drang, genau in Erfahrung zu bringen, wie es meiner Familie ergangen ist, die ich in Sobibór zurücklassen musste, entwickelte sich erst nach meiner Pensionierung.« Jules Schelvis, einer der wenigen Überlebenden des Vernichtungslagers Sobibór, gab diesem Drang nach und mutete sich einiges zu. Er trat unter anderem in einem Prozess gegen Täter aus Sobibór als Nebenkläger auf und erhielt dadurch Akteneinsicht. Er führte ausführliche Interviews mit Menschen, die Sobibór überlebt hatten. Daneben dienten persönliche Erlebnisse und umfangreiches Archivmaterial als Grundlage seines Buches über das Vernichtungslager Sobibór.

Er wird an diesen Abenden über seine Geschichte, seine Odyssee durch nationalsozialistische Vernichtungs- und Arbeitslager berichten. Wir wollen mit ihm aber auch darüber reden, wie er lange nach 1945 zu seiner bis heute andauernden Beschäftigung mit dem Vernichtungslager Sobibór kam.

In seiner Rede im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Häftlingsaufstandes in Sobibór erklärte Jules Schelvis: »Fest steht, wenn wir gestorben sind, dann wird niemand mehr da sein um zu erzählen, wie es wirklich war ... Ich finde es sehr wichtig, dass jetzt noch mehr deutschsprachige Menschen davon Kenntnis nehmen können, was in Sobibór passiert ist.«

Der niederländische Jude Jules Schelvis lebte mit seiner Frau Rachel in Amsterdam, als sie am 26. Mai 1943 aus ihrer Wohnung ins Lager Westerbork deportiert wurden. 19 Transporte mit 34.313 Personen verließen Westerbork in Richtung Sobibór. Niemand hatte eine Ahnung, was sie am Ende des Transportes erwartete. Seine Frau Rachel, ihre Brüder und die Schwiegereltern wurden wie alle anderen Menschen aus diesem Transport direkt in den Gaskammern ermordet. Jules Schelvis wurde direkt nach seiner Ankunft in Sobibór für das Torflager Dorohucza selektiert, die nächsten zwei Jahre überlebte er eine Odyssee durch sechs weitere Lager, bis er im Mai 1945 in Süddeutschland befreit wurde.

Sobibór ist neben Belzec und Treblinka einer der vergessenen Orte der »Aktion Reinhardt« – Tarnname der Nationalsozialisten für die vollständige Ermordung der Jüdinnen und Juden aus dem Generalgouvernement (heutiges Ostpolen). Über 1.750.000 Menschen nicht nur aus Polen wurden in den Gaskammern der »Aktion Reinhardt« ermordet. Im März 1942 begann der Bau des Vernichtungslagers Sobibór in Ostpolen an der Bahnlinie Chelm – Wlodawa in einem dünn besiedelten, sumpfigen Waldgebiet. Von den aus ganz Europa ankommenden Transporten wurden mehrere hundert Menschen zur Arbeit in den Werkstätten als Schneider, Schuster, Schreiner, etc. gezwungen, insgesamt etwa 1.000 Häftlinge, darunter 150 Frauen. In den wenigen Monaten von Mai 1942 bis zum Oktober des Jahres 1943 wurden in Sobibór direkt nach ihrer Ankunft etwa 250.000 Menschen ermordet.

Der Gedanke an Flucht, Aufstand und Revolte kam unter den Häftlingen des Lagers immer wieder zur Sprache. Erst mit der Internierung von sowjetischen jüdischen Rotarmisten und deren militärischer Erfahrung wurden die Aufstandspläne konkreter. Als der Aufstand dann am 14. Oktober 1943 ausbrach, schlossen sich viele der Gefangenen an, ungefähr 300 Häftlinge konnten aus Sobibór fliehen. Etwa 50 bis 55 der ehemaligen Häftlinge erlebten das Kriegsende. Der Häftlingsaufstand in Sobibór ist für Schelvis, ebenso wie der Warschauer Ghettoaufstand, ein Beispiel für erfolgreichen jüdischen Widerstand:

Nach dem Aufstand wurden keine jüdischen Menschen mehr nach Sobibór deportiert, es fanden dort keine Vergasungen mehr statt. Und nur durch den Aufstand konnten über 50 Personen dem sonst sicheren Tod in Sobibór entkommen. Die SS ließ das Gelände einebnen – alle Spuren des Mordens sollten beseitigt werden – und errichtete dort einen Bauernhof. Bis heute konnte der Grundriss des Lagers nicht rekonstruiert werden.

Nur durch die Aussagen der Überlebenden wissen wir über die Ereignisse in Sobibór, die Täter schwiegen oder leugneten. Einige wurden erst durch Überlebende identifiziert und in der Folge vor Gericht gebracht. Schelvis kritisiert die juristische Verfolgung der Täter als unzureichend. In der BRD mussten sich vom 6. September bis zum 20. Dezember 1966 elf SS-Männer aus Sobibór in Hagen vor Gericht verantworten.

Es ist den Nationalsozialisten nicht gelungen, sämtliche Spuren ihrer Mordtaten zu verwischen, Jules Schelvis' Buch und auch diese Veranstaltungen entreißen das entsetzliche Geschehen in Sobibór einmal mehr dem Vergessen.

Miriam Rürup und Heike Kleffner werden an diesen Abenden das Gespräch mit Jules Schelvis führen. Beide haben für das Sobibór-Buch »Der vergessene Aufstand« von Thomas Blatt, einem Beteiligten des Aufstandes, eine Betrachtung des bundesdeutschen Umgangs mit den Tätern aus Sobibór im Spiegel der Justiz und der Medien geschrieben.

Veranstalter:
rat · reihe antifaschistischer texte
ak gegen das Vergessen, Hamburg
Avanti – Projekt undogmatische Linke, Kiel

aktuell: In der »Deutschen Mitte« angekommen

Schill jetzt bei PRO DM



Nach dem Rauswurf aus der von ihm gegründeten und zum Wahlerfolg geführten Partei hat sich Schill nun mit der Partei PRO DM von Bolko Hoffmann zusammengetan. Auf der nun unter dem Kürzel Pro DM/Schill antretenden Liste kandidiert Schill als Spitzenkandidat, gefolgt von zwei Kandidaten der PRO DM.

Hoffmann (Jahrgang 1937) hatte PRO DM im April 1998 gegründet und war Ende September 1998 mit ihr sowohl zur Bundestagswahl wie zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern angetreten. Im Mittelpunkt des mit einem Budget von damals 15 Millionen DM finanzierten Wahlkampfes stand die Kritik an einer (schnellen) Einführung des EURO. Neben dem Versuch, aus der Euro-Skepsis in der Bevölkerung politisches Kapital zu schlagen, verbreitete Hoffmann auch reaktionäre, an Mittelstandsinteressen anknüpfende Kritik am ›Großkapital‹. Entsprechend stark war der Anteil kleiner und mittlerer Gewerbetreibender und Selbständiger an den (in Herbst 1998) bundesweit 1.200 Parteimitgliedern. Hoffmann selbst ist Multimillionär, besitzt zahlreiche Aktienpakete (u.a. AUDI AG) und gibt den Börsen-Informationsdienst *Effecten-Spiegel* heraus, der regelmäßig in ganzseitigen Zeitungsannoncen wirbt und eine Auflage von etwa 100.000 Exemplaren hat. Trotz eines aufwändig geführten Wahlkampfes der PRO DM (der nach Eigenangaben »neuen liberalen Partei der absoluten Mitte«) scheiterte die Partei mit nur 0,9 Prozent.

Reaktionär Hoffmann („Die CDU ist die Partei der Streber und Kapitalisten, die SPD die der Penner und Faulenzer, die Grünen die der Schwulis und Chaoten.«) will nun in Hamburg wieder massiv in den Wahlkampf einsteigen: bis zu 80.000 Stellschilder sollen aufgestellt werden.

Mit seiner Werbeagentur *Thersal* hatte Hoffmann 1986 die REP-Wahlkampagne in Nordrhein-Westfalen organisiert und hätte, so die Angaben des Fernsehmagazins *Report* unter bezug auf ein entsprechendes internes Protokoll, auf die Überweisung des Honorars in Höhe von über 78.000 DM verzichtet, weil er der Partei nahestehe. Mit Helmut Koebel wurde ein Gründungsmitglied der REP Parteimanager bei Hoffmann In Schleswig-Holstein schloss sich etwa Hagen Palleske der PRO DM an und wurde deren stellvertretender Landesvorsitzender. Auch Palleske gehörte 1983 zu den Mitbegründern der REP, für die er dann in der *Bauernschaft*, dem Blatt des Auschwitzleugners Thies Christophersen, um Mitglieder warb. Später stand er dann einige Jahre an der Spitze der extrem rechten Kleinpartei »Die Demokraten«. In Berlin beteiligte sich 1999 etwa der PRO DM-Bundestagskandidat Klaus Weichhaus an einer vom Antisemiten Horst Mahler organisierten Demonstration gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Die neofaschistische Monatszeitschrift *Nation & Europa* beobachtete das Auftreten von Pro DM mit Sympathie; in der extrem rechten *Jungen Freiheit* geschaltete Anzeigen von PRO DM brachten dem Blatt dringend benötigte Anzeigengelder ein.

Im Parteiprogramm wird die Position zur Einwanderung im Dreieck von ökonomischem Nutzen (»Ohne unsere ausländischen Mitbürger könnte unsere Volkswirtschaft gar nicht den gegen-



Die Partei Pro Deutsche Mitte (Pro DM) steht auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie versteht sich als Partei des Bürgers. Ihr Ziel ist es, ihn vor bürokratischen Übergriffen des Staates und der Übermacht der Großkonzerne, speziell der Großbanken und Versicherungskonzerne, zu schützen. Sie orientiert sich an liberalen Werten. (Zitat Programm der Pro DM)

wärtigen Standard halten.«), Begrenzung (»Zuwanderungsbeschränkung«) und Ausgrenzung (»Ausländerpolitik: Verschärfung bei der Verfolgung von Straftätern«) bestimmt. Die Mitgliedschaft ist nur möglich nach dreijährigem ununterbrochenem Aufenthalt in Deutschland sowie einjähriger Mitarbeit in der Partei als »Gast« (»Er hat nicht das Recht an Parteiwahlen zu öffentlichen Mandatswahlen und ihren Entscheidungen teilzunehmen.«).
Die CDU hat inzwischen erklärt, PRO DM/Schill komme nicht als Koalitionspartner in Frage. Auch wenn der Einzug in die Hamburger Bürgerschaft eher zweifelhaft ist, sollte dieser Aussage nicht zuviel Beachtung geschenkt werden. Sollte die FDP nicht über die 5 %-Hürde kommen, es aber rechnerisch zu einer Mehrheit mit PRO DM reichen, dann wird der CDU ernsthaft nach Möglichkeiten suchen, eine entsprechende Regierungskoalition einzugehen, um die Politik des autoritären Neoliberalismus in Hamburg fortzusetzen. Vielleicht baut sie darauf, dass Hoffmann in einem solchen Falle Schill einfach absägt; denn auch in der Vergangenheit war deren Verhältnis nicht spannungsfrei.

Im Oktober 2000 soll Schill ihm, so Hoffmann im Februar 2001, angeboten haben, die Schill-Partei mit der PRO DM zusammenzuführen, wenn Hoffmann ihm dafür 1 Millionen DM zur privaten Verfügung zahle. Schill hatte diese öffentliche Darstellung zurückgewiesen; bevor es Mitte April 2002 zur Verhandlung vor dem Amtsgericht Hamburg kam, wurde zwischen den Kontrahenten ein außergerichtlicher Vergleich geschlossen, über den »absolutes Stillschweigen« vereinbart wurde.

Derzeit amüsiert man sich auf den Wirtschaftsseiten deutscher Tageszeitungen über den Streit zwischen Moritz Hunzinger, dem Frankfurter PR-Berater (u.a. Scharping) und Bolko Hoffmann, der über 44 Prozent an der *Hunzinger Information AG* hält. Hunzinger hatte nach Bekanntwerden der Kooperation Hoffmanns mit Schill dem Herausgeber des *Effecten-Spiegels* Hausverbot erteilt. Dieser hatte sich im Gegenzug abfällig über Hunzinger geäußert. Tatsächlich geht es hier um die Filetstücke der Frankfurter PR-Agentur, vor allem um das Meinungsforschungsinstitut *infas* und die Fotoagentur *Action Press*, die neben *dpa-Bild* zu den größten Bildanbietern in Deutschland zählt und alle großen Zeitschriften- und Zeitungsverlage bedient. Hoffmann will damit gewinnbringend an der Börse spekulieren.

Heinz-Jürgen Baxkug



In dunkler Zeit die Flamme spricht:
Vergiß dein Leid, es siegt das Licht.

NPD Schleswig-Holstein mit neuem Landesvorstand

Revolution is over...?

»Mit der Neuwahl wurde auch ein Schlussstrich unter das ›revolutionäre‹ Kapitel in Schleswig-Holstein gezogen«, resümierte der neue (alte) Vize-Landesvorsitzende der Schleswig-Holsteinischen NPD, Heino Förster, das Ergebnis des letzten NPD-Landesparteitages.

Dieser fand am 24. August 2003 im Landgasthof »Zur Wildente« in Schlesen (Kreis Plön) statt. Eingeladen hatte der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Heino Förster, der mit der Parteiarbeit des amtierenden Landesvorstandes mehr als unzufrieden war und diesen nun abwählen lassen wollte. Schon im Vorfeld wurde bekannt, dass die Kreisverbände Lübeck (Jürgen Gerg), Ostholstein (Jörn Lemke), Bad Segeberg und Neumünster (Peter Borchert) seit rund zwei Jahren keinerlei Mitgliedsbeiträge, weder an den Landesverband noch an den NPD-Bundesverband, gezahlt hatten. Die Vorsitzenden ausgerechnet dieser Kreisverbände stellten bislang den Landesvorstand der NPD mit Peter Borchert als Landesvorsitzenden, Jürgen Gerg als Schriftleiter und Jörn Lemke als Schatzmeister. Alle drei gehören dem Spektrum der Freien Kameradschaften an, die vor knapp drei Jahren gegen den damaligen Landesvorstand putschten und ihn anschließend übernahmen.

Auf dem Landessparteitag im August bejammerte Förster außerdem, dass der bisherige Landesvorstand es in diesen drei Jahren geschafft habe, nahezu alle Gelder aus der staatlichen Wahlkampf-Kostenerstattung verprasst und den Landesverband quasi in den Bankrott getrieben habe.

Ende letzten Jahres zeigten sich erste Bemühungen der »alten« NPD-Herrenriege, wieder in die Offensive zu gehen und sich offen vom derzeitigen Landesvorstand zu distanzieren. Vorerst übernahmen die Kreisverbände Lauenburg-Stormarn und Nordfriesland die Internetpräsenz des Landesverbandes und verwandten der Einfachheit halber die Einheitsdarstellung des Bundesverbandes. Die sofortige Entfernung des Michael-Kühnen-Zitats, welches die Homepage bislang zierte, dürfte zu den größten Leistungen hinsichtlich der neuen Internetdarstellung gehören.

Während ein Grossteil des inkriminierten Landesvorstandes gar nicht erst zum diesjährigen Landesparteitag in Schlesen erschienen war, trug der Landesvorsitzende Borchert lediglich seinen obligatorischen Rechenschaftsbericht vor, ohne erneut zu kandidieren und verließ kurz darauf den Parteitag. Aufgrund der fehlenden Beitragszahlungen der vier o.g. Kreisverbände war ihnen bzw. ihren Vertretern die Stimmberechtigung entzogen worden, so dass eine Bestätigung des derzeitigen »revolutionären« Flügels innerhalb der NPD-Führung ohnehin als unwahrscheinlich galt. Folglich konnten sich also diesmal wieder die alten Vorständler um Uwe Schäfer durchsetzen, der zum neuen Landesvorsitzenden erkoren wurde.

Schäfer hatte dieses Amt bereits bis 1998 ausgeübt, bevor Ingo Stawitz (Ex-DVU, Ex- DLVH, Ex-Bündnis Rechts) den Vorsitz übernahm. Wozu eine Partei wie die NPD gleich drei stellvertretende Vorsitzende benötigt, erscheint schleierhaft, dennoch gibt es sie: Heino Förster (Mölln), Jens Lütke (Selent) und Wofgang Schimmel (Leezen/Kreis Segeberg), der außerdem für die Homepage des Landesverbandes verantwortlich ist. Die ehrenvolle Aufgabe des Schatzmeisters (wie wir wissen: jetzt leider ohne Schatz) wurde an Arthur Nissen übertragen. Die großartige Rolle des sogenannten Beisitzers teilen sich fortan Wolfgang Behrens und Peter von der Born (Kiel).

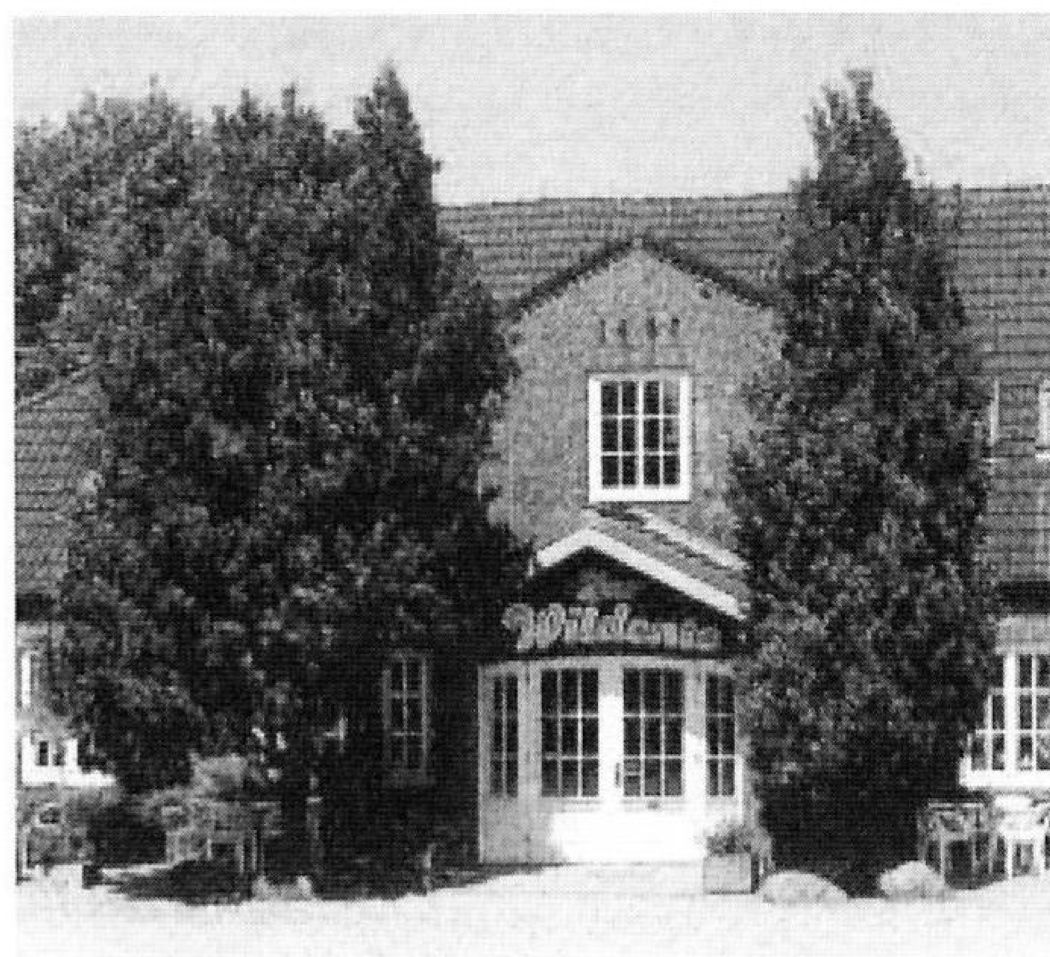
Damit gehörten lediglich Jens Lütke und Heino Förster schon dem jetzt abgewählten Landesvorstand an. Über Jens Lütke und Peter von der Born dürfte der Kontakt von und in Richtung Freie Nationalisten weiterhin gesichert sein. Ein weiteres Schmankerl sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Peter von der Born (Ex-Spitzenkandidat der NPD Kiel-Plön) wurde mit der Aufgabe betraut, einen landesweit und partei-unabhängig tätigen Ordnerdienst aufzubauen. Freiwillige für die Kampftruppe, die u.a. Veranstaltungen, Parteitage, Lokale, Infostände, Demos etc. schützen soll, müssen nicht zwingend Mitglied der NPD sein, ebenso wenig wie sich der Schutz auf NPD-Veranstaltungen beschränken soll.

Als eine weitere Neuerung des neuen Landesvorstandes soll künftig zweimonatlich die »Schleswig-Holstein-Stimme« (angelehnt an die »Deutsche Stimme«, das Zentralorgan der NPD) herausgegeben werden. Dabei handelt es sich um eine Art Mitgliederrundbrief, der über die Aktivitäten der einzelnen noch verbliebenen Kreisverbände berichten soll. In der ersten Ausgabe für September/Oktober 2003 finden sichdennoch trotz aller verbalen Abgrenzungsbemühungen Artikel vom Aktionsbüro Norddeutschland. Und natürlich ein flammender Beitrag des frischgekürten Ordnerdienstleiters von der Born. Des weiteren lässt sich Frank Schwert über die »Braune Armee Fraktion« aus und zwei der insgesamt 16 Seiten beschäftigen sich mit den »10 sprachpolitischen Forderungen« (Hauptsache Deutsch, egal wie dämlich) der »Deutschen Sprachwelt« aus Bayern. In der Dezember-Ausgabe (Nr.2) finden sich, neben einer Anzeige für den Club 88 in Neumünster, auch zwei Artikel aus dem Spektrum der »Freien Nationalisten«, welche seit einiger Zeit für ein »nationales Zen-

Mit der »Schleswig-Holstein-Stimme« soll zukünftig zweimonatlich aus der NPD-SH berichtet werden.

Die Wirte der Gasthöfe »Kelch's Ponyhof« in Mölln und »Zur Wildente« in Schlesen waren über die NPD-Saalveranstaltungen bestens informiert – nichts Neues in Holstein.





trum« in Lübeck eintreten. Neben diversen Veranstaltungsankündigungen der NPD in Schleswig-Holstein brilliert diese Ausgabe durch einen antisemitisch geprägten Hetzartikel von Jens Lütke, in welchem er sich über ein Mitglied der rechtsextremen Kieler Burschenschaft »Alemania Königsberg« echauffiert, der kürzlich zum Judentum konvertiert sei. Der Artikel endet mit dem Szenario eines Sprengstoffanschlages von Al Kaida auf die jüdische Synagoge in Kiel, bei dem sich die Medien hinterher mit der Schlussfolgerung auf den Burschenschafter (und Ex-NPD'ler) stürzen, er habe die jüdische Gemeinde nur unterwandert, um ein Attentat verüben zu können. Somit könne »mal wieder« alle Schuld am Terror der NPD angelastet werden...

Um dem Landesverband »wieder ein nationaldemokratisches Gesicht zu geben, Vertrauen bei den Anhängern der NPD zu schaffen und das Ansehen der Partei in der Bevölkerung wieder herzustellen, um den Mitgliederschwund zu beenden und um wieder politische Inhalte zu vermitteln (...)«, will Uwe Schäfer zunächst eine Tour durch die Kreisverbände in Schleswig-Holstein machen. Eröffnet wurde die Tour am 25. Oktober mit einer Saalveranstaltung in »Kelch's Ponyhof« in Mölln. Die anwesenden NPD-Mitglieder mussten dort eine zweistündige Rede des neuen Landesvorsitzenden ertragen. Nebenbei bemerkt: Gerd Kelch, der Besitzer des Ponyhofs, war ebenso wie Jochen Lemburg, Inhaber des Gasthofes »Zur Wildente« in Schlesen, wo der Landesparteitag stattgefunden hatte, bestens darüber informiert, welcher Art Gäste sie beherbergt und bewirtet haben.
Mittlerweile hat der Bundesvorstand der NPD dem Antrag aus Schleswig-Holstein zugestimmt, die säumigen Kreisverbände Lübeck, Ostholstein, Segeberg und Neumünster aufzulösen und bis auf weiteres von den benachbarten Kreisverbänden mit zu verwalten. Jürgen Gerg und Jörn Lemke sind inzwischen aus der Partei ausgetreten und Peter Borchert aus Neumünster sitzt seit den Razzien gegen »Combat 18« in Schleswig-Holstein in U-Haft ...(siehe Artikel S. 8) Somit gestaltet es sich für den neuen Landesvorstand etwas schwierig, in Erfahrung zu bringen, wer eigentlich noch Mitglied der NPD ist, und wer eigentlich was wie zu bezahlen hat. Also werden jetzt alle vermeintlichen Mitglieder einzeln vom Landesvorstand angeschrieben und dazu befragt, ob sie eigentlich noch Mitglied seien...

Vollmundig wie eh und je wurde von den vier verbliebenen Kreisverbänden Nordfriesland (mit Sitz in Husum), Dithmarschen-Steinburg (Itzehoe), Kiel-Plön (Kiel) und Lauenburg-Stormarn (Mölln) vorsorglich die Teilnahme der NPD an der Europawahl 2004 angekündigt. Das Formblatt für Unterstützungsunterschriften zur Europawahl liegt der aktuellen Ausgabe der »Schleswig-Holstein-Stimme« bei. Um die Parteibasis wieder zu aktivieren, bzw. mancherorts aus dem Boden zu stampfen, soll die angekündigte Werbetour des Landesvorstandes mit mehreren Veranstaltungen und einer »Wintersonnwendfeier« im Dezember fortgesetzt werden. Auf der »Großen Saalveranstaltung« in Kiel am 1. Februar 2004 wird neben Uwe Schäfer auch Bundesprominenz in Gestalt des stellvertretenden Parteivorsitzenden Holger Apfel erwartet. Trotz aller parteiinternen Richtungsstreitereien und Machtkämpfe der vergangenen drei Jahre steht der schleswig-holsteinische Landesverband derzeit äußerst geschwächt dar. Zwar ist das schwebende Verbotsverfahren gegen die NPD zu ihren Gunsten geplatzt und der Landesverband wird jetzt wieder weitgehend vom parteitreuen Flügel geleitet. Dennoch hatte sich dieser Landesverband unter der Regentschaft der sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Freien Nationalisten um Borchert, v.d. Born, Gerg und Co. zum radikalsten und mitunter aktivsten Landesverband in Deutschland entwickelt und war nicht unerheblich an der partei- bzw. strömungsübergreifenden Mobilisierung und Rekrutierung von Alt- und Neonazis in Norddeutschland beteiligt. Ebenso wurden sämtliche Wahlkampfaktivitäten der NPD fast ausschließlich von diesen Leuten initiiert und durchgeführt. Sollte der norddeutsche Landesverband nun mangels Aktivisten allmählich wieder in der Versenkung verschwinden: Wir hätten nichts dagegen...

(kathrin becker)

Trotz 50 Hausdurchsuchungen, sieben Festnahmen und drei Haftbefehlen:

C18/Blood & Honour – ein Verbot und keine Folgen

Über 50 Hausdurchsuchungen, 7 Festnahmen, 3 Haftbefehle – am 28.10.03 führte die schleswig-holsteinische Polizei eine Großaktion gegen Neonazis durch, die zu Tage brachte, dass unter dem Tarnnamen Combat 18 organisierte Neonazis der ehemaligen Kameradschaft Pinneberger Sturm offensichtlich eine lokale Gruppe des internationalen Musiknetzwerkes Blood&Honour gegründet und die verbotenen Aktivitäten fortgesetzt haben; nach Angaben des LKA Schleswig-Holstein wurden in großem Stil illegale CDs vertrieben und rechte CD-Händler erpreßt, die Organisation finanziell zu unterstützen. Bei Mitgliedern der Gruppe wurden Waffen gefunden. Gemessen an der großen Anzahl der durchsuchten Objekte erscheinen die 4 gefundenen Pistolen als relativ geringe Beute. Ob hier erhebliche Verurteilungen erfolgen werden darf bezweifelt werden. Es wird auch kaum einer derjenigen, die illegal mit Rechtsrock-CDs handeln, zugeben, um Schutzgeld erpreßt worden zu sein, weil dies einem Geständnis gleichkäme. Dass mit der Aktionen die norddeutschen Blood&Honour-Strukturen kaum gefährdet sein dürften, zeigt allein die Tatsache, dass nur 10 Tage nach der Polizeiaktion in Hamburg ein Konzert mit Bands aus dem Blood&Honour-Spektrum (laut Einladung unter anderem die Bands Noie Werte und Spreegeschwader) veranstaltet wurde. Eingeladen zu der angeblichen Geburtstagsfeier hatte unter anderen der bereits vor dem Verbot im Blood&Honour-Netzwerk aktive Torben Klebe.

In den Waffenhandel verwickelt soll der bis vor wenigen Wochen amtierende NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert gewesen sein. Ihm wird vorgeworfen, über einen Kieler Neonazi Waffen gekauft, sowie eine größere Anzahl von Waffen bestellt zu haben.

Waffen ...

Der Lieferant soll diese Pistolen von einem Mitarbeiter der Eckernförder Firma Saur bezogen haben. Dieser schmuggelte die Waffen in Einzelteilen aus der Fabrik und verkaufte sie später zusammengebaut. Borchert soll Waffen für die Pinneberger Gruppe bestellt haben. Es seien auch Waffen in das Rotlichtmilieu verkauft worden. Darüber hinaus, so das Landeskriminalamt, sei es zweifelhaft, ob man Borchert überhaupt eine Beihilfe zur Gründung einer kriminellen Vereinigung nachweisen könne. Der Saur-Mitarbeiter wurde nach einem umfassenden Geständnisses aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Lieferant wurde noch im Dezember 2003 zunächst wegen einer anderen Straftat verurteilt. Sein unbeaufsichtigter Kampfhund hatte ein Kind und eine eingreifende Frau schwer verletzt. Er wartet nun auf den Prozeß wegen Waffenhandels.

Neben diesem Waffenhandel, richtete sich die Polizeiaktion gegen die Gruppe »Combat 18 Pinneberg«. Diese sei eine lokale Nachfolgeorganisation der 2001 verbotenen Organisation Blood&Honour, so das LKA. Unter der Führung des ehemaligen Leiters der Kameradschaft/Sturm Pinneberg, Klemens Otto und des noch Heranwachsenden Marco H., sei hier in den letzten beiden Jahren eine schlagkräftige Truppe aufgebaut worden.

Mittlerweile ist von den Ermittlungen nichts mehr zu hören. Der Waffenhandel scheint weitgehend aufgeklärt. Klemens Otto wurde in der ersten Januarwoche aus der Untersuchungshaft entlassen. Ob die Freilassung mangels Beweise oder aufgrund eines Geständnisses erfolgte ist noch unklar. Es bleibt also abzuwarten, wie die Ermittlungen weiter verlaufen. Es ist mittlerweile unklar, ob außer Peter Borchert noch eine andere Person aus der schleswig-holsteinischen Naziszene weiterhin wegen der Vorwürfe in Untersuchungshaft sitzt. Von Seiten des Innenministeriums, des LKA sowie der Staatsanwaltschaft wird Schweigen bewahrt. Gegenüber Journalisten wird nicht einmal mitgeteilt, wer denn nun entlassen wurde. Bislang wurde auch die großspurige Erfolgsmeldung über die Zerschlagung einer »Terrorgruppe« nicht revidiert.

Die Ermittlungen, so das Landeskriminalamt, seien zunächst parallel und unabhängig voneinander gelaufen. Erst nachdem man befürchten mußte, dass es über Borchert zu Waffenlieferungen an die Pinneberger Gruppe kommen würde, habe man die Ermittlungen zusammengelegt und die Leitung wegen des Vorliegens eines Staatsschutzdelikts an die für solche Straftaten landesintern zuständige Flensburger Staatsanwaltschaft übertragen.

In einer eiligst einberufenen Pressekonferenz rühmte sich die Landespolizei, zunächst durch den schleswig-holsteinischen Innenminister Buss, noch nie sei bei einer kriminellen politischen Organisation ein so frühzeitiger Zugriff erfolgt. Unter Präsentation eines Holzschildes auf dem über einem Totenkopf das Emblem Combat 18 dargestellt wurde sowie unter Verweis auf eine angeblich gefundene Vereinskasse, über deren Herkunft und Inhalt allerdings im Hinblick auf die laufenden Ermittlungen auch zwei Wochen später noch keine Informationen gegeben wurden verwies man im Übrigen auf den englischen Vorläufer der Gruppe.



Schon 2000 wurde militanter Anti-Antifaschismus nach C18-Methoden von der Pinneberger Kameradschaft um Klemens Otto propagiert und praktiziert.

Combat 18 / Kameradschaft Pinneberg

Blood&Honour Deutschland fungierte schon früh in dem internationalen Musiknetzwerk. Die führenden Köpfe waren größtenteils alte Kader, die tief in den politischen Netzwerken der militanten Neonazis verwurzelt waren. So entstammen einige der noch heute aktiven Blood&Honour Aktivisten, dem von Christian Worch und Thomas Wulff initiierten Hamburger Sturm, der im selben Jahr wie Blood&Honour-Deutschland verboten wurde. Zu diesen gehörten auch die Köpfe der nunmehr als Combat 18 Pinneberg von der Polizei verfolgten Kameradschaft Pinneberger Sturm.

Der angebliche Anführer der Gruppe, der inzwischen in Neumünster wohnende Klemens Otto, stammt aus dem Umfeld des verbotenen Hamburger Sturm. Unter dem Einfluß von Christian Worch und Thomas Wulff wurde im Rahmen dieser Organisation ab Ende der 90er Jahre ein ganzer Schwung neuer Kader aufgebaut, darunter Tobias Thiessen (jetzt Aktionsbüro Norddeutschland), Torben Klebe (verurteilt wegen Beteiligung am Handel verbotener CDs), Jan Steffen Holthusen. Auch Peter Borchert, ehemals Kiel, später Neumünster, entwickelte sich in diesem politischen Umfeld zum Dauerredner auf Demonstrationen der Freien Kameradschaften. Bereits im Jahr 2000 machte Klemens Otto, mit seiner nach Hamburger Vorbild Pinneberger Sturm bzw. später Kameradschaft Pinneberg genannten Gruppe durch regelmäßige gewalttätige Übergriffe von sich Reden. Trotz zwischenzeitlicher Inhaftierung Ottos und zumindest eines seiner Kameraden gelang es der Gruppe in den Jahren 2000 bis 2001 ein Klima von Angst und Schrecken in der Region zu verbreiten. Überfälle, Anschläge und offene Morddrohungen waren an der Tagesordnung.

Ende 2001 ließen diese Aktivitäten von Seiten der Kameradschaft Pinneberg nach, die Protagonisten verschwanden mehr und mehr aus dem Blick der Öffentlichkeit, Otto zog nach Neumünster und nahm dort einige Zeit später eine Arbeit in einem Tatoostudio auf, andere ließen die Haare wachsen und hielten sich zurück. Politische Aktivitäten wurden nun mehr und mehr von einer durch andere Kameraden gegründeten Kameradschaft Elbmarsch durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kameradschaft Pinneberg allerdings bereits unter dem Namen Combat 18 Pinneberg Schmierereien und Drohungen verübt. Nach Angaben des LKA Kiel war auch der nun als zweiter Mann festgenommene Marco H. an den Aktivitäten der Kameradschaft sowie an Blood&Honour-Aktivitäten beteiligt.

Peter Borchert – der Liebling der Justiz

Über Peter Borchert haben wir bereits in der Vergangenheit ausführlich berichtet. Obwohl er rein körperlich nicht besonders beeindruckt mußte dieser bereits als Jugendlicher und Heranwachsender mehrjährige Haftstrafen verbüßen, da er verschiedene Male Personen mit dem Messer angegriffen und zum Teil schwer verletzt hatte. Im Herbst 2000 wurde Borchert vom Amtsgericht Kiel erneut zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, weil er eine scharfe Pistole mit sich geführt hatte. Die Strafe wurde überraschender Weise zur Bewährung ausgesetzt. Obwohl seit diesem Urteil eine ganze Latte von neuen Anklagen gegen ihn erhoben wurden, wegen gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch aber auch wegen Einbruchsdiebstählen, wurde die Bewährung bislang nicht widerrufen, Untersuchungshaft wegen Wiederholungsgefahr nicht angeordnet. Im Gegenteil: ein seit langem erwarteter Prozeß ist erneut um Monate verschoben, eine Terminierung vor Februar 2004 nicht in Sicht. Der reine Zeitablauf würde bereits jetzt einen Erlaß der Strafe ermöglichen – bei der bisher dargestellten tatsächlichen oder vorgeschobenen Inkompetenz der Justiz würde es nicht wundern, wenn dies trotz der neuen, während der Bewährungszeit erfolgten Straftaten »versehentlich« geschähe.

Borchert hatte seit seiner letzten Haftentlassung 1998 beste Kontakte zu den Mitgliedern bzw. dem Umfeld des verbotenen Hamburger Sturms, fungierte phasenweise als Sprecher des neumünsteraner Club 88 und war auch im Rahmen von Konzertveranstaltungen, die dem Blood&Honour-Netzwerk zugerechnet werden, bereits als Mitverantwortlicher aufgetreten. Sein Zugang zu Waffen, seine Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten waren genauso bekannt, wie die Aktivitäten der Pinneberger Gruppe. Es stellt sich daher durchaus die Frage, warum nach jahrelanger Untätigkeit der Ermittlungsbehörden plötzlich eine solche Großaktion durchgeführt wurde und dabei erstmals zugegeben wurde, dass die im Jahr 2001 verbotene Organisation Blood&Honour tatsächlich fortgeführt wird.

Schon immer bekannte sich C18 offen zum Terror, hier ein Shirt getragen auf einer Neonazi-Demonstration im Frühjahr 2003.

In ihrem Antisemitismus waren die C18-Anhänger Peter Borchert (links) und Clemens Otto (mitte) um dumpfe Provokationen nie verlegen: hier auf einer Demo 2001 für den Neumünsteraner Club 88.



Blood&Honour – ein Verbot und keine Folgen

Die norddeutschen Blood&Honour-Strukturen haben ihre Aktivitäten nach dem Verbot im Jahr 2000 ungestört fortgeführt. Da die Aktivisten schon vorher unter konspirativen Bedingungen arbeiteten – der größte Teil der CDs hat illegale Inhalte, der Verkauf erfolgt »steuerfrei« – mußten nur einige Umstrukturierungsmaßnahmen getroffen werden. Diese Aktivitäten müssen nach Auswertung Ermittlungen in Zusammenhang mit der Polizeiaktion gegen Combat 18 Pinneberg noch genauer dargestellt und bewertet werden. Es ist jedenfalls klar, dass die schleswig-holsteinischen Freien Kameradschaften auch im Bereich Rechtsrock vollständig in die bundes- und europaweiten Strukturen eingebunden sind. Neben Konzerten finden sich in Schleswig-Holstein auch mehrere Musikvertriebe von teilweise bundesweiter Bedeutung. Relativ neu ist der in Lübeck-Stockelsdorf ansässige H8store-Versand mit dem zugehörigen Label NorthX der seit einiger Zeit in etlichen bundesweit erscheinenden Fanzines beworben wird. Seit längerem aktiv ist der V7-Versand des Ingo Knauf, der zumindest vor dem Verbot dem Blood&Honour-Netzwerk zugerechnet wurde. Knauf hat erst kürzlich einen Umzug aus dem bei Hamburg gelegenen Halstenbek nach Grevesmühlen/Mecklenburg-Vorpommern verkündet, ob er damit jedoch seinen Sitz verlegt hat, ist unklar. Bei V7 erschienen auch die letzten CDs der berüchtigten schleswig-holsteinischen Blood&Honour-Band Kraftschlag. Der Sängers dieser Band, Jens Uwe Arpe, betreibt von Elmshorn aus den Kraftschlag Versand. Arpe hat längere Zeit innerhalb Blood&Honour Scandinavia mitgearbeitet und dürfte einer der Hauptkontakte nach Skandinavien sein. Diese Zusammenarbeit wurde beispielsweise bei dem Club 88 Soli-Sampler deutlich, der zunächst von dem Blood&Honour-Scandinavia-Versand Celtic Moon vertrieben wurde. Interessant war in diesem Zusammenhang auch, dass auf der im Frühjahr 2003 in Neumünster durchgeführten Demonstration gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« neben Neonazis aus Schweden und dem dänischen Arhus der Mitbegründer des Celtic Moon-Vorgängers NS 88 Jesper Hartmann anwesend war. Nachdem außerdem Anfang diesen Jahres das Gerücht auftauchte, Celtic Moon habe sich aufgelöst kann gemutmaßt werden, ob am Rande der Demonstration ein neuer Vertrieb besprochen wurde. Es ist anzunehmen, dass auch diese Recherche wieder von aktiven AntifaschistInnen erledigt werden muß.

Per Internet vertreibt der im Hamburger Umland ansässige Nord-Versand des André Görtz alles was das Herz eines Rechtsrockfan legal erwerben kann. Andreas Stähr aus Glinde nordöstlich von Hamburg, ehemals Vincente Directori, ist aufgrund rechtlicher Probleme offiziell mit einem Schwerpunkt seines Angebots ins Ausland abgewandert. Er scheint jedoch den Vertrieb immer noch aus Glinde abzuwickeln. Erst seit Ende 2003 wirbt ein neuer Versand mit dem Namen Ruf des Nordens unter einer Kieler Postfachadresse. Ob sich der Versand inhaltlich auf die ehemals von NS 88 herausgegebene gleichnamige Zeitschrift bezieht, bleibt abzuwarten: das CD-Angebot des ersten äußerst schlecht gemachten Angebotsflyers umfaßt jedenfalls überwiegend legales Material. Die landesweite Polizeiaktion im Oktober 2003 betraf keines dieser Projekte oder Einzelpersonen.



Konspirativ organisiert, militärisch bewacht, als harmlose Geburtstagsfeiern getarnt: Konzerte von Blood & Honour-Nordmark, hier in Hamburg Billstedt im Sommer 2001.

Auch wenn diese Vertriebe und Projekte nicht alle Blood&Honour zugerechnet werden können, so wären sie jedenfalls die geeigneten Objekte eventueller Schutzgelderpressungen gewesen. Da kaum freiwillige Aussagen der Betreiber erfolgen werden, hätte dieser Personenkreis in die Durchsuchungen einbezogen werden müssen, hätte tatsächlich ein Interesse bestanden, entsprechende Beweise zu sammeln.

Über die zahlreichen Konzerte die von Mitgliedern des verbotenen Blood&Honour-Neztzwerkes auch nach dem Verbot in Schleswig-Holstein und Hamburg durchgeführt wurden, wurde in älteren Ausgaben der *Enough is enough* berichtet. Bemerkenswerter Weise leugneten die auf der Pressekonferenz des LKA anwesenden Beamten jedoch Zusammenhänge. Wie soll aber eine Fortführung von Blood&Honour stattfinden, wenn keine Zusammenarbeit mit deren Strukturen besteht? Die Strategie der schleswigholsteiner Behörden solche offensichtliche Zusammenhänge schlicht zu leugnen ist kein Einzelfall. Auch in den drei anderen im Bundesgebiet zur Zeit laufenden bzw. gerade abgeschlossenen Verfahren wurde nach dieser Methode gehandelt. Die soeben in Berlin erfolgte Verurteilung der Mitglieder der Band Landser, wurde nicht mit deren Mitwirkung innerhalb des Blood&Honour-Netzwerkes, sondern ausschließlich mit der Produktion von gewaltverherrlichenden, antisemitischen und rassistischen Musikproduktionen begründet. Die Tatsache, dass die Verbreitung dieser Produktionen in der geschehenen Form nur durch Unterstützung von Blood&Honour möglich war, blieb im Hintergrund. Dabei drängte sich dieser Zusammenhang geradezu auf. Die Mitglieder der Band verfügten über eine große Nähe zu den Personen, die mit der Division Berlin eine der wichtigsten lokalen Blood&Honour-Gruppen betrieben. Auch bei den Ermittlungen gegen die Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz und die Kameradschaft Süd in München wird es gründlich vermieden, die Einbindung in bundesweit bestehende Organisationsstrukturen herauszuarbeiten. Die Strafverfolgungsbehörden sehen sich also zwar gezwungen, gegen lokale Gruppen vorzugehen und die Existenz lokaler Organisationen einzugestehen. Dies geschieht bei Gruppen, die in einer »die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädigenden Weise agieren«, also Aktivitäten betreiben, die unmittelbar dem Ansehen Deutschlands schaden könnten. Dies ist mit geplanten Attentaten auf Synagogen, bei der massiven Verbreitung hetzerischer Musik und ähnlichem heute noch der Fall. Terror gegen Flüchtlinge und Migranten, soziale oder politische Randgruppen schädigt das Ansehen Deutschlands dagegen nicht – Untätigkeit ist die Regel.

Die Polizeiaktion des vergangenen Oktobers hinterläßt Fragen: war es das vermutete Zusammenwirken von Neonazis mit dem Rotlichtmilieu, das die Ermittler zum Handeln brachte? Auf diese Verbindung wird insbesondere von der Kieler Polizei seit längerem hingewiesen. Es gibt allerdings keine tatsächlichen Anzeichen dafür, dass über die musikalische Zusammenarbeit mit der Kieler Gruppe V-Punk hinaus organisatorische Verbindungen bestehen. Sicherlich sind persönliche Beziehungen zu Mitgliedern der Kieler und Neumünsteraner Rocker- und Bordellszene vorhanden. Ein weitergehendes Zusammenwirken war bisher jedoch nicht festzustellen. Der absolute Schwerpunkt der schleswig-holsteiner Freien Kameradschaften liegt innerhalb ihrer eigenen Strukturen, hiervon sollte mensch sich nicht ablenken lassen.

Die vereinzelten Waffenfunde bei Neonazis im Rahmen der Hausdurchsuchungen können eine solche Aktion kaum rechtfertigen, sind sie doch seit Jahrzehnten Alltag. Denkbar wäre jedoch, dass die Pinneberger Gruppe Bestrebungen zur Vernetzung mit anderen Combat 18-Gruppen plante. In der letzten Ausgabe der Enough berichteten wir bereits über den mit C 18 gezeichneten Anschlag auf einen jüdischen Friedhof in Neustadt/Ostholstein. Dieser Anschlag wurde auch in C 18-Publikationen aufgegriffen. Von der Polizei wird zwar jeglicher Zusammenhang zwischen diesem Anschlag und der Pinneberger Gruppe bestritten. Sollte es jedoch Bestrebungen gegeben haben, einen organisatorischen Zusammenschluß dieser Gruppen herbeizuführen, wäre die Polizeiaktion nachvollziehbar. Allerdings bleibt es nicht ausgeschlossen, dass es sich bei der gesamten gegen Combat 18 geführten Polizeiaktion um ein Zufallsprodukt handelte, das anschließend publikumswirksam vermarktet wurde, um die eigene Arbeit ins rechte Licht zu rücken. Immerhin hat die Aktion die Berichte antifaschistischer Publikationen über die Fortführung von Blood&Honour bestätigt. Damit besteht die Möglichkeit, weiteren öffentlichen Druck aufzubauen um diese Aktivitäten weiterhin zu bekämpfen.

Ein kurzer Überblick

COMBAT 18 in England

Briefbombenversand aus Skandinavien, Ermordung eigener Unterstützer, Kontakte zu verurteilten Mördern der Ulster-Loyalisten in Nordirland, konspirative Wohnungen und Waffenschmuggel für Terroristen – willkommen in der verrückten Hass-Welt von Combat 18 (C18).

C18 wurde vor 11 Jahren als brutales Kommando der nazistischen British National Party (BNP) gegründet und hat inzwischen – auch dank häufiger reißerischer Schlagzeilen in den Zeitungen – einen solch überragenden Ruf als eine gewalttätige Nazi-Gang, dass andere diesem Beispiel folgen wollen. Der Gründer von C18 war der Nazi-Hooligan und Kleinkriminelle Charlie Sargent, dem bald weitere folgten, denen es um Gewaltaktionen auf der Straße ging. Einer der ersten Schlüsselfiguren war Will Browning, der 1997 die Leitung von C18 übernahm, nachdem es zu einer mörderischen Fehde mit Sargent gekommen war; dabei ging es um Geld, das durch den Verkauf von Hass-CDs und anderen Waren von ISD Records, dem Nazi-Ausrüster, zusammengekommen war.

In dem Konflikt beschuldigte Browning Sargent, er habe die Bewegung beraubt und die Einnahmen in die eigene Tasche gelenkt. Bei den daraus folgenden Auseinandersetzungen wurde Chris Castle, ein Anhänger Brownings, von Sargent und dessen Kumpan Martin Cross erstochen. Cross wird seitdem regelmäßig im monatlichen Bulletin der HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale politisch Gefangene) als einer der inhaftierten Nazi-Gefangenen im Ausland angeführt.

Vor den internen Auseinandersetzungen konnte Combat 18, das keine formalen Mitgliedschaften kennt, auf ungefähr achtzig Aktivisten und etwa einhundert Anhänger zählen, die von der BNP, der National Front, von den Fußball-Hooligans und der Skinhead-Szene um Blood & Honour (B&H) kamen, die von C18 eine zeitlang kontrolliert wurde. Zugleich machte sich C18 einen Namen durch die Gründung von »Redwatch«, einer eigenen Struktur der Anti-Antifa, mit der politische Gegner, Juden, ethnische Minderheiten und Polizeibeamte eingeschüchtert und terrorisiert werden sollten. Neben Angriffen auf andere Personen führte C18 auch Brandanschläge auf Privatwohnungen und die Büros fortschrittlicher Organisationen aus, darunter auf die Tageszeitung der Kommunistischen Partei, dem *Morning Star*.

Wenn C18 nicht mit so etwas beschäftigt war, organisierten sie von Skandinavien aus den Versand von Briefbomben gegen ihre Feinde. Der dänische Nazi Thomas Nakaba, der als Briefbomber ausersehen wurde, wurde jedoch inhaftiert und die geplante Kampagne konnte vor ihrer Ausführung gestoppt werden. Das Bekanntwerden dieser koordinierten Gewalt, die sich mit der Strategie des »führerlosen Widerstandes« des US-Nazis Louis Beam deckt, hat die Stümperhaftigkeit von C18 offenkundig werden lassen. Allerdings gestand wenig später, im Jahr 2000, der Nagelbomben-Attentäter David Copeland, ein Mitglied der BNP, vor seiner Verurteilung wegen dreifachen Mordes, dass er von den Konzepten von C18 und den Ideen, die diese von US-Nazis übernommen hatten, beeinflusst worden sei.

Heute ist C18 in England wesentlich schwächer und verfügt über 40 Aktivisten und etwa 40 Unterstützer. Die Organisation ist vor allem in Ost- und Westlondon, Oldham, West-Yorkshire und den westlichen Midlands aktiv. Browning hat sich zwar nicht zur Ruhe gesetzt, ist aber in die zweite Reihe zurückgetreten und wurde durch den zahlreich verurteilten Mark Atkinson ersetzt , ein früheres Mitglied der BNP und der British Knights.

Für die Schwächung von C18 gibt es vier Gründe: Erstens hat sie sich nie von dem Kampf zwischen Charlie Sargent und Will Browning in den Jahren 1997 und 1998 erholt. Viele der Unterstützer wurden enttäuscht, so dass sie entweder zur BNP wechselten oder sich ganz aus der Szene zurückzogen. Die Fehde gab zudem jenen Nazis, die sich nicht wirklich zu C18 bekannten, ein gutes Argument, um eine rivalisierende Blood & Honour-Gruppe ins Leben zu rufen. Gegenseitige Anschuldigungen der Aktivisten, Informanten der Polizei oder der antifaschistischen Zeitschrift *Searchlight* zu sein, zerstörten das Ansehen von C18. Zweitens trug auch das Überlaufen von Darren Wells, Nummer 3 in der C18-Hierarchie, zu *Searchlight*, dem Schwesterblatt der Enough is Enough, zu einer wachsenden Demoralisierung bei. Dies führte zu gewaltsamen Konflikten zwischen Will Browning und Mark Atkinson. Drittens veranlasste das Wachstum und der relative Erfolg der BNP viele frühere Unterstützer von C18 dazu, Atkinson und seine Kumpel abzuservieren und sich mehr bei der BNP zu engagieren. Schließlich wirkte sich auch der Generationen-Effekt aus. Die meisten C18-Aktivisten waren schon 1992 Ende 20, Anfang 30. Die meisten kamen aus der Szene der Fußball-Hooligans und verließen diese, wie dort allgemein üblich, wenn sie auf die Mitte 30 zugingen.



Als Shirt-Motiv gerne getragen: C18 ist Vorbild und Orientierung

Inzwischen hat C18 eine andere gewalttätige Gruppe hervorgebracht, die sog. Racial Volunteer Force (RVF). Die RVF hat Verbindungen zu C18, aber einen eigenständigen Charakter. Sie wurde von Mark Atkinson und dem aus Oldham stammenden Nazi-Aktivisten John Hill aufgrund der wachsenden Frustration über Brownings Inaktivität gegründet. Die meisten Aktionen von C18, die heute in England stattfinden, werden im Namen der RVF organisiert. Die englischen Behörden sind zunehmend besorgt über die RVF, von der sie annehmen, dass sie Waffen bunkern und heimlich Bombenbauanleitungen mit anderen Nazis austauschen. Hill lebte Anfang der 1990er Jahre in Südafrika und hat damit geprahlt, dass er dort gelernt hat, Bomben zu bauen. Im Frühjahr 2003 gab es durch die Polizei in einigen Wohnungen von RVF- und C18-Angehörigen Durchsuchungen, darunter auch bei Atkinson und Hill.

Die Polizei durchsuchte auch bei Kenneth Quinn, dem Anführer der nazistischen November 9th Society, der von Bedford aus die RVF-Web-Seite betreut. Quinnkönnte demnächst einem Verfahren entgegensehen, weil er rassistisches Material im Internet verbreitet hat. Daneben gibt es Besorgnis, dass Kader von C18 bzw. der RVF nach Nordirland und nach Deutschland reisen. So waren C18/RVF-Anhänger an der Bereitstellung von konspirativen Wohnungen für Angehörige der Loyalist Volunteer Force (LVF) und der Abspaltung Ulster Defence Association (UDA) in Bolton in Nordwestengland beteiligt. Unter anderem wurde John White, dem früheren Anführer der UDA, und Gina Adair, Frau des inhaftierten Anführers der loyalistischen Terroristen Johnny Adair, geholfen. Obwohl diese, bereits zweifelsfrei verurteilten Terroristen über die Irische See nach England gelangt sind, haben Blair und Bush ihre Truppen noch nicht geschickt!

Als weitere Entwicklung wurde in Yorkshire die White Nationalist Party (WNP) als rechte Alternative zur BNP und NF gegründet. Viele Aktivisten der WNP machen bei der NF mit, aber im Grundsatz ist die Gruppe der politische Arm von C18. Die wichtigsten Leute bei der WNP sind die Altnazis Eddie Morrison, Tony White und Kevin Watmough – die selben Personen haben die Redwatch-Web-Seite als Instrument ihrer Anti-Antifa-Aktivitäten ins Leben gerufen.

Die Verbindungen zwischen C18 und B&H sind im Laufe der Streitereien darüber, wer das Geld aus der Nazi-Musikszene in seine Taschen lenken kann, weitgehend zerbrochen. Aber C18 benutzt weiterhin den Namen B&H; so wurde eine C18-Veranstaltung, die im letzten Jahr in Oldham unter der B&H-Flagge durchgeführt wurde, von holländischen und deutschen Nazis besucht. Einer der Hauptredner dort war Alfie Phillips, ein LVF-Terrorist, der wegen Mordes eine sechzehnjährige Haftstrafe verbüßte bis er im Rahmen von Tony Blairs Nordirland-Friedensabkommen entlassen wurde.

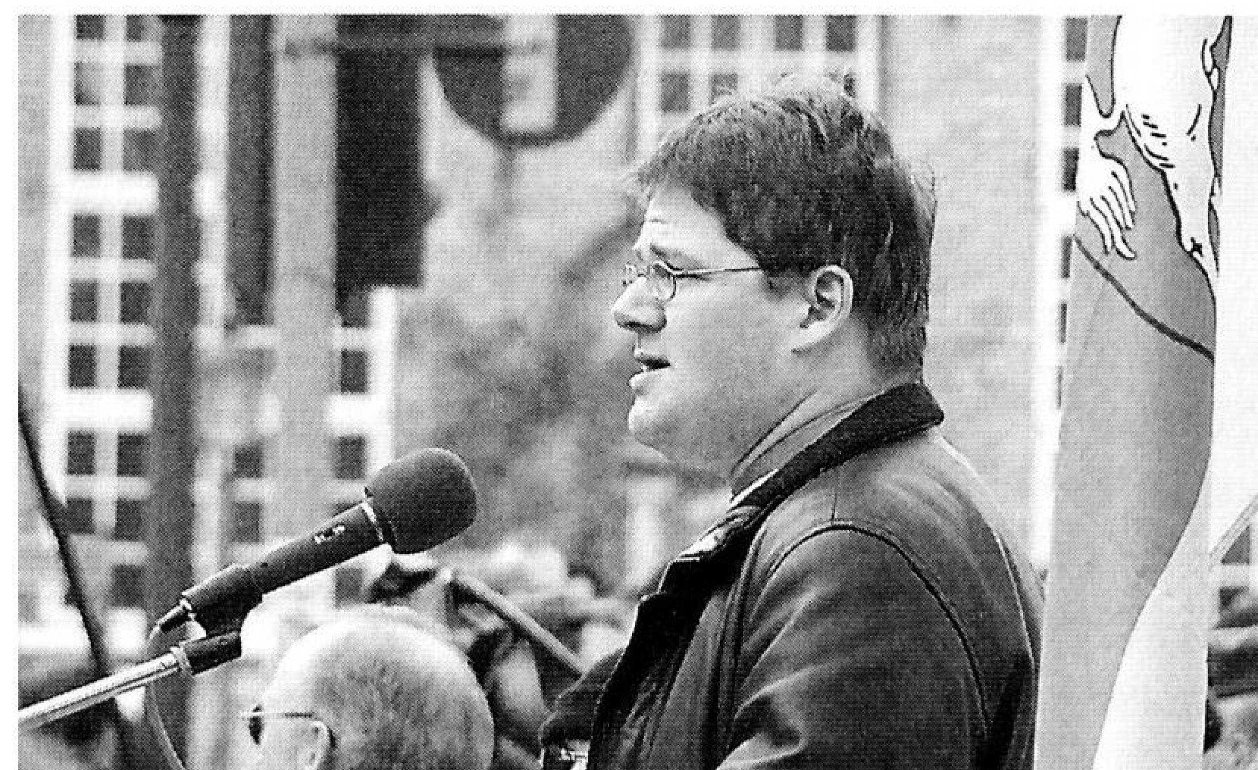
Erst kürzlich, im September 2003, wurde ein C18-Konzert, das aus Anlass des zehnten Todestages von Ian Stuart Donaldson stattfand, von etwa 250 Personen besucht, darunter die Hälfte aus dem europäischen Ausland (Deutschland, Belgien, Dänemark, Schweden, Polen, Litauen und Spanien). C18 hat sich immer um internationale Kontakte bemüht, besonders nach Deutschland. Browning rühmte sich seiner Verbindungen zum fanatischen Nazi Thorsten Heise (Northeim) und zu dem inzwischen verstorbenen deutsch-dänischen Nazi Marcel Schilf, dem wichtigsten CD-Vertreiber von C18. Allerdings war die Auswahl der »Mitarbeiter« nicht immer sorgfältig. Der erste und langjährige Vertreter in Deutschland war Carsten Szepanski, der sich später als bezahlter Informant des Verfassungsschutzes entpuppte.

Trotz seiner gegenwärtigen Schwäche und seiner organisatorischen wie politischen Unfähigkeit verfügt C18 immer noch über beträchtlichen gefährlichen Einfluss und Gewaltpotenzial. So hatte auch der französische Neonazi Maxim Brunerie, der im Juli 2002 das fehlgeschlagene Attentat auf den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac unternahm, Kontakte zu C18. Das ist wohl auch der wesentliche Grund, dass ebenso psychotische Nazis in Deutschland den Namen C18 benutzen und dessen Aktivitäten und Stil kopieren, obwohl C18 keine nachgewiesenen formellen Verbindungen mit der Neonazi-Szene hatte, bei dem nun in Norddeutschland die Razzien stattfanden.

by Graeme Atkinson, Searchlight and Antifa-net.



Mehr als 2.000 AntifaschistInnen konnten trotz Polizei-Großaufgebot den Neonazi-Aufmarsch stark behindern.







Bilderreihe von oben:
Bundes-NPD-Redner Holger Apfel
NPD-Niedersachsen mit Stephan Pfingsten, (Göttingen)
Manfred Börm, NPD-Chef Lüneburg



Unterstützt wurden sie von dem »Kameradschaftskreis Wulf«.
Interessant, dass der ehemalige Chef des verbotenen »Hambuger Sturms«
und B&H-Aktivist Torben Klebe (links, zusammen mit Michael Grewe)
inzwischen wiederFührungsaufgaben übernimmt.

Lüneburg, 29.11.03, »Freie Kameradschaften« unterstützen die NPD, AntifaschistInnen schwer dagegen:

NPD-Konsolidierung gestört



Am 29.11.03 hatte die NPD im Rahmen ihrer in Niedersachsen laufenden Kampagne »Heimreise statt Einwanderung, denn deutsche Kinder braucht das Land« einen Aufmarsch in Lüneburg angemeldet. Doch wie auch schon in Hannover und Braunschweig, wo Aufmärsche der NPD unter diesem Motto stattfanden, blieb die Anzahl der Nazis sehr gering. Etwa 150 Neonazis versammelten sich an diesem Tag in Lüneburg. Bereits als die Plannungen der NPD bekannt wurden, bildete sich in Lüneburg ein breites Bündnis, das etwa 80 Gruppen und Organisationen umfasste, um für diesen Tag eine Gegendemo vorzubereiten und den Nazis die Straße nicht zu überlassen.

Dieses breite Bündnis schaffte es am 29.11. etwa 2.500 Menschen zu mobilisieren, wovon mehrere Hundert TeilnehmerInnen nach Ende der Demonstration versuchten zum Neonaziaufmarsch zu gelangen. Die NPD Demo, an der u.a. Michael Grewe und als Redner u.a. der stellvertretende Parteivorsitzender Holger Apfel, Stephan Pfingsten von der NPD-Göttingen und Thomas Wulff vom Aktionsbüro Norddeutschland teilnahmen, lief in einem von der Polizei mit 2.000 Einsatzkräften abgeriegeltem Gebiet. Trotzdem gelang es immer wieder antifaschistischen Gruppen zu der Neonazidemo zu gelangen und lautstark und kraftvoll zu protestieren.

Für die Neonazis war auch der Protest der AnwohnerInnen der Demoroute sehr gut sichtbar, so hatten viele Transparente gegen den Aufmarsch aus dem Fenster gehängt oder laut Musik abgespielt. Vereinzelt wurden Flaschen und Lebensmittel in Richtung der Neonazis geworfen.

Entlang der Demoroute ging die Polizei mehrfach brutal mit Pfefferspray und Schlagstöcken gegen protestierende AntifaschistInnen vor. 70 GegendemonstrantInnen wurden vorrübergehend in Gewahrsam genommen.

Insgesamt kann gesagt werden, das es an diesem Tag gelungen ist eine große antifaschistische Demonstration durchzuführen und das der NPD-Aufmarsch mit seinen 150 Teilnehmern nur durch das massive Aufgebot der Polizei stattfinden konnte.

Trotz alledem hat die NPD schon jetzt für den 28.02.04 in Osnabrück einen Aufmarsch unter dem gleichen Motto angekündigt.



Die Nationale Opposition ist heute nach Lübeck gekommen, um mit einer Mahnwache gegen die politische Verfolgung und Inhaftierung Andersdenkender zu protestieren. Immer noch wird von offizieller Seite bestritten, dass es in der Bundesrepublik politische Gefangene gibt, obwohl seit Jahrzehnten immer wieder Menschen bestraft und verhaftet werden, weil sie öffentlich ihre Meinung zu politischen Tabuthemen äußern, die dem System unangenehm sind. Sei es die Judenfrage, die Kriegsschuldlüge oder ganz aktuell die verfehlte Ausländerpolitik aller etablierten Parteien. Immer wieder müssen wir erleben, daß mutige Menschen, die sich für politische Veränderungen einsetzen, vom System wie gemeine Verbrecher behandelt und von einer politisch motivierten Justiz verurteilt werden. Müßten sich die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik argumentativ mit der Nationalen Opposition auseinandersetzen, würden sie in den Augen des Volkes bei vielen wichtigen Themen den Kürzeren ziehen. Darum drücken sich die Politbonzen lieber um eine solche Auseinandersetzung und versuchen stattdessen mit allen Mitteln, unseren politischen Anspruch durch Hetze und Verfolgung zu untergraben. Wer würde uns denn noch als politische Idealisten ansehen, wenn uns der feine Herr Innenminister in aller Öffentlichkeit als „Terroristen" und bewaffnete Gewalttäter herabsetzt?

NAZIS RAUS

Innenminister Otto Schily (SPD) macht Jagd auf politisch Andersdenkende

www.widerstandnord.com

Die Schillys, Thierses und Becksteins in dieser Republik benutzen Geheimdienste wie den „Verfassungsschutz", um junge Deutsche zu überwachen. Sie erfinden immer neue Gesetze, um die Meinungs- und Bewegungsfreiheit für alle Bürger weiter einzuschränken. Sie benutzen ihre Medienmafia, um eine politische Opposition mit Lügen und Schmutz zu bewerfen nach dem Motto: Es bleibt immer etwas hängen! ... Razzien, Gerichtsverfahren, Haft – wer mehr als einmal mit der Polizei zu tun hat, gilt in diesem System schon als kriminell.

Ein Betroffener ist auch **Peter Borchert**, der zur Zeit hier in Lübeck in Untersuchungshaft sitzt, weil seine politische Arbeit den Staatsbehörden ein Dorn im Auge ist. Festgenommen wurde Kamerad Borchert im Zusammenhang mit einer großangelegten Staatsrazzia in Schleswig-Holstein am 28.10.2003, die von Innenminister **Klaus Buß** als „wichtiger Erfolg" gegen Rechts gefeiert wurde. Doch was immer Innenministerium und Geheimdienste in diesem Fall der Öffentlichkeit als kriminelle Vereinigung namens „Combat 18" verführen wollen, hat nichts mit der politischen Überzeugungsarbeit der Nationalen Opposition zu tun.

Wir halten fest:
Es gibt keinen „rechten Terrorismus" in der Bundesrepublik, denn alle politisch bewußten und engagierten nationalen Deutschen lehnen Gewalt kompromißlos ab! Es gibt aber Machenschaften skrupelloser Politiker, die zu einer geistigen Auseinandersetzung mit der Nationalen Opposition unfähig sind und deswegen mit Hilfe der Geheimdienste zu den Mitteln Provokation, Verbrechen und Verleumdung greifen. **SIE sind kriminell – nicht wir! SIE gehören hinter Schloß und Riegel – nicht wir!**

Die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik haben sich ein System geschaffen, das ihren Machterhalt sichern soll. Sie lassen politische Oppositionelle einsperren, weil sie Angst haben, ihren Machterhalt und ihre Pfründe zu verlieren. Diese Angst ist berechtigt, denn ihr System hat abgewirtschaftet! Immer mehr Deutsche erkennen, daß dieses System unfähig ist, die nationalen und sozialen Probleme zu unseren Gunsten zu lösen. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Konsequenz zum politischen Kampf für Veränderungen. Diesen Kampf wird die Nationale Opposition auch künftig friedlich, aber entschlossen führen – egal, mit welchen Mitteln uns das politische System zu unterdrücken versucht.

DER WEG ZUR FREIHEIT FÜHRT DURCH DIE KERKER DES SYSTEMS

Solidarität mit einem einsitzenden »Kriminellen« eskaliert den Streit zwischen Christian Worch und Tobias Thiessen, dem Chef des »Aktionsbüros Norddeutschland«

»Nazis raus...«

Im Zuge der großangelegten Razzia vom 28.10.04 gegen Combat 18 Pinneberg, wurde auch der ehemalige NPD Landesvorsitzende der NPD und zeitweise als Club 88 Sprecher agierende Neonazi Peter Borchert verhaftet. Grund dafür war, das Borchert der des organisierten Waffenhandels verdächtigt wird, Waffen an Mitglieder der Pinneberger Neonazi-Organisation verkauft hat. Seitdem sitzt Borchert in der JVA Lauerhof in Lübeck-Mali in Untersuchungshaft. Aus diesem Grund führten »freien Nationalisten« aus dem Umfeld des »Aktionsbüro Norddeutschland« am 13.12.03 eine Kundgebung unter dem Motto »Nazis raus... aus dem Knast. Freiheit für alle Nationalisten« vor der JVA Lauerhof in Lübeck durch.

Etwa 25 Neonazis u.a. aus Lübeck, Reinfeld, Hamburg und Neumünster versammelten sich am Nebeneingang des Gefängnisses, hielten zwei Transparente hoch und lauschten Reden die über Megaphon von u.a. Jörn Lemke aus Lübeck und Martin Engelbrecht aus Neumünster gehalten wurden. Anwesend waren bei der etwa einstündigen Kundgebung auch Tobias Thiessen vom Aktionsbüro Norddeutschland und Inge Nottelmann. Ihre Solidarität mit Peter Borchert erklärten die Neonazis in dem Flugblatt »Nazis raus...aus dem Knast!« das sie bei der Kundgebung in Briefkästen von Anwohnern steckten. Verantwortlich für dieses Flugblatt zeichnete sich der seit langer Zeit nicht mehr öffentlich in Erscheinung getretene Neonazi G. Lehmann. Unter anderem heißt es dort: »Ein betroffener ist auch Peter Borchert, der zur Zeit hier in Lübeck in Untersuchungshaft sitzt, weil seine politische Arbeit den Staatsbehörden ein Dorn im Auge ist.«

Während diese Kundgebung in der Öffentlichkeit so gut wie nicht wahrgenommen wurde, sorgte sie innerhalb der Neonazi-Szene für einigen Wirbel. Christian Worch, der seit einiger Zeit schon mehrere inhaltliche Streiterein mit dem Aktionsbüro Norddeutschland hatte, schreibt auf einer Neonaziseite im Internet zu der Kundgebung. Unter der Überschrift »Seid ihr noch zu retten?« äußert er, dass die Anklage gegen Borchert so wie auch seine letzte Verurteilung wegen Waffenbesitzes nichts mit politischer Aktivität zu tun habe, sondern einfach nur kriminell wäre. Auch Borcherts weitere Anklage wegen Tankstellenaufbruchs sei nicht politisch, weshalb man sich nicht mit ihm solidarisieren müsse. Worchs Urteil über die Kundgebung: »Solche Aktionen sind ein echter Schuss in den Ofen.«

Die Antwort von Thiessen vom Aktionsbüro Norddeutschland kam postwendend. Er schreibt die Vorwürfe gegen Borchert sind nicht erwiesen sondern vom System erhoben. Lediglich der Waffenbesitz sei Tatsache. Weiter heißt es: »es ist schon eine fragwürdige Sache, die Diktion des Systems zu benutzen, um jemanden aus unseren Reihen in vorverurteilender Sache ächten zu können.«

Außerdem stellt Thiessen die Frage ob Worch vielleicht persönliche und nicht politische Gründe für seine Position habe. Während Worch in seiner ersten Stellungnahme noch politisch argumentierte, wird er bei der zweiten persönlich. Er schreibt, dass er die Vorwürfe gegen Borchert überprüft habe und er sie für wahr halte. Weiter schießt er dann gegen Thiessen selber und schreibt über dessen Engagement für Borchert: »Du bist der arme Kerl, der Lächerlichkeit fürchten muss.« Als abschließender Satz steht da: »HIER gilt die von dir beschworene Unschuldsvermutung – zu deinen Gunsten setze ich voraus, dass du nur dumm bist und nicht böswillig.«



Altpapier:
Wenige kopierte Flugblätter sollten die kurze Kundgebung der Neonazis vor dem Lübecker Knast den AnwohnerInnen vermitteln.

oben:
Tobias Thiessen (dritter von links), in Diskussion mit Jörn Lemke, in Vorbereitung eines weiteren Streites mit Christan Worch.
mitte:
Jörn Lembke forderte »Nazis raus« und meinte den laut Worch »einfach nur Kriminellen« Waffenhändler und Tankstellen-Räuber Peter Borchert
unten:
Inge Nottelmann glaubt, gegen »Vorverurteilungen« für »Freiheit« zu kämpfen.

Dokumentation

Glasmoor goes Fuhlsbüttel

Den Hamburger Abschiebeknast in Norderstedt-Glasmoor gibt es jetzt seit 9 Jahren, und ungefähr genauso lange die Glasmoorgruppe. Wir organisierten regelmäßige Sonntagsspaziergänge zum Knast, früher jeden Sonntag, jetzt einmal im Monat. Um Widerstand zu unterstützen, besuchten wir die Gefangenen regelmäßig. Diese Besuche wurden durch alle erdenklichen Mittel be- und verhindert. So bestehen für einige schon seit Jahren Besuchsverbote – und schon ein falscher Buchstabe im Namen eines Gefangenen, der uns angerufen hat, reicht aus, dass dessen Existenz verleugnet wird. Der Hamburger Senat brüstet sich damit, die Zahl der Abgeschobenen drastisch erhöht zu haben. Dabei bedient er sich lediglich der von Rot-Grün eingerichteten Abschiebemaschinerie, wozu auch die totale Kontrolle und Einschränkung der Bewegungsfreiheit gehört.

Der Hamburger Abschiebeknast ist bereits vor wenigen Tagen hinter hohen Mauern verschwunden

Er wurde in die JVA Fuhlbüttel verlegt. War es vorher noch möglich, durch zwei Stacheldrahtzäune hindurch Kontakt mit den Gefangenen aufzunehmen, so wird es jetzt so eine Kontaktmöglichkeit nicht mehr geben. Heimlich, still und leise und unter öffentlichen Dementis einer Schließung wurden die Gefangenen nach Fuhlsbüttel transportiert.
Der »neue« Abschiebeknast befindet sich jetzt auf dem Gelände der Anstalt I der JVA Fuhlsbüttel. Über die Bedingungen ist nicht viel bekannt, aber auch dort werden wir die Verantwortlichen nicht in Ruhe lassen, die die rassistischen Asyl- und Ausländergesetze ausführen.

Am 5.12.03 führten wir eine Kundgebung vor dem Abschiebeknast durch. Es ist nicht möglich, jemanden zu sehen, aber das Gebäude steht mit dem Giebel zum Eingang, so dass vermutlich eine Hörweite erreicht werden konnte. Die Polizei hatte vorher zur Auflage gemacht, dass der Knast nicht beschallt werden dürfe. Also haben wir uns beschallt, Redebeiträge gehalten und Musik gespielt. Am Schluß wurde die Polizei böse. Sie behaupteten, wir hätten ihre Spielregeln nicht eingehalten und das hätte noch ein Nachspiel.

Gab es anfangs noch Empörung über Abschiebeknäste, sind sie heute Bestandteil des rassistischen deutschen Alltags. Auf der Suche nach neuen rassistischen Repressionsinstrumenten ist den menschenverwaltenden Bürokraten und Bürokratinnen jetzt etwas Neues eingefallen. Durch die Einrichtung von **Abschiebelagern** wird das Prinzip von einsperren und abschieben massiv ausgeweitet. Diese Abschiebelager werden jetzt bundesweit errichtet. In Hamburg wurde das letzte übrig gebliebene Wohnschiff, die Bibby Altona, bereits umgebaut: Seit dem 1.10.03 sind Ausländerbehörde und Landeskriminalamt schon an Bord. Menschen, die in Hamburg ankommen, sollen dann direkt vom Schiff aus abgeschoben werden. Besuche sind dort grundsätzlich nicht gestattet!

Wir sehen Migration nicht als Problem an, sondern als gesellschaftliche Realität.
Nicht Armut und Arbeitslosigkeit sind zu bekämpfen, sondern das System, das sie produziert.

Deshalb: Stoppt alle Abschiebungen! Weg mit allen Abschiebelagern und -knästen! Für Bewegungsfreiheit und Aufenthaltsrecht !

Glasmoor-Gruppe

... wirft Licht auf Zustände im Neumünsteraner Flüchtlingslager:

Hungerstreik

Lange Zeit waren die Lebensumstände der Menschen in der »Zentralen Gemeinschaftsunterkunft« (ZGU) für Flüchtlinge und Aussiedler völlig unbeachtet von einer noch so kleinen Öffentlichkeit. Erst der Hungerstreik des 29 jährigen Irakers Mohamed S. änderte dies zumindest ansatzweise.

Das Leben in der ZGU ist durch willkürliche Regeln geführt wie in einem Knast oder in einer Kaserne. Insbesondere wird von den Flüchtlingen Folgendes bemängelt und Änderungen gefordert.

Die Abschaffung der täglichen Kontrolle der Anwesenheit durch das tägliche Stempeln in einem Hausausweis (der die eigentlichen Ausweispapiere ersetzt). Das wöchentliche Taschengeld von ganzen 10 Euro (für Kinder 5 Euro) wird bei Fehlen eines Stempels gestrichen, außerdem reagiert die Lagerleitung nach Aussage der Flüchtlinge mit Drohungen: »Wir werden euch nach Hause schicken, der Polizei übergeben oder mit Geldstrafen bestrafen«.
Essen gibt es nur in der Kantine, zu festgelegten Zeiten. Flüchtlinge haben nicht die Möglichkeit sich Essen nach ihren Ernährungsgewohnheiten zuzubereiten und auch Kinder müssen sich an die festgelegten Essenszeiten des DRK halten.
Die Gesundheitsversorgung ist sehr eingeschränkt. Flüchtlinge berichteten von mindestens einem Fall, in dem die Behandlung im Krankenhaus mit der Begründung der zu hohen Kosten nur unzureichend gewährleistet wurde.
Die hygienischen Bedingungen sind unter aller Sau. Die Toiletten haben keine Klobrillen und -bürsten, sind nicht abschließbar und schimmeln ebenso wie die Waschräume vor sich hin. Im Zuge der Proteste wurde diese





Räume neu gestrichen, ohne sie aber grundlegend zu renovieren. Die Flüchtlinge selbst bekommen keine Reinigungsmittel, um sie selbst zu reinigen.

Am 30 Juli trat Mohamed S. in einen Hungerstreik, um seine sofortige Umverteilung nach Pinneberg (wo er Bekannte hat) sowie die Wiederherausgabe von 300 Euro zu erreichen, die ihm vom Lagerpersonal abgenommen wurde. Diese Maßnahme war juristisch leider korrekt, da Flüchtlinge kein Bargeld besitzen dürfen (über 40 Euro im Monat hinaus). Das Geld hatte er von Verwandten geschickt bekommen und benötigte es für Anwaltskosten, einen weiteren Teil wollte er an seinen im Irak lebenden Bruder weiterleiten, der es für eine ärztliche Behandlung benötigte.

Kurz nach Beginn seines Hungerstreiks wurde eine Gruppe von Menschen (die zum Teil schon länger in der Flüchtlingssolidarität tätig sind) auf ihn und die Zustände in der ehemaligen Kaserne aufmerksam. Es begannen regelmäßige Besuche, die Mohamed laut seiner Aussage halfen und ihn davon abhielten, sich umzubringen bzw. einen Durststreik durchzuführen, der innerhalb weniger Tage zum Tode geführt hätte. Als Mohamed jedoch merkte, dass der Leiter des Landesamtes, Ulf Döhring, nicht im Traum daran dachte, dessen selbstverständlichen und banalen Forderungen zu erfüllen (Döhring: »Wir lassen uns nicht erpressen«), kündigte er Ende August an, sich den Mund zuzunähen. Am 1. September machte er seine Ankündigung wahr und nähte sich den Mund mit zwölf Stichen zu! Er wurde daraufhin in die psychiatrische Abteilung des Friedrich-Ebert-Krankenhauses zwangseingewiesen. Dort wurden die Nähte gegen seinen Willen wieder entfernt. Nach einer Woche wurde er wieder in die ZGU entlassen und setzte dort seinen Hungerstreik zunächst fort.

Zu dieser Zeit wurde auch die Presse verstärkt auf den »Fall« aufmerksam. Pressemitteilungen des Flüchtlingsrates und des UnterstützerInnenkreises wurden mit Gegendarstellungen von Ulf Döhring und Co. beantwortet, die in der örtlichen Presse weitaus ausführlicher wiedergegeben wurden als die Pressemitteilungen der UnterstützerInnen. Im Holsteinischen Courier wurden mehrere LeserInnenbriefe mit sowohl unterstützenden als auch rassistischen Inhalten veröffentlicht. Bereits Mitte August hatten rund 100 Flüchtlinge solidarisch mit Mohamed das Kantinenessen verweigert und eigene Forderungen aufgestellt. Ein geplantes Sommerfest in der ZGU wurde daraufhin, wahrscheinlich aus Angst vor weiteren Protesten abgesagt. Um die Situation wieder in den Griff zu bekommen, bot Döhring den Flüchtlingen ergebnislos verlaufende Gespräche an, in denen er es aber nicht versäumte, den Flüchtlingen zu drohen: »Wir werden auch zurückschicken, wenn ihr euch hier nicht benehmt«.

Am 9. September beteiligten sich rund 30 Menschen an einer spontanen Solikundgebung für die sofortige Umsetzung von Mohameds Forderungen. Die Idee einer Mahnwache wurde wegen zu geringer Beteiligung bereits in der Planungsphase wieder fallengelassen. Bei dem vom »Runden Tisch für Toleranz und Demokratie« der Stadt Neumünster organisierten pseudo-antirassistischen »Festival der Kulturen« am 26. September fanden Proteste statt. Am Rande eines Infotisches des Bündnis gegen Rechts wurden auf Mohameds Wunsch hin Fotos ausgestellt, die ihn mit zugenähtem Mund zeigen und ein Flugblatt an die BesucherInnen (unter denen sich auch Ulf Döhring befand) verteilt.



Als am drauffolgenden Tag ein Teil der UnterstützerInnen Mohamed erneut in der ZGU besuchen wollten, verweigerten ihnen die Wachleute den Zutritt zu dem Gelände. Die Grundlage: Eine schriftliche Anordnung von Ulf Döhring, laut dieser die Flüchtlinge innerhalb der ZGU nur noch von Verwandten besucht werden dürften und sich mit allen anderen Menschen nur außerhalb der ZGU treffen könnten. Als Begründung hieß es in dem Schreiben unter anderem, das die Besuche zu Unruhe unter den Flüchtlingen geführt hätten. Auf die Frage aus den Reihen der UnterstützerInnen, wie sich die Unruhe denn äußern würde, kam von dem Wachmann die passende Antwort: »Was Unruhe ist entscheidet das Landesamt!«

Der UnterstützerInnenkreis traf sich nun in einer Kirche in der Nähe der ZGU. In den darauf folgenden Wochen bemühte sich der UnterstützerInnenkreis zunehmend, Kontakt auch zu anderen Flüchtlingen aufzunehmen. Dies gelang in Ansätzen; Flüchtlinge schrieben ein zweiseitiges Papier, in dem sie die Umstände in der ZGU beschrieben und kritisierten. In der nächsten Zeit soll noch ein mehrsprachiges Flugblatt in der Kaserne verteilt werden, um Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft über den UnterstützerInnenkreis zu informieren.
Die wöchentlich mehrmaligen Besuche Mohameds konnten jedoch nicht aufrechterhalten werden, sowohl aus zeitlichen Gründen als auch weil der Ausweichort nicht so oft zur Verfügung stand. Weiterhin wurde es zunehmend schwierig, eine/n Übersetzer/in für die Gespräche mit Mohamed zu finden. Die Hoffnung auf einen Transfer von Mohamed liegen nun zum Einen auf seiner Betreuung durch einen Rechtsanwalt, zum Anderen will der UnterstützerInnenkreis versuchen, die Situation in der ZGU weiterhin öffentlich zu thematisieren.

Im November fand in der Elly-Heuss-Knapp Schule eine Podiumsdiskussion zwischen VertreterInnen des Landesamtes und UnterstützerInnen der Flüchtlinge statt, die allerdings ergebnislos blieb, wenn mensch von der Veranstaltung konkrete Verbesserungen für die Situation der Flüchtlinge erwartet hatte. Eine Schulklasse dieser Schule hatte zuvor sowohl die ZGU als auch Mohamed im Krankenhaus besucht und will auch weiterhin in der Unterstützung für Flüchtlinge tätig sein.

Nachtrag: Anfang Dezember wurde nun endlich Mohameds Transfer genehmigt. Allerdings nicht wie von ihm gefordert zu seinen Bekannten nach Pinneberg, sondern in den Kreis Segeberg. Die Ausländerbehörde des Kreises Segeberg ist bekannt für ihre besonders unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen. Bekannt ist zum Beispiel die Unterbringung von Flüchtlingen in der Ortschaft Todesfelde im Container. Für Döhring wird es eine letzte Rache gewesen sein, den »Unruhestifter« Mohamed ausgerechnet in die »Obhut« dieser Ausländerbehörde zu geben.

Hans Müller, Neumünster

Nachrichten Abschiebekn

Erst die Gute: Flucht aus dem Knast!

Am 15.10. gelang einem Algerier die Flucht aus der »Abschiebehaftanstalt« in Rendsburg. NATO-Draht und Wachpersonal konnten ihn nicht daran hindern. – Herzlichen Glückwunsch !
Mit einer akrobatischen Meisterleistung überwand der 33-jährige Algerier die Gefängnismauern des Abschiebeknastes. Die Reaktion der zuständigen Stellen fiel nicht anders als erwartet aus: noch mehr »Sicherheitsvorkehrungen«, also noch weniger Freiheit für die Insassen, deren einziges »Vergehen« es ist, an den Hürden der deutschen Asylgesetze gescheitert zu sein. Verständnis dafür, dass jemand Angst hat, in sein »Heimatland« abgeschoben zu werden – Fehlanzeige ! Was hier (noch) fehlt, ist ein Aufruf an die Rendsburger Bevölkerung, den Behörden bei der Verfolgung des Flüchtlings behilflich zu sein ....
Bisher fehlt jedenfalls immer noch jede Spur von dem Ex-Häftling. Wir hoffen, dass es so bleibt!

Dann die Schlechte: Selbstverbrennungsversuch im Knast!

Am 23. Oktober ist ein 28-Jähriger Marokkaner in der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg bei einem Brand schwer verletzt worden. Das Feuer, das kurz nach Mitternacht von einem Mitarbeiter entdeckt wurde, ist in dem Haftraum des Mannes ausgebrochen. Der Mann, der an diesem Tag abgeschoben werden sollte, wurde mit schweren Brandverletzungen in eine Lübecker Spezialklinik geflogen. Die Polizei geht nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen davon aus, dass der Abschiebehäftling das Feuer selbst gelegt hat.
Als Ausgangspunkt für das Feuer wurde eine Matratze ermittelt.

Dies ist bereits der zweite Selbsttötungsversuch seit der Inbetriebnahme des Abschiebegefängnisses im Januar

aus dem ast Rendsburg



2003, in dem abgelehnte Asylbewerber auf ihre Abschiebung warten.
Hier zeigt sich wieder, dass die Abschiebehaft unvereinbar ist mit humanistischen Grundwerten. Das müsste auch die Justizministerin Anne Lütges wissen, die sich mit ihrer grünen Doppelmoral einerseits erschüttert zeigte und andererseits den Knast als vorbildlich bezeichnete. Paradox, etwas als vorbildlich zu bezeichnen, was im Kern unmenschlich ist. Die Schlussfolgerung der Justizministerin fiel nicht anders als erwartet aus: »Schnellere Abschiebungen« sollen das Suizid-Problem lösen.

Insgesamt haben sich schon 45 Menschen in deutscher Abschiebehaft das Leben genommen. Trotz aller Bemühungen die Abschiebehaft so »human« wie möglich zu gestalten, ist die Situation für Abschiebehäftlinge, die in ihren »Verfolgerstaat« abgeschoben werden sollen, unerträglich.
Dieses Problem wird nicht mit »schnelleren Abschiebungen« gelöst werden, da die Ursache der Selbsttötungsversuche natürlich die Abschiebung an sich ist.

Als Ausdruck unseres Protestes übergaben wir dem Innenministerium am 28. Oktober eine »Symbolisch brennende Matratze«. Insgesamt wurden wir vier RendsburgerInnen und ein Kieler von ca. 20 Polizisten bei der Übergabe begleitet. Der Innenminister Buß hatte wie auch beim letzten Mal keine Zeit das Geschenk entgegenzunehmen.

Und das Letzte: Netzwerk Asyl wird die Mitarbeit im Abschiebegefängnis verweigert!

Am 4. Juni 2003 beantragten wir beim Justizministerium in Kiel die Erlaubnis, im Abschiebegefängnis in Rendsburg mitarbeiten zu dürfen.
Der Anlass für diese Entscheidung war die besorgniserregende Nachricht des Selbsttötungsversuches eines Häftlings Anfang Juni im Abschiebegefängnis.
Unsere Ziele waren in erster Linie weitere Selbsttötungsversuche zu verhindern und den Gefangenen eine »Stimme nach draußen« zu geben. Um dies zu erreichen hatten wir ein Konzept erarbeitet, indem wir für die Abgeschobenen einen »Personenschutz« am Zielort organisieren wollten.
Internationale Menschenrechtsorganisationen sollten über eine bevorstehende Abschiebung informiert werden, um die abgeschobene Person am Flughafen in Empfang nehmen zu können. Das hätte möglicherweise eine Inhaftierung des Betroffenen verhindern oder sie öffentlich bekannt werden lassen. Weitere Aufgaben bestanden darin, Biographien, Fluchtursachen und Meinungen von Abschiebehaftgefangenen zu veröffentlichen, um die weit verbreitete Meinung im Abschiebehaft säßen nur »kriminelle Ausländer« zu korrigieren.

Diese Vorhaben dürfen wir nun leider nicht umsetzen. Nach monatelanger Warterei kam am 28.10.03 der Bescheid von dem Leiter der Justizvollzugsanstalt in Kiel, Klaus Goede, worin unserer Wunsch nach Mitarbeit im Abschiebegefängnis abgelehnt wird.
Begründet wird diese Entscheidung im Wesentlichen damit, dass unsere Positionen (gemeint sind die von Herrn Goede und unsere) zu unterschiedlich seien, um eine konstruktive Mitarbeit im Gefängnis zu gewährleisten. Uns gehe es nicht um die Humanisierung der Abschiebehaft, sondern um deren Beendigung, womit er selbstverständlich Recht hat. Weiter schreibt er, wir würden auch Mittel der Gewalt einsetzen.

Als Beleg hierfür, zitierte er aus einem unserer Flugblätter von 1999, indem wir ein Zitat der Berliner Gruppe Das K.O.M.M.I.T.E.E. abdruckten, die 1995 einen Anschlag auf einen im Bau befindlichen Abschiebeknast verübte. Auch die Überschrift dieses Flugblattes »Flucht ist kein Verbrechen... Abschiebung ist eins!« veranlasste Goede unsere solidarische Arbeit abzulehnen. Weiter wird uns in diesem Schreiben vorgeworfen, das wir mit der DIDF zusammenarbeiten, die er als links-extremistisch einstuft. Wenn er diese Recherchen nicht betrieben hätte, würde er sicherlich noch andere Gründe finden, um AntirassistInnen zu kriminalisieren.

Denn ihn lenkt lediglich die Angst vor weiteren unangenehmen Ereignissen im Abschiebegefängnis. Der Widerspruch, den die Abschiebehaft in sich trägt soll die Mauern nach draußen nicht durchdringen. Die Anwesenheit unserer Gruppe hätte das bewirken können.

Netzwerk Asyl, Rendsburg

Die Stimmung in Rendsburg tendiert nach rechts. Während Jugendarbeit in Rendsburg nach scheinbar rassistischen Mustern finanziert wird, prügeln sich Nazischläger, gehäuft seit dem Rendsburger-Herbst, allwöchentlich in den Straßen der Kleinstadt.

Braunes Nest Rendsburg

Zu den Ereignissen der letzten Zeit:

Vom 28.08. bis 31.08.2003 fand der Rendsburger Herbst statt. Ein alljährliches Kleinstadtfest, das scheinbar nach dem Muster verfährt, möglichst viele Leute besoffen zu machen. Das zieht natürlich auch die lokalen Nazi-Skins an. So fanden am Samstag den 30. August zwei Großschlägereien, (eine an der Kneipe Bullentempel, und eine am Kreishafen) mit rechten Schlägern statt, die polizeilich aufgelöst wurden.

Beim Spiel der St. Pauli-Amateure gegen Büdelsdorf waren ca. 15-20 Nazis der Rendsburger Szene anwesend, unter ihnen der wieder aktive Kim Rettke. Später am Abend zogen einige von ihnen an einer bekannten linken WG vorbei, um mit der Parole: »Hier regiert die NSDAP« zu provozieren. Während im letzten Jahr noch verstärkt Jagd auf linke Jugendliche und Punks gemacht wurde, zogen es die Nazis in diesem Jahr vor, sich mit der Polizei zu prügeln.

Am 04.10.2003 fand der Kanal-Cup statt. Dabei griffen mehrere Rendsburger Naziskins Punker an, die sich nur durch CS-Spray und Wegrennen retten konnten.

Am Dienstag, den 19.10.03, gab es eine Schlägerei zwischen migrantischen Jugendlichen und Hamburger Nazis in der Innenstadt. Die Nazis mussten, nachdem sie eine Frau verletzt hatten, vor einer Überzahl der jugendlicher Migranten fliehen.

Am 26.10 fand eine Naziparty in der Büdelsdorfer Gaststätte »Zum Löwen« in der Hollerstrasse 30 statt. Die Veranstaltung war eine Geburtstags-Party des Gaststättenpächters, die später von der Polizei wegen der zu lauten rechten Musik aufgelöst wurde. Im Anschluss an die Veranstaltung zogen einige Nazis los, um in der Innenstadt laut ihrer Aussage »Ausländer zu klatschen«. Dabei kam es zu einer Rangelei, die die Nazis für sich entscheiden konnten. Später trafen einige der angegriffenen jugendlichen Migranten zwei der Neonazis, die sich auf dem Heimweg befanden. Dabei kam es laut der Landeszeitung zu einer Kurzschluss-Handlung der migrantischen Jugendlichen, die versuchten mit ihrem PKW die Nazis zu überfahren. Diese konnten allerdings ausweichen, lediglich einer der Faschisten wurde am Bein verletzt. Die gesamte Situation wurde von einem Zivil-Einsatzwagen beobachtet, der später alle Beteiligten festnahm.
In all der Zeit vom Rendsburger-Herbst bis heute fand eine Vielzahl von weiteren Angriffen der lokalen Naziskins statt. U. a. deswegen wurden der Stadtpark, die Hohe Strasse, der Schiffsbrückenplatz und der Altstädter Markt zu Sondergebietszonen im Sinne des Landes-Polizei-Rechts erklärt. Die Stadt Rendsburg erklärte die jugendlichen Migranten zu der Gruppe, die die Angriffe provoziert hätte.

Die Stadt Rendsburg praktiziert damit eine Law and Order Politik, mit der sie in ihrer Jugendarbeit anscheinend fortfahren will. So plant sie unter der Begründung, dass für einen Umbau des Kreishafens gespart werden müsse, genau die beiden Jugendtreffs zu schliessen, die hauptsächlich von jugendlichen Migrantengenutzt werden.

Ebenfalls Ende Oktober gab es in SH und HH einige Hausdurchsuchungen in Zusammenhang mit Combat 18 – so auch in Rendsburg. Es bleibt also festzuhalten, dass die Rendsburger Nazis nicht nur in Richtung Flensburg agieren, wo sie regelmäßig gesichtet wurden, sondern sich auch innerhalb eines organisierten Nazi-Terror-Netzwerks betätigen. Überhaupt war lange Zeit eine enge Verbindung zwischen Nazis aus FL und RD auszumachen, die sich gegenseitig unterstütz(t)en. Die Rendsburger Kameradschaft »Weisser Wolf« ist eine der gewaltbereitesten in Schleswig Holstein.

www.antifa-rendsburg.de
aa-rd@gmx.net

Nazi-Übergriffe oder »rivalisierende Jugendgruppen« in Rendsburg?

»Nazis oder Polizei, für uns bedeutet das das Gleiche«

Seit einigen Monaten gibt es mehr oder weniger regelmäßig Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, und zwar Nazis und Ausländern in Rendsburg. Insbesondere kurdische Jugendliche beschweren sich darüber, dass die Polizei einseitig ausländische Jugendliche dafür verantwortlich macht. Wir sprachen mit Sevgi Dilbagi, einer 19-jährigen Kurdin aus Rendsburg.

Sevgi berichtet uns, dass es seit längerer Zeit diese Auseinandersetzungen gibt. Ende Oktober war sie selbst in eine Schlägerei verwickelt:

»Vor zwei Wochen war ich mit meinem Bruder in der Stadt. Dort trafen wir zwei ziemlich große und starke junge Männer, sie sahen aus wie Nazis und hatten einen kleinen Ausländer, einen Araber im Schwitzkasten. Ich bin gleich hin zu ihnen, und auch mein kleiner Bruder schrie sie an, sie sollten das lassen. Erst da sah ich, dass die Nazis zwei Mädchen mit dabei hatten, die sind sofort auf mich losgegangen. Sie haben sofort angefangen zu schlagen. Ich habe mein Fahrrad fallen gelassen und bin weggerannt, sie hinterher. Der eine Nazi, groß wie ein Bär, ging dann auf meinen Bruder los, der ist erst vierzehn. »Scheißausländer« schrie er dabei, so entstand die Prügelei. Ein Stückchen weiter standen dann zum Glück andere Ausländer, größere als wir beide. Die halfen uns sofort. Ich habe mich nur gewehrt, aber das eine Mädchen von den Nazis fing an zu bluten. Die sind dann weggerannt, ich auch, weil ich hörte, dass die Polizei kommt. Wenig später kam ich dann zurück, um zu gucken, wir gingen dann an der Polizei vorbei und wollten eigentlich nach Hause. Ich wurde von einem Polizisten sofort angemacht: »Geh weiter!«, und ich habe gleich gesagt: »Können Sie nicht ordentlich reden?«. Ich wollte dann weitergehen, aber die sagten sofort »Ausweiskontrolle«. Mein Bruder zeigte seinen Ausweis, aber sie wollten ihn sofort mitnehmen. Ich bin dann ausgetickt. Erst werden wir geschlagen, und dann werden wir mitgenommen. Ich bin dann zu den Polizisten hingerannt und hab sie angeschrieen. Sie haben mich gleich gepackt, zwei Polizisten an den Armen, an den Beinen, mich hingeschmissen und gesagt: »Wir nehmen Sie jetzt fest.« Sie holten dann Handschellen raus. Ich habe noch gesagt »Ich kann auch so ins Auto steigen«, aber sie haben mir die Arme auf den Rücken gebogen und mich dann mit Handschellen gefesselt. Sie haben die Handschellen ganz stramm gemacht, ich hatte noch lange Druckstellen an den Handgelenken, die sind jetzt erst weg. Im Auto haben sie mich bedroht »Wenn Sie sich nicht benehmen, dann kriegen Sie eine eklige Zelle«. Ich habe dann gefragt, wann ich rauskomme, und sie haben mir nur Angst gemacht. Ich habe auch gehört, dass sie andere in der Zelle geschlagen haben, wenn die was fragen wollten. Nach drei Stunden haben sie mich wieder rausgelassen. Sie haben mindestens 20 oder 25 von uns mitgenommen.«



»Rendsburger Herbst«:
Schlägereien, Saufgelage, rassistische Übergriffe als Beigeschmack städtischer Image-Werbung



Auch die Polizei berichtet seit längerer Zeit von »Zwischenfällen«, so während des »Rendsburger Herbstes« (ein örtliches Volksfest) und auch bei Veranstaltungen in der Nordmarkhalle. Sie stellte am 22. Oktober das »Gewaltkonzept der Polizei« vor. Darin geht es um die »Auseinandersetzungen rivalisierender Jugendgruppen«. Das Einsatzkonzept sieht nun vor: »Schwerpunkt dieses Konzeptes wird ein konsequentes Vorgehen der Polizei gegenüber diesen Jugendgruppen sein. So wurden unter anderem die Treffpunkte Schiffbrückenplatz, Theatervorplatz und das Stadtseegelände zum besonderen Ort im Sinne des Landesverwaltungsgesetzes erklärt. Diese Maßnahme berechtigt die Polizei zu anlassunabhängigen Personenkontrollen. Personen können durchsucht und die Personalien festgestellt werden. Durch verstärkte offene und verdeckte Präsenz wird die Polizei die Sicherheit an diesen Orten erhöhen.«

Die Umsetzung dieses Gewaltkonzeptes erlebt Sevgi so: »Wir müssen gar nichts machen. In der Zeitung steht, die Ausländer sind schuld an der Situation. Wir müssen uns nur in der Stadt aufhalten und bekommen von der Polizei sofort Platzverbot. Wir werden behandelt, als ob wir keine Menschen wären. »Halt die Schnauze« oder »Wen wollt Ihr heute verprügeln«, so redet die Polizei mit uns.« Die Platzverweise betreffen nach ihrer Beobachtung den Schiffbrückenplatz, die Ecke vor der Commerzbank, aber auch andere Treffpunkte in der Innenstadt.

Sevgi weiter: »Ein anderes Mal haben sie uns wieder alle mitgenommen. Ein anderer Ausländer kam gerade von der Arbeit in der Küche, kam nur zufällig vorbei und wurde auch gleich mitgenommen. Es ist der Polizei einfach egal, alle Ausländer werden mitgenommen. Ein anderes Mal hatten wir eine Auseinandersetzung mit Bundis, die benehmen sich auch wie Nazis. Die Polizei ist gekommen, sie hat die Bundis einfach zur Kaserne gefahren.« Sie zieht das Fazit: »Ob wir in der Stadt Nazis oder die Polizei treffen, für uns bedeutet das das Gleiche.«

Die Polizei schreibt in ihrem »Gewaltkonzept«: »In Bezug auf die rivalisierenden Gruppen wurden die Strukturen analysiert. Sie sind der Polizei bekannt. In Zusammenhang mit dem Einsatzgeschehen haben bereits erste Gespräche mit Gruppen Mitgliedern, bei Jugendlichen auch mit deren Erziehungsberechtigten, stattgefunden. Ihnen ist die Konsequenz bekannt, dass ein Auffälligwerden Maßnahmen wie Platzverweise und Ingewahrsamnahmen nach sich zieht.«

Sevgi erzählt, dass sich ausländische Jugendliche (und einige deutsche Mädchen) im Jugendzentrum »Pulverschuppen« treffen. Die ausländischen Jugendlichen haben den Bürgermeister eingeladen, Andreas Breitner, und haben ihm bei einem Treffen im »Pulverschuppen« ihre Probleme geschildert. Nun hoffen sie auch auf ein Treffen mit der Polizei.

Die Polizei schreibt: »Da es sich bei diesem Phänomen um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, das nicht von der Polizei allein gelöst werden kann, werden zur Flankierung der polizeilichen Maßnahmen andere Institutionen wie zum Beispiel die Ausländerbehörde oder die Stadt Rendsburg mit ins »Boot« geholt.«

Reinhard Pohl

Extrem Rechte kommunal verankert:

Rechte Stimmengewinne in Bremerhaven und Brandenburg

Bei den Wahlen in Bremerhaven und Brandenburg konnten die Parteien der extremen Rechten und des autoritären Neoliberalismus zum Teil ihre lokale Verankerung vorantreiben.

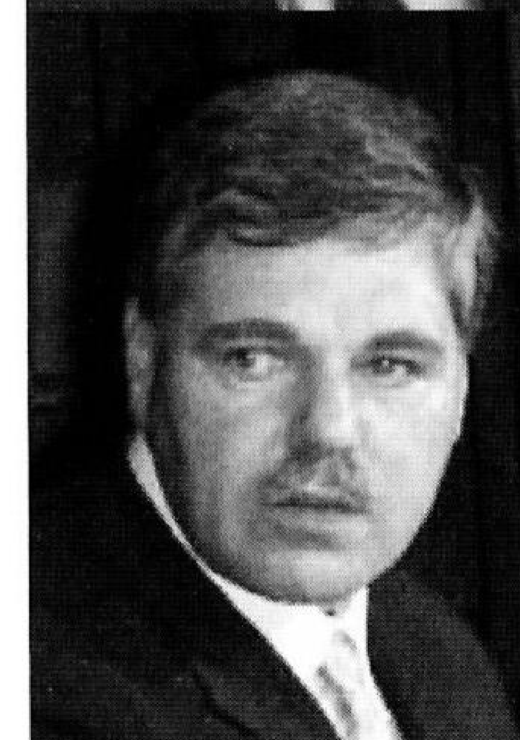
In der Nordseestadt Bremerhaven traf Ende September die rassistische Hetze der DVU bei der Wahl zum Stadtparlament auf wachsende Zustimmung; ihr Stimmanteil stieg von 5,2 Prozent (1998) auf nun 8,08 Prozent, womit die DVU-Fraktion unter Vorsitz von Siegfried Tittmann nun vier (bisher zwei) Stadtverordnete umfasst. Rechnet man die Stimmen der Schill-Partei (2,2 Prozent) und der Deutschen Partei (0,9 Prozent) hinzu, so haben die Parteien rechts von der CDU in Bremerhaven 11,2 Prozent der Stimmen erhalten. Da die DVU erstmals 1987 ins Bremerhavener Stadtparlament einzog, wird sie am Ende dieser Wahlperiode 20 (!) Jahre dort vertreten sein. Dies stellt für die DVU eine Sondersituation dar, zeigt aber deutlich, dass sie in der Stadt über ein stabiles Potenzial an Zustimmung und Unterstützung verfügt.

Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg (26. Oktober 2003) traten Parteien der extremen Rechten und des autoritären Neoliberalismus nicht flächendeckend an, konnten aber zum Teil trotz konkurrierender Kandidaturen erhebliche Erfolge erzielen und wegen des Fehlens der Fünf-Prozent-Hürde auch in Kreistage einziehen. Das faschistische Monatsmagazin *Nation & Europa* beklagte freilich, dass das »verwirrende Neben- und Gegeneinander (...) nur eines erkennen« lasse: »Die rechten Parteien behindern sich gegenseitig, wobei mal die eine, mal die andere Gruppierung den Kopf vorne hat. Offenkundig hängt alles von der örtlichen Präsenz ab.« Insbesondere für die DVU dürfte das Ergebnis von Bedeutung sein, da sie erst in jüngster Zeit damit begonnen hat, an Kommunalwahlen teilzunehmen, und die jetzigen Erfolge (überall wo sie antrat, entsendet sie nun Kommunalparlamentarier !) von ihr als »günstiges Vorzeichen für den Wiedereinzug« in den Landtag Brandenburgs gewertet wurden.

Aber auch die NPD widmet den Wahlen weiterhin Aufmerksamkeit. Geht es bei Landtags- und Europawahl vor allem um das Einstreichen der staatlichen Gelder (Wahlkampfkostenerstattung), so zielt sie im übrigen darauf, regional und kommunal in der Bevölkerung bekannte und anerkannte Aktivisten in die Parlamente der Kreise bzw. kreisfreien Städte zu bekommen. In Brandenburg vertritt der Landesvorsitzende Mario Schulz die NPD nun im Kreistag von Prignitz, der stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Beier und Lars Beyer bilden im Kreistag des Oder-Spree-Kreises die erste NPD-Fraktion im Land.

Erst kürzlich hat die NPD auf Initiative des NPD-Präsidiumsmitglieds Peter Marx und mit Unterstützung der NPD-Fraktion im hessischen Wetterau-Kreis eine sog. Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ins Leben gerufen. Ziel der KPV-Gründung ist es, die Teilnahme der Neonazis an Kommunalwahlen professioneller vorzubereiten sowie gewählte NPD'lerInnen in ihrer Arbeit in den Kommunalparlamenten zu unterstützen, indem ein Austausch in Rechtsfragen stattfindet oder Propaganda zentralisiert vorbereitet wird. Dabei sieht die NPD Erfolge auf dieser Ebene als Voraussetzung für einen späteren Einzug in Landtage und den Bundestag. Der Wetterauer Kreistagsabgeordnete der NPD, Ralf Haschke, wurde an die Spitze der KPV gewählt, als Stellvertreter fungiert der Meißener Stadtrat Mirko Schmidt.







Wahlkampf mit der üblichen extrem rechten Mottenkiste, leider immer wieder erfolgreich: Die Spitzenkandidaten der DVU in Bremen und Bremerhaven: Siegfried Tittmann, Steffen Krause, Hans Weidenbach, Elfriede Budina, Irina Tadday

Wie die Neonazi-Szene Neumünsters ihre Strukturen ausbaut

Kämpfer für die »National befreite Zone«?

Als der Sprecher des Landeskriminalamtes in Kiel zu den Hausdurchsuchungen und Festnahmen von Mitgliedern, der in Schleswig Holstein ansässigen Gruppe »Combat 18 Pinneberg«, der anwesenden Presse mitteilte, dass einige der festgenommenen Personen auch ohne die bei ihnen entdeckten Waffen durch ihr Training der Kampfsportart »Ultimate Fighting« sehr gefährlich seien, wurde eine Information der Presse vorenthalten! Wo und durch wen wurden die festgenommenen B&H Mitglieder trainiert?

Die Örtlichkeit

In der Wrangelstraße 34 im Neumünsteraner Stadtteil Wittorf residiert seit seiner Gründung am 13.08.02 im zweiten Stockwerk des Gewerbegebäudes aus roten Klinkern der eingetragene Verein »Athletik Klub Ultra«, was auf den ersten Blick nichts Ungewöhnliches ist, da sich in den dortigen Areal aus ehemaligen Industriebauten eine Vielzahl von kleinen Gewerbebetrieben und Vereinen niedergelassen hat.

Der Klub

Aus der Präambel des Athletik Klubs lässt sich folgendes erlesen: *»Die Arbeit des Vereins Athletik Klub Ultra basiert auf dem Wunsch der Gründer, den Kraft- und Kampfsport der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Besonders neue ›hybride‹ Kampfsportarten, aber auch traditionelle Sparten des Ringens sollen hier Beachtung finden und somit ein möglichst breites Interesse fördern. Ein weiteres Ziel des Vereins ist es, eine kompetente zu rein kommerziell orientierten Institutionen zu sein und somit jedem Interessierten die Möglichkeiten und Vorteile der sportlichen Ertüchtigung, insbesondere innerhalb der Schwerathletik zu bieten.«* Und unter der Rubrik »Ziele und Aufgaben des Vereins« lässt sich lesen: *»Aber auch bewährte Sportarten wie Boxen, Ringen, Jiu-Jitsu usw. sollen möglichst im Rahmen des Vereins berücksichtigt werden. So ist der Verein ständig um eine Erweitern seines Aktivitäten – Angebotes bemüht«* und *»Der Verein erreicht seine Ziele insbesondere durch: Bereitstellung der Trainingsräumlichkeiten und Geräte Kurse, Schulungen, Seminare und »Workshops«, Ausrichten von Wettkämpfen, Information der Öffentlichkeit«*

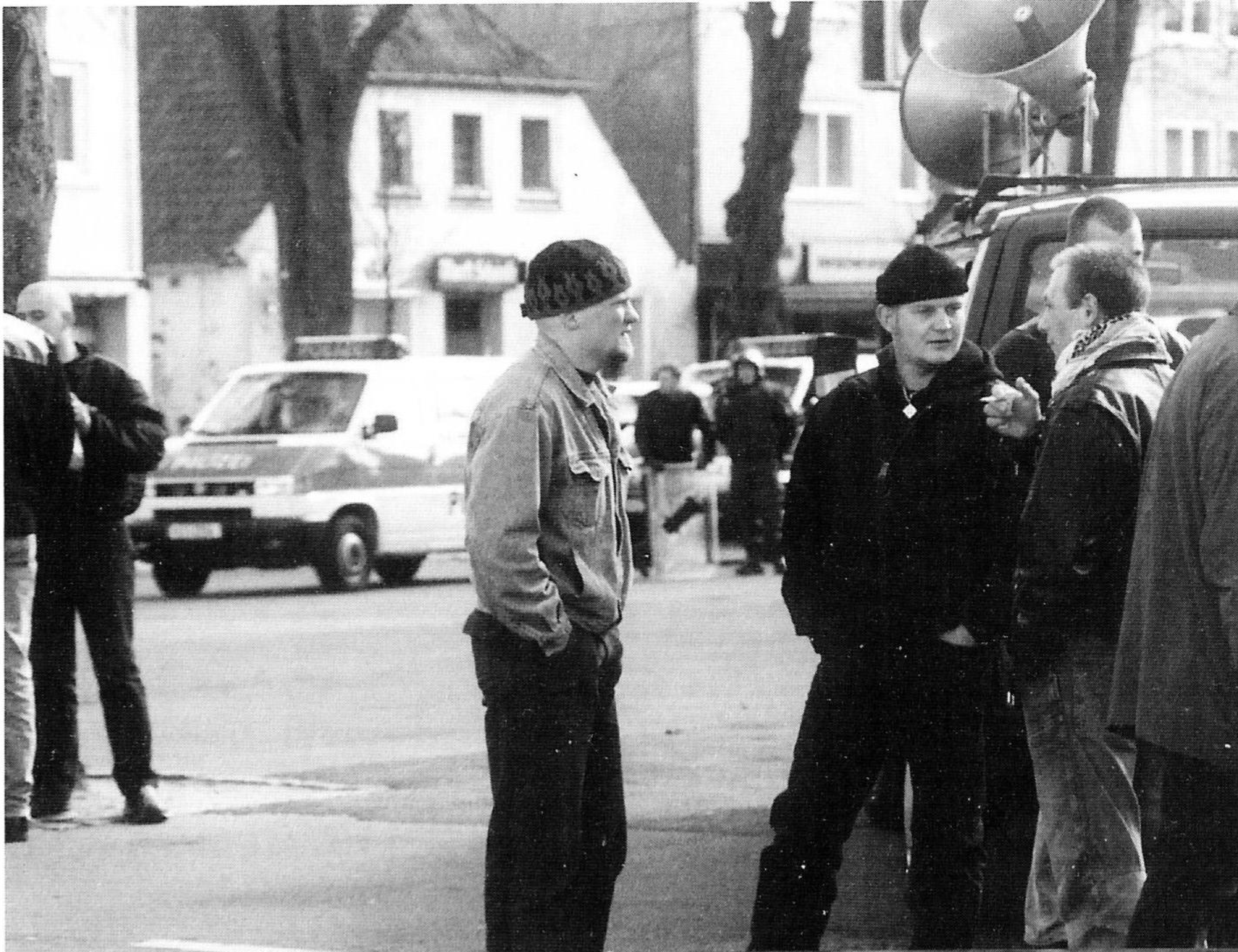
Diese Ziele wären für einen Verein, der seinen Mitgliedern diese breite Palette von körperlicher Ertüchtigung anbietet, erst mal nichts Besonderes – wären nicht zur Gründungsversammlung des Vereins am 13.08.02 die Köpfe der militanten Neonaziszene Neumünsters anwesend gewesen wären!

Die Gründer

Zur Gründungsversammlung des Vereins waren der ehemalige Landesvorsitzende der NPD Schleswig Holstein und Club 88-Pressesprecher Peter Borchert, der Mitbegründer des Club 88 Tim Bartling, sowie der Flensburger NPD Kader Knuth Sogorski anwesend. Der an diesen Tag gewählte Vorstand des Vereins setzt sich aus den Neonazis Tim Bartling als erster Vorsitzender, Frank Rieckmann als zweiter Vorsitzender und last but not least Knuth Sogorski als Schatzmeister zusammen. Frank Rieckmann ist der Ehemann der Club 88 Konzessionsinhaberin Christiane Dollscheid und zählt seit längerer Zeit zur organisierten Naziszene Neumünsters. Diese Zusammensetzung des »Vereins« lässt doch die weiter oben zitierte Präambel, sowie die Zielsetzung des Vereins in einem anderen Licht erscheinen! Alle diese sehr bekannten Neonazis, die an der Gründungsveranstaltung teilgenommen haben oder im Vorstand des Vereins sitzen, haben einschlägige Erfahrungen mit der Anwendung von körperlicher Gewalt gegenüber Menschen, die nicht ihrem nazistischen oder rassistischen Weltbild entsprechen.

Die Trainer

Im März 2002 konnte im Sportteil einer Neumünsteraner Tageszeitung gelesen werden, dass Tim Bartling und Thomas Reiß aus Neumünster als Mitglieder und Jiu-Jitsu Kämpfer des Judoclub Neumünster (J.C.N) bei den »II. Europe open Championship« in Schwerin insgesamt drei Europameistertitel »nach Neumünster« holen konnten. Der 1971 geborene Thomas Reiß, auch als Mitglied im Athletik Klub Ultra aktiv, gehört neben Tim Bartling zu den Trainern und Ausbildern im »Klub Ultra«. Tim Bartling, 1970 im Dänischen Sonderborg geboren hält neben seinen bundesweiten Kontakten auch hervorragende Kontakte zur dänischen Naziszene, wurde auch als Teilnehmer an der Nazidemonstration gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in Neumünster gesehen. Bartling und Reiß nahmen unter anderen auch als Vertreter des Athletik Klubs an verschiedenen »Freefight« Wettbewerben in Deutschland und Dänemark teil.





Fast 15-jährige Neonazi-Karriere in Neumünster: Tim Bartling, hier bei einem Neonazi-Aufmarsch 2003 in Neumünster

Peter Borchert und Knut Sogorski sind ebenfalls im Vorstand des Vereins »Athletik Klub Ultra«

Wer wird trainiert?

An den zwei Wochentagen, in dem der Athletik Klub seine Räumlichkeiten geöffnet hat, findet meistens ein Training von Jugendlichen und jungen Erwachsenden statt, die teilweise von ihren äußeren Erscheinungsbild nicht unbedingt der Nazi Szene zuzurechnen sind. Um Mitglieder für den Verein zu werben, werden auch schon mal, wie beobachtet wurde, die gelben Flyer vor Neumünsteraner Schulen verteilt. Außerhalb der regulären Trainingszeiten werden und wurden vermehrt Nazikader und ihr Gefolge beim Betreten der Örtlichkeit gesichtet. Dies könnte dafür sprechen, dass Personen der Naziszene gesondert und abgeschirmt von den »normalen« Teilnehmern trainiert werden!

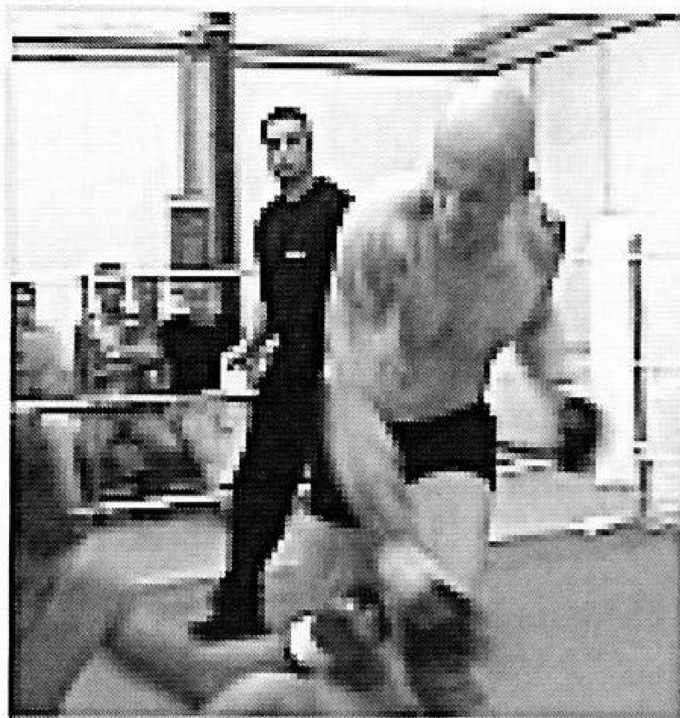
(k)eine neue Idee!

Der ganze Aufbau und die Struktur des Vereins erinnert an einen Fall in Deutschland, der sich Anfang der 90er im Nordrhein Westfälisches Solingen zutrug. Ein V-Mann des Verfassungsschutzes, Bernd Schmitt, trainierte in seiner gegründeten Kampfsportschule »Hak Pao« auch den »Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband« (DHKKV). Der DHKKV gilt nach heutigen Erkenntnissen als eine Vorfeld-Organisation, der am 27.November 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF). Im DHKKV trainierten zahlreiche organisierte Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Es wurde versucht den DHKKV vom Trainingsbetrieb des »Hak Pao« durch ein gesondertes »Freitagstraining« streng zu trennen, da dieses Training gezielt gegen ausländische Jugendliche aufgebaut wurde.

Der normale Trainingsbetrieb der »Hak Pao« wurde auch dahingehend genutzt um Jugendliche, die die »richtige Einstellung« hatten, für den DHKKV auszusieben. Auch ausländische Jugendliche durften an dem Training teilnehmen in dem sie unbewusst eine Art Alibifunktion einnahmen.

Es wurde auch strengstens darauf geachtet, dass die zunehmende Frequentierung des Vereins durch Nazis nicht allzu offensichtlich wurde, indem die deutliche Agitation und Zurschaustellung rechtsradikaler Symbolik verboten wurde. Das gezielte Training von Neonazis innerhalb des DHKKV war für eine militärisch strukturierte Personengruppe ausgelegt, die für Personen-, Objekt- und Saalschutzaufgaben eingesetzt werden konnte. Am Pfingstsamstag 1993 kamen in Solingen fünf türkische Mädchen und Frauen bei einem von Neonazis ausgeführten Brandanschlag ums Leben. Erst im Rahmen des Gerichtsverfah-

7. Fight: Tim Bartling V.S. Daniel Hengst



Der 7. Kampf dieser Veranstaltung war die kürzeste Begegnung des Tages, die nach nur 24 Sekunden beendete war. Im OCN Modus startete hier Tim Bartling (79 Kg / Athletik Klub Ultra) gegen Daniel Hengst (79 Kg / Sharks-Gym Ulm). Die FFA Fighter um Andreas Stockmann hatten es bei diesem Event nicht leicht, denn sie bekamen durchweg alle sehr starke Gegner vor die Fäuste, was bei einem Newcomer-Cup natürlich vorher niemand genau einschätzen kann! Wie auch immer! Tim machte auf der gesamten Veranstaltung einen sehr freundlichen und sympatischen Eindruck und zeigte sich dann im Ring als ein technisch hochversierter sowie kompromisloser Kämpfer! Nach Kampfbeginn sah man Tim zunächst abwartend, den Eindruck erweckend, einiges von seinem Handwerk zu verstehen. Daniel griff dann mit einer steifen linken Geraden zum Kopf an. Tim ging in diesen Angriff hinein, nahm seinen Kopf leicht rechts aus der Schlagline und schlug gleichzeitig ein eigene harte Linke, die voll bei Daniel einschlug! Dieser ging nach dem Treffer zurück und Tim setzte sofort mit einer Links-Rechts-Kombination, einem knallharten linken Kopfhaken und einer Rechten, nach. Daniel ging angeschlagen zu Boden und kaum war er unten, hatte Tim ihn auch schon in einem gnadenlosen Choke! Tim brachte Daniel in dieser Technik auf den Bauch und zog an. Daniel blieb keine andere Möglichkeit, als nach 24 Sekunden abzuklopfen!



rens gegen die vier jugendlichen Solinger Neonazis, die diesen Anschlag verübten, wurde bekannt, dass drei von ihnen Mitglieder der Kampfsportschule »Hak Pao« waren.

Im Verlauf des weiteren Prozesses kam 1994 heraus, dass Bernd Schmitt bezahlter Informant des Verfassungsschutzes war. Bernd Schmitt löste kurz darauf die Kampfsportschule »Hak Pao« auf. Nun gibt es wohl in Neumünster keinen vom Verfassungsschutz gesteuerten »Bernd Schmitt«, aber der Aufbau und die Organisation des Athletik Klubs ist fast die selbige, wie der damalige DHKKV in Solingen.

Der Ausbau der National befreiten Zone Neumünster!

Auf einer Demonstration im Jahre 2000 im Thüringischen Eisenach sprach der momentan in Haft sitzende ehemalige NPD Landesvorsitzende Peter Borchert, der unter anderen auch als Sprecher des Club 88 fungiert, vom Club88 als *»das schlagende Beispiel für eine national befreite Zone«.*
Eine Erklärung was eine »National befreite Zone« ist, liest sich aus einem Anfang der neunziger Jahre im Internet aufgetauchten Strategiepapier folgendermaßen: *»Wir betrachten die befreiten Zonen aus militanter Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivisten. Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns zweierlei. Einmal ist es die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und –gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig. Entscheidender wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen der Staat bleibt draußen…«*
Darüber hinaus soll durch ein dichtes Netz »eigener« Betriebe in diesen Zonen auch wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht werden.

Bis vor zwei Jahren war die von Peter Borchert als »schlagendes Beispiel« benannte Neumünsteraner Kneipe Club 88 der Szene-Treffpunkt für Neonazis aus Schleswig Holstein und den norddeutschen Raum. Sie galt als Prestigeobjekt der Naziszene und trug unter anderen stark zur Vernetzung innerhalb der Schleswig-Holsteinischen-Neonaziszene bei. Seit ungefähr zwei Jahren ist zu beobachten, dass die Besucherzahl des Club 88 stetig sinkt und der Club nur noch sporadisch geöffnet hat. Bei den wenigen Besuchern handelt es sich eher um Jungnazis aus den Neumünsteraner

Vororten Faldera, Einfeld und Wasbek. Dieser Besucherschwund sagt aber nichts über die Bedeutung des Clubs für die Schleswig Holsteinische Naziszene aus, da sich bei verschiedenen Anlässen gezeigt hat, das der Club nach wie vor als Anlauf und Informationsbörse Landesweit genutzt wird. Auch die am 04.10. diesen Jahres im Club 88 stattgefundene »Geburtstagsfeier« zum achten Jahrestages des Clubs, die mit mehr als 250 Neonazis aus der ganzen Bundesrepublik und sogar einer Delegation aus Dänemark begangen wurde, zeigt das der Club 88 für die Naziszene nach wie vor eine bundesweite Bedeutung hat. Der Besucherschwund ist eher darauf zurückzuführen, das die örtliche Naziszene das bestehen ihres »Clubs« nicht mehr als gefährdet sieht, da mit der Zeit ein Großteil der Neumünsteraner Bevölkerung und selbst die Stadt Neumünster den Club 88 als ein Bestandteiles ihren Stadtbildes anerkennt.

Es ist davon auszugehen, dass der Athletik Club Ultra als eine Erweiterung für diese »National befreite Zone« Neumünster gegründet wurde und zur neonazistische Agitation und Propaganda von Jugendlichen genutzt wird. Auch die Ausbildung von Neonazis in verschiedenen Kampfsportarten lässt den Verdacht zu, dass die militante Naziszene in diesem Verein einen legalen Weg sieht sich für ihre fast täglichen Übergriffe gegenüber Andersdenkenden zu stärken. Als jüngstes Beispiel wäre die am letzten NPD Landesparteitag beschlossene Gründung eines NPD-Ordnerdienstes zu erwähnen. Der auf diesen Parteitag gewählte Ordnerdienstleiter und einschlägig wegen Körperverletzung vorbestrafte Peter von der Born hat den Auftrag des Landesverbandes der NPD Schleswig Holsteins bekommen eine Ordnertruppe aufzubauen, die sich im Schutz von Veranstaltungen und Demonstrationen hervortun soll. Der Kieler Peter von der Born hält sehr regen Kontakt zur Neumünsteraner Neonaziszene und Nazikadern wie Peter Borchert, Tim Bartling und Christiane Dollscheid. Nach noch unbestätigten Aussagen wurde schon mehrmals Peter von der Born mit einem größeren Anhang von Kieler Nazis auch als Besucher des Vereins in der Wrangelstraße gesehen.

Die Rolle der Stadt Neumünster!

Da es bei der Anmeldung des Vereins »Athletik Club Ultra« der Stadt Neumünster nicht entgangen sein kann, das der Vorsitz sowie der Vereinsvorstand fast ausschließlich aus stadtbekannten Neonazis besteht und nach Aussagen von Vertretern des Stadtrates und der Stadtverwaltung das »Problem« ihnen seit einen Jahr bekannt sei, muss davon ausgegangen werden, dass die Stadt Neumünster »ihre Maßnahmen« gegen die örtliche Naziszene komplett aufgegeben und eingestellt hat. So kommt der Eindruck zustande, das von den Verantwortlichen versucht wird, die Stadt Neumünster aus der Presseberichtserstattung bezüglich rechter Aktivitäten herauszuhalten und die Gefahren, die in einem solchen Verhalten liegen, komplett auszublenden. Dies würde auch erklären, warum der Athletik Klub Ultra, sowie der Club 88 von den Hausdurchsuchungen bezüglich der Gruppe »Combat 18 Pinneberg« ausgenommen wurde, obwohl eine eindeutige und nicht zu trennende Verknüpfung, die sich alleine durch die Mitglieder des Athletik Clubs aufzeigt, besteht.

Und nun?

Es liegt wieder einmal die Verantwortung bei den örtlich und in Schleswig Holstein organisierten Antifaschistinnen und Bündnissen gegen diesen »Ausbau« der Nazistrukturen in Neumünster zu handeln. Es darf nicht gezögert werden, die momentane Situation in Neumünster anzugehen und mit verschiedenen Aktionen auf das Problem hinzuweisen. Diese Aktionen sollten von einer breiten Basis von Menschen getragen werden, die sich dieser Nazi-Diktion von »National befreiter Zone Neumünster« entgegenstellen. Denn »Ultimate Fighting« wird im Athletik Klub Ultra e.V. in der Neumünsteraner Wrangelstraße trainiert.

In Lübeck waren in der letzten Zeit sowohl die Neonazi-Gruppe um die »Hausbesetzer vom 28.06.2003« (siehe Eie Nr.19) als auch das »Bündnis Rechts für Lübeck« von Dieter Kern aktiv.

Und ein paar Kränze ...

Trinkt seine Cola demnächst woanders: Jürgen Gerg zieht aus Lübeck weg

Neue Aktionen der Nazi-Hausbesetzer

Am 25.09.2003 fand in der Lübecker Innenstadt eine weitere Kundgebung der Neonazi-Gruppe um die Hausbesetzer statt. Die Aktivisten versammelten sich gegenüber von McDonalds am Ende der Fußgängerzone, um ihrer Forderung nach einem nationalen Jugendzentrum Gehör zu verschaffen. Mit dabei waren Kameraden u.a. aus Reinfeld, Neumünster und Flensburg. Jörn Lemke und Peter Borchert, die beide eine Ansprache per Megafon hielten, leiteten die Versammlung. Dank aktivem und lautstarkem Protest von Passanten und ca. 40 AntifaschistInnen verlief die Aktion der Nazis nicht störungsfrei. Während sich Antifas den Nazis genähert hatten, rastete der vorbestrafte Peter Borchert vor den Augen der Polizei mal wieder aus und attackierte einen Antifaschisten. Die Polizei nahm Borchert wenig später vorübergehend in Gewahrsam. Des Weiteren wurden fast 20 GegendemonstrantInnenen teilweise sehr brutal von der Polizei verhaftet und einige Stunden festgehalten. Der Anmelder der Kundgebung, der Lübecker Nazi Jörn Lemke, musste im Anschluss an die Veranstaltung seinen Wagen abschleppen lassen, da er beschädigt worden war.

Die antifaschistischen Proteste haben den Nazis die Durchführung der Kundgebung deutlich erschwert. Doch zeigt sich wieder einmal, dass antifaschistische Gegenaktivitäten kriminalisiert werden, da zahlreiche Antifas mittlerweile Verfahren wegen der Geschehnisse rund um die Nazi-Kundgebung anhängig haben.

Im Oktober gab es in Lübeck keine Aktionen der Nazis, dafür waren Jörn Lemke & Co auf dem Nazi-Trauermarsch in Halbe am 15.November.
Am Volkstrauertag, dem 16.11., trafen sich die Nazis um Lemke mit ca. 15 Personen am Lübecker Ehrenfriedhof in der Travemünder Allee. Mit Flaggen, Kränzen und peinlichen Reden gedachten sie der toten deutschen Soldaten des 2.Weltkrieges. Unter den Teilnehmern waren Jörn Lemke, Nicole Mehnert und Alexander Koch (alle ehemals Kandidaten des verbotenen Bündnis Nationaler Sozialisten) sowie andere Nazis aus Lübeck, Stockelsdorf und Reinfeld.
Generell ist festzustellen, dass diese Nazigruppierung, die aus dem verbotenen BNS und später der Hausbesetzungs-Kampagne hervorging, in den letzten Monaten an Schwung verloren hat.

Jürgen Gerg zieht weg

Gründe sind unter anderem wahrscheinlich das Ausbleiben von positiver Resonanz auf die Kampagne zur Schaffung eines eigenen, »nationalen Jugendzentrums«. Auf der anderen Seite kam es zum Schwund von Szene-Mitgliedern innerhalb Lübecks: Der seit langer Zeit aktive lokale Neonazi-Führer Jürgen Gerg zog aus der Hansestadt weg. Des Weiteren haben zwei ehemalige Kandidaten des BNS, die auch nach dessen Verbot weiter in der Szene aktiv waren, Probleme mit der Justiz: Arne Kassube, ehemaliger Kandidat des BNS sitzt nach Angaben der Hilfsgemeinschaft Nationale Gefangene zur Zeit im Knast. Jens Rosenkranz, extrem peinlicher BNS-Kandidat ist gerüchteweise auf der Flucht vor zahlreichen Gläubigern untergetaucht; seit Anfang August hat er sich jedenfalls an keiner Aktion mehr beteiligt und wurde auch ansonsten nirgends gesehen.



Kranzniederlagen der Lübecker Neonazi-Szene: Zuerst kommt Jörn Lemke (oben) mit seiner Kameradschaft dran...

Mit diesen Personen, besonders mit Jürgen Gerg, sind der Naziszene um Lemke drei wichtige Mitstreiter verloren gegangen. Auch Peter Borchert aus Neumünster, bei den letzten Kundgebungen stets mit dabei, ist außer Gefecht gesetzt: Im Zuge der Ermittlungen und Razzien gegen Combat 18 Pinneberg ist er verhaftet worden. Die nächsten Monate werden zeigen, ob das Ziel des Projekts, die Schaffung eines Nazi-Zentrums in Lübeck, weiter verfolgt wird oder in der Versenkung verschwindet.

Doch nicht nur die eben erwähnten Neonazis zeigten sich in der Öffentlichkeit, auch das »Bündnis Rechts für Lübeck« von Dieter Kern ließ wieder von sich hören.

Dieter Kern und sein »Bündnis Rechts« wieder aktiv

Nach dem schon schwachen Wahlkampf des Bündnis Rechts zur Kommunalwahl Lübecks im März 2003, in dem lediglich einige Plakate aufgehängt, ein Infotisch in der Innenstadt durchgeführt und nur ein mageres Wahlergebnis erzielt wurde, war es still um das BR geworden. Die einzigen Aktivitäten waren die hetzerischen Briefe von Dieter Kern, Ingo Stawitz aus Uetersen und Reinhart Jahnke (Groß Grönau, Vorsitzender des Bündnis Rechts Meckl./Vorpommern), die im Namen des BR an die Nazi-Internetseite »Störtebeker-Netz« geschickt und dort veröffentlicht wurden.

Als dann die Alternative (Walli) aus Lübeck einen Aktionstag gegen die repressive Politik der CDU am 30.08.2003 anmeldete, zog das Bündnis Rechts nach. Dessen Vorsitzender Dieter Kern, der in Folge seiner faschistischen Betätigung seinen Job in der Umweltbehörde der Stadt Lübeck verloren hatte, meldete eine Demonstration unter dem Motto »Soziale Gerechtigkeit schaffen!« vom Bahnhof durch die Innenstadt an. Bemerkenswert ist, dass bis zum 30.08.2003 noch nie eine Neonazi-Demonstration direkt in der Lübecker Innenstadt stattfinden durfte.

Kerns Aufruf folgten dann auch fast 50 Nazis, die mit Transparenten und Pappschildern ausstaffiert vom Güterbahnhof durch die Innenstadt marschieren wollten. Neben örtlichen Neonazis wie Dieter Kern waren u.a. Sven Jacobs (Meddewade), Reinhart Jahnke (Groß Grönau), Ingo Stawitz (Uetersen) sowie Jan Steffen Holthusen, Detlef Brüel und Christian Worch (alle Hamburg) anwesend.
Kurz hinter dem Holstentor auf der Route der rechten Demonstration spannten dann plötzlich Antifaschisten ein Stahlseil mit einem Transpa-



… dann das Bündnis Rechts mit Dieter Kern (rechts) und Reinhard Kessow.

rent über die Straße und ketteten sich selbst an. Mit Flugblättern wurden die vielen Schaulustigen über den Hintergrund der Aktion aufgeklärt. Erst nach einer halben Stunde konnte die Polizei diese Blockade endgültig durch Kappen des Stahlseiles beenden. Der Start der Nazidemo konnte so kreativ behindert werden. Die Personen der Blockade-Aktion wurden zeitweise in Gewahrsam genommen. Später, als die Nazis in der Innenstadt marschierten und ihre menschenverachtenden Parolen und Reden geschützt durch starke Polizeikräfte von sich gaben, begleiteten sie Pfiffe und vereinzelt Farbbeutel- und Eierwürfe. Zurück am Anfangstreffpunkt stellte Dieter Kern fest, dass leider alle Reifen seines Autos zerstochen waren.

Bündnis Rechts wirft Kränze ab

Nach der Demonstration äußerte sich das BR nur durch offene Briefe im »Störtebeker-Netz«, bis am 6.11.2003 durch Anhänger des BR (u.a. Reinhart Jahnke) in Lübeck ein Kranz für einen erschossenen Kapitän des 1.Weltkrieges niedergelegt wurde.
Zehn Tage später, am 16.11., dem Trauertag, zog es traditionell auch das Bündnis Rechts zum Ehrenfriedhof an der Travemünder Allee. Kurz vor der »verfeindeten« Nazigruppe um Lemke (s.o.) legten unter anderem Dieter Kern, Harald Voss, Reinhard Kessow und Reinhart Jahnke Kränze am Denkmal ab.

Im Großen und Ganzen sind die Aktivitäten des BR sehr durchschau- und berechenbar. Neue oder überraschende Impulse sind von der Gruppe, die fast ausschließlich aus älteren Herren besteht, nicht zu erwarten. Dennoch muss, wie schon am 30.08. während der Nazidemo, versucht werden, den Faschisten entgegen zu treten. Denn gerade weil für Außenstehende die »BR-Prominenz« eben nicht »dem Bild« des Neonazis mit Glatze und Stiefeln entspricht, wirken sie vielleicht auf den ersten Blick nicht so gefährlich und ablehnungswürdig. Doch genau da können Faschisten wie Dieter Kern ansetzen: Sie geben sich eben als der nette, unauffällige Mann von Nebenan, der schon nicht so schlimm sein kann.

Streit um ein seit 8 Jahren nicht mehr zugelassenes Schulbuch in Elmshorn

Die »guten Seiten« des Nationalsozialismus

Der Eintrag »Die guten Seiten des Nationalsozialismus«, den Rüdiger Hockling, Ausbildungsleiter und Betriebsrat eines Elmshorner Elektro-Betriebes in den Berichtsheften seiner Azubis entdeckte, war es, der Ende Oktober zum Beginn des Streites um ein schon seit 8 Jahren nicht mehr zugelassenes Schulbuch führte. Das Zitat ist einem Lehrbuch entnommen, mit dem die betreffenden Elektromechanik-SchülerInnen an der Kreisberufsschule Elmshorn im Fach Politik unterrichtet wurden: »Politik heute« von Willi Frank. In dem 1981 verfassten Werk setzt sich der Autor in einem Kapitel zum Thema »Wichtige Maßnahmen nationalsozialistischer Innenpolitik« u.a. über sechs Seiten mit dem Unterpunkt »Die ›guten Seiten‹ des Nationalsozialismus« (S. 176 – 182) auseinander.

Darin ist z.B. nachzulesen, dass »als positive Seiten des NS- Staates« u.a. Autobahnbau (»Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist der Bau von Autobahnen positiv zu beurteilen«), Beseitigung der Arbeitslosigkeit (»Als eine der großen Leistungen Hitlers gilt die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.«) und KdF-Reisen gelten. Und weiter heißt es auf Seite 177: »Machtübernahme und NS-Propaganda erzeugten eine Aufbruchstimmung, wie sie das deutsche Volk noch nicht erlebt hatte. Die niedergedrückte Stimmung, die seit Jahren auf allen Volksschichten lastete, wich optimistischen Zukunftserwartungen. Initiative und Selbstbewusstsein kehrten zurück. (...) Gleich einem ins Wasser geworfenen Kieselstein zogen die ersten Erfolge Kreise.«

Im Aufgabenteil soll das Textverständnis dann schließlich durch die Aufforderung »Zählen Sie einige ›gute Seiten‹ des NS-Systems auf!« überprüft werden.

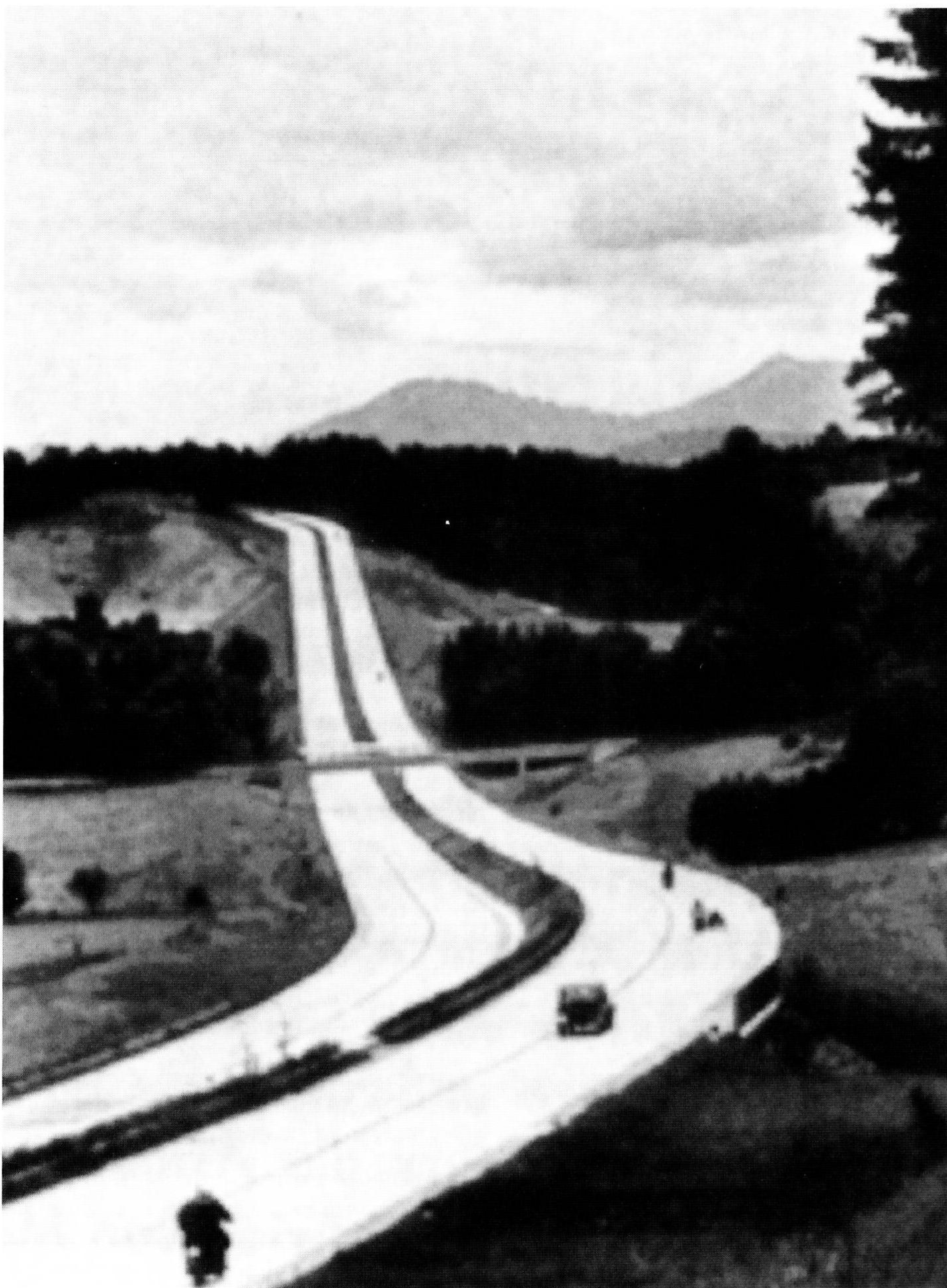
Protest der IG Metall

Empört und entsetzt von einer derartigen Darstellung des Faschismus nahm Höckling Kontakt zur IG Metall auf, die daraufhin am 21.10. 03 in einem offenen Brief an die Kultusministerin des Landes Schleswig- Holstein, Erdsiek-Rave, »gegen Verherrlichung von Verbrechen des Nationalsozialismus« protestierte und eine intensive Untersuchung des Skandals im Unterricht der Elmshorner Berufsschule forderte. Auch der Landesgeschäftsführer der GEW, sowie die VVN Pinneberg schlossen sich diesem Protest an und forderten »strenge disziplinarische Maßnahmen gegen den betreffenden Lehrer und den Rektor«. Gerade diese beiden aber, Lehrer Reiner Mix und Schulleiter Claus Kopf, verwahrten sich nachdrücklich gegen jegliche Kritik. Der angegriffene Berufsschullehrer Reiner Mix, der Politik und Elektronik unterrichtet, wies die Vorwürfe der Verherrlichung der NS-Zeit durch die Verwendung von »Politik heute« ausgerechnet mit dem Argument zurück, es sei ihm ausschließlich darum gegangen, zu zeigen, dass im Nationalsozialismus nicht alles schlecht gewesen sein könne, wo doch Millionen »mitgemacht« hätten; Schulleiter Kopf stellte sich hinter seinen Lehrer und betonte sein Vertrauen in dessen Fähigkeiten.

In einer Reaktion auf den offenen Brief der IG Metall stellte das Ministerium wenige Tage später fest, dass das Buch zwar schon 1991 von der Liste der offiziellen Lehrbücher gestrichen worden sei und damit spätestens 4 Jahre später nicht mehr hätte benutzt werden dürfen – es würden jedoch darüber hinaus »keinerlei Hinweise« für eine Verherrlichung des Nationalsozialismus an der Berufsschule vorliegen. SchülerInnen aus Mix' Klasse hätten den Unterricht zudem als »ausgewogen« bezeichnet. Durch diese Erklärung scheinbar angespornt verteidigte Kopf erneut den Einsatz des umstrittenen Schulbuches sowie die Behandlung des Kapitels zu den »guten« Seiten des Nationalsozialismus (schließlich seien diese ja in Anführungszeichen gesetzt) und weigerte sich, eine Distanzierung vom Inhalt des Buches abzugeben. Er wähnte zudem die politische Integrität seiner Schule durch die Vorwürfe in Frage gestellt.

Angst vor Nestbeschmutzung oder alles nur ein Missverständnis?!

Die IG Metall verlangte deshalb in einem zweiten offenen Brief eine Stellungnahme des Ministeriums zu Kopfs Äußerungen, das sich allerdings für nicht zuständig hielt.
In der Elmshorner Lokalzeitung *Elmshorner Nachrichten*, die sich mit Artikeln zu dem Streit (über den kreis- und landesweit rege berichtet wurde) spürbar zurückhielt, veröffentlichten Anfang November Kopf selbst sowie Lehrer, Vertreter der SchülerInnen und der Eltern eine Reihe von LeserInnenbriefen. Tenor dieser war, die Schule sei durch falsche Verwendung von Zitaten zu Unrecht »in ein schlechtes Licht geraten«, ihr Ruf »schwer geschädigt« worden. Insbesondere Uwe Zabel, Bevollmächtigter der IG Metall Region Unterelbe wurde persönlich angegriffen und eine Entschul-



»Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist der Bau von Autobahnen positiv zu beurteilen«
Willi Frank, Politik Heute

digung von ihm gefordert. Und selbstverständlich verherrliche das »Fachbuch« in keiner Weise die Verbrechen des Nationalsozialismus. Es fällt auf, dass die inhaltliche Argumentation von Seiten der Schule nicht über das gebetsmühlenhafte Wiederholen der Tatsache, dass die »guten Seiten« ja schließlich in Anführungszeichen gesetzt seien hinausgeht, keinesfalls aber auf die Zitate und ihren Kontext selbst eingeht. Die Angst davor, »in die rechte Ecke gestellt zu werden«, zeugt nicht von inhaltlicher Auseinandersetzung mit und Ablehnung des Faschismus, sondern bloß davon, das eigene Nest nicht gerne beschmutzt zu sehen. Stattdessen wird die ganze Problematik auf ein Niveau herunter gebrochen, bei dem scheinbar nur das subjektive Empfinden der SchülerInnen von Reiner Mix (bis auf die indirekte Zitierung im Ministeriumsbericht bleiben diese in der Diskussion bloß gesichtslose Manövriermasse) als Maßstab für die politische Bewertung eines Geschichtsbuches und dessen Verwendung gelten kann. Aber das täuscht nicht nur darüber hinweg, was der betreffende Lehrer als Intention zur Verwendung eben dieses Geschichtsbuches angab (s.o.), sondern vor allem auch über das Buch an sich.

»Selbst den Nazis war bekannt, dass es Juden mit ›nordischen‹ Blutsanteilen gab.«

Zur Einschätzung des Buches

Der Teil des Buches, über den anhand einiger Zitate diskutiert wurde, ist tatsächlich nur ein Unterpunkt des gesamten Kapitels mit dem befremdlichen Titel »Das Dritte Reich: Anspruch und Wirklichkeit«. Peter Ahrens beschreibt die Art der Darstellung Hitlers und des Faschismus in »Politik heute« in der taz vom 23.10.03 folgendermaßen: »Ein Wohltäter war er nicht gerade, aber er hat immerhin die Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen, und für die Sommerfrische hat er die KdF-Schiffe über die Ostsee geschickt. (...) Das Werk weist zwar auch auf Holocaust und Pogromnacht hin, doch wird dieser Eindruck von der Monstrosität der NS-Verbrechen durch vermeintliche Erfolgsstories des Nationalsozialismus erschreckend relativiert.« Den auf dreieinhalb Seiten dargestellten »guten Seiten« wird in »Wichtige Maßnahmen nationalsozialistischer Innenpolitik« lediglich eine halbe Seite »Die »guten Seiten« und ihr Preis« entgegengestellt, in der festgestellt wird, das »deutsche Volk« habe »die ›guten Seiten‹ des Hitler-Regimes mit Krieg (und Kriegsfolgen), Inflation und Verlust der Freiheit erkauft«. Ob mit dem »Verlust der Freiheit« der Nationalsozialismus oder aber die Besetzung durch die Alliierten gemeint ist, bleibt der eigenen Interpretation überlassen. Es sei ihm darum gegangen, zu zeigen, »dass nicht alles schlecht gewesen sei«, bzw. warum so viele Menschen mitgemacht haben, so argumentierte Mix. Aber in dem Buch, mit dem er dies bezweckte sucht mensch vergeblich, wer über reale materielle Gewin-

ne durch den Nationalsozialismus profitierte (Enteignungen, Zwangsarbeit, Kriegsprofite) oder welche psychischen Vorteile Rassismus und Antisemitismus denjenigen bringen, die sich selbst als »Herrenrasse« bezeichnen.
Eine entscheidende Frage ist die nach dem Subjekt dieser Art von Geschichtsschreibung; für wen war nicht alles schlecht, für wen herrschte eine Aufbruchstimmung – UND FÜR WEN NICHT??? Und um jene, die nach Intention des Buches eben nicht dieses Subjekt sind; diejenigen, die ausgegrenzt und verfolgt, in den Konzentrationslagern gefoltert und ermordet wurden geht es in dem Buch kaum.
Allein didaktisch schon fragwürdig, aber in diesem Zusammenhang umso brisanter ist die Methodik des Autors, in das Thema Faschismus mit einer historischen Herleitung einzusteigen, die völlig ohne eine Darstellung des Aufstiegs der FaschistInnen auskommt.
Stattdessen beginnt »Anspruch und Wirklichkeit« mit einem 11 Seiten langen Teil, der vor allem aus ausgiebigen Zitaten aus Hitlers *Mein Kampf* und (mittels Konjunktiv äußerst zaghaft kenntlich gemachten) Fragmenten der NS-Ideologie besteht. Hier werden reichlich faschistische Begrifflichkeiten wie »Herrenrasse«, »Mischvölker« »Blutsvermischung«, »arische Rasse«, aber auch »der Jude« u. ä. – ganz ohne Anführungszeichen auskommend- vom Autor übernommen und damit ohne dies zu benennen so dargestellt, als handele es sich bei ihnen um allgemeingültige und anerkannte Termini eines Diskurses. Zum anderen enthält die Sprache, derer sich Frank in »Politik heute« bemächtigt auch zahlreiche beschönigende Darstellungen Hitlers. Da wird die Behauptung einer »Führungsrolle« des »deutschen Volkes« zum Griff in die »Trickkiste«, Hitlers Definition der »Lebensraum« – Außenpolitik »konsequent«; seinen Wahn »dem guten Blut die imperiale Basis zu schaffen« versteht Frank als »Sendungsbewusstsein«. Antisemitische Stereotype werden zu »Übertreibungen«, während die von Hitler benutzten Techniken der Demagogie als »große Leistung« und »unübertrefflich« beschrieben werden. Didaktisch ein zentraler Moment des ganzen Kapitels ist der Unterpunkt »Die Antihaltungen des Nationalsozialismus«, in dem »Gründe für Hitlers Antisemitismus« als »Irrtum 1–7« charakterisiert werden. Hier erfährt der/die LeserIn u.a., dass »selbst den Nazis bekannt war, dass es Juden mit ›nordischen‹ Blutsanteilen gab« und weiter im »Sechsten Irrtum«, der sich mit »Blutsvermischung« (im Original ohne Anführungszeichen!) beschäftigt: »*Wenn die Juden blutsmäßig in anderen Völkern aufgingen, müsste auch ihre geistige Oberschicht absinken. Wie soll aber dann der Jude -gemäß Hitlers Behauptung- selbst »zum Herrn der führerlos gemachten Menschheit aufsteigen?« Den Deutschen hätte der Jude nur durch Rassenvermischung gefährlich werden können. Nach Hitler habe eine solche Rassenvermischung aber nie stattgefunden.*«
Der ideologische Kern des Nationalsozialismus: Nur ein schreckliches Missverständnis???

Faschismus ist kein Irrtum, sondern ein Verbrechen

Nach einer nun folgenden umfassenden Darstellung von Verfolgung, Konzentrationslagern, Denunziation, Zerschlagung von Gewerkschaften und Parteien sucht mensch in »Politik heute« vergeblich. Eine viertel Seite zur Verfolgung politischer Gegner, zwei Seiten über die Judenverfolgung, eine halbe Seite zur NS-Besatzungspolitik. Angesichts dieser Asymmetrie in der thematischen Gewichtung drängt sich der Eindruck auf, ein adäquater Titel für diesen kurzen letzten Teil wäre »Die schlechten Seiten des Nationalsozialismus«. Das Kapitel schließt mit dem Bild einer Waage ab, die die »negative NS- Bilanz« illustrieren soll. Selbstverständlich neigt sich diese weit zur »negativen« Seite, und die »Vernichtung von 4–6 Millionen Juden« rangiert in der an der Waage hängenden Liste zwar erst auf Platz 6, gleich nach der »Verkleinerung und Teilung Deutschlands«, aber immerhin noch einige Plätze vor der »Ruinierung der Reichsmark«. Das Bild einer Waage ist der passende Abschluss für ein Buch, das Verfolgung und Holocaust zwar erwähnt; zwar Hitler als Massenmörder tituliert, sich jedoch die unglaubliche Relativierung einer »Bilanz« des Nationalsozialismus im Zuge des mainstreamigen »man muss ja über alles – ausgewogen? – reden können« anmaßt.
Das Buch ist inzwischen auch an der Elmshorner Kreisberufsschule aus dem Verkehr gezogen wurden – wohlgemerkt ohne jede inhaltliche Distanzierung.

Clara Mueller

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Entsetzen erhielten wir vor einigen Tagen einen Artikel, der von Ferdinand Ohms in der Zeitung der Kirchengemeinde Gaarden unter dem Titel »Wie denken Sie eigentlich über Kopftücher« verfasst wurde. In dem Artikel werden rassistische Äußerungen gegenüber Muslimen ausgebreitet. Dabei wird das Tragen des Kopftuches als Problem dargestellt. In einer Art und Weise wird gegen die hier lebenden Muslime Rassismus geschürt. Der Autor dieses Artikels argumentiert, dass Toleranz, Meinungsfreiheit und Demokratie den Christen heilig sei, vergisst aber dabei, dass die Mehrheit der Muslime hier in Deutschland friedlich leben und diese Werte auch innehaben und akzeptieren. Was der Autor natürlich absichtlich weglässt, ist die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit. Es kann und darf von niemandem bestimmt werden, wie die einzelne Person ihren Glauben auslegt und ausübt; es ist die Sache zwischen dem Einzelnen und Gott. Eine angeblich so tolerante Person wie Ferdinand Ohms mischt sich gerne hierbei ein und versucht, auf dem Rücken der Muslime Politik zu machen. Er unterstellt den Muslimen, dass sie sofort das Kreuz von seinem Hals reißen würden, wenn sie das Sagen hätten. Solche Äußerungen sind Rassismus pur. Wir verurteilen die Äußerungen von Ferdinand Ohms und fordern ihn und die Verantwortlichen in der Kirchengemeinde Gaarden auf, sich bei den Muslimenzu entschuldigen und solche volksverhetzenden Äußerungen künftig zu unterlassen.

PROGRESSIVER TÜRKISCHERARBEITNEHMERVEREIN IN KIEL e.V. Der Vorstand Bülent Çubukçu Vorsitzender Progressiver Türkischer Arbeitnehmerverein in Kiel e. V. (PTAV e.V.)

Kommentar: Kleingeistiger Kreuzträger

Wenn man in Deutschland etwas ganz sicher tun darf, ohne es sich mit der Mehrheit des Staatsvolks zu verscherzen, dann ist dies: 1. die Juden für alles Unheil in der Welt verantwortlich machen, 2. Türken (und/oder Moslems) als Bedrohung für die (allein selig machende) abendländische Kultur hinstellen.
Trotzdem beginnen Antisemiten ihre Hetztiraden gewöhnlich mit der Klage, Deutsche dürften in ihrem eigenen Land nicht mal ungestraft die Wahrheit sagen. Und Ausländerfeinde diverser Richtungen beschweren sich gern über den vorschnellen Gebrauch von so genannten »Totschlagsargumenten« wie Rassismus und Intoleranz. Weshalb häufig im gleichen Atemzug der eigene Mut hervorgehoben wird, der zum »Tabubruch« angeblich aufgebracht werden müsse. Beides wird gern mit christlich-fundamentalistischer Heuchelei untermauert.

In diesem Zusammenhang sehe ich die Stellungnahme des Herrn Ohms zur »Kopftuchfrage«. Ohne ihn damit weiter irgendwo »einordnen« zu wollen – dazu kenne ich ihn persönlich zu wenig. Meine Beurteilung seiner Haltung ergibt sich aus seinen Formulierungen.
Dass Herr Ohms Alice Schwarzer zitiert, mit der er eigentlich gar nichts zu tun haben will, ist allzu offensichtlich Tarnung. Ohms würde gern seiner Intoleranz gegen das unchristliche Treiben des Kopftuchtragens jetzt schon freien Lauf lassen (wie immer das dann genau aussehen würde), testet aber lieber erst mal aus, wen er mit seiner Stimmungsmache so alles mobilisieren kann.

»Alles, was uns Christen heilig ist«. Um Himmels willen, was soll das sein? »Toleranz, Meinungsfreiheit, Demokratie«. Beim Teufel, wer hätte das gedacht? Dann wären weder in den Regierungs- noch in den wesentlichen Oppositionsparteien deutscher Parlamente viele Christen zu finden (und jemals zu finden gewesen). Aber den Definitions-Streit überlasse ich der christlichen Gemeinde gern selbst. Dass die bindende Zuordnung der genannten Begriffe zum Christentum Unsinn ist, weiß jede denkende Christin, jeder denkende Christ so gut wie ich.

Im Widerstand gegen rassistische und faschistische Umtriebe und Tendenzen in Deutschland und speziell in Kiel habe ich immer wieder mit ChristInnen zu tun. Ebenso mit AnhängerInnen der islamischen Religion. Im Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung respektieren wir einander trotz unterschiedlicher Weltanschauungen. Ich kenne auch genug Christen, die mir, um Ohms Begrifflichkeiten zu verwenden, gern den roten Stern oder selbst die gelbe Hand von der Jacke reißen würden. Moslems auch.

Religiöser Fundamentalismus jeder Art ist mir zuwider. In der antifaschistisch-demokratischen Bewegung kann nationalistischer Wahn ebenso wenig geduldet werden wie Frauenunterdrückung. Beide Probleme müssen, wie die Erfahrung zeigt, im Prozess des Widerstandes ständig thematisiert werden. Je mehr man gemeinsam an der Veränderung der gegebenen gesellschaftlichen Zustände arbeitet, die beides ebenso bedingen wie die kriminelle »Ausländer«- und Asylpolitik, desto größere Fortschritte wird man dabei machen können.
Zu den grundlegenden demokratischen Forderungen gehört die strikte Trennung von Kirche und Staat. Sie ist in Deutschland mit seinen in mehrfacher Hinsicht vorrepublikanischen Verhältnissen nicht gegeben und deshalb ein Ziel meiner politischen Betätigung. Höhepunkte christlicher Heuchelei kann man zur Zeit in der Schulpolitik erleben: Kopftuch ist politisch, Kreuz mit heiligem Leichnam ist es nicht. Sicher ein guter Beitrag, Fundamentalismen anderer Glaubensrichtungen zu fördern. Gute Ergänzung zur fortgesetzten Rechtlosigkeit »fremdstämmiger« Bevölkerungskreise.

Um auch das deutlich zu sagen: Religion als Glaubenslehre hat in der Schule nichts verloren. Religion ist Privatsache. Religionsgemeinschaften können von der jeweiligen Ideologie anhängenden Privatpersonen gegründet und unterhalten werden, sofern sie in ihrer Praxis nicht gegen fundamentale Menschenrechte verstoßen. Ein der Aufklärung verpflichteter Schulunterricht – und weniger wird man von einer Schule mit demokratischem Anspruch nicht fordern dürfen – hat die Anschauungen der verschiedenen Religionen ebenso wie ihre Entstehung und ihren Platz in der Geschichte zu behandeln. – Zukunftsmusik...
Sicher scheint mir: Wer in Kiel und besonders in Gaarden rassistischen Tendenzen entgegen wirken will, muss dem Ansinnen des Herrn Ohms deutlich widersprechen.

Dietrich Lohse

Der gewöhnliche Antisemitismus

Hohmann – ein Bauernopfer...

Wochenlang blieb die antisemitische Rede, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann am 3. Oktober in Neuhof gehalten hatte, unbeachtet. Als der Skandal dann kam, zierte sich die CDU/CSU lange, ehe sie den Nachfolger Alfred Dreggers im Wahlkreis Fulda hinauswarf. Während die Parteispitze von der Befürchtung getrieben wird, die Debatte könnte sich auf die Braunzone ausweiten, in der sich in der CDU noch andere extreme Rechte und Antisemiten tummeln, solidarisiert sich ein Teil der Partei offen mit Hohmann. Dieser selbst wird möglicherweise noch juristisch gegen den Ausschluss aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgehen.

Am 3. Oktober trat der ehemalige Bürgermeister des Ortes Neuhof, der seit 1998 im Bundestag sitzt, mal wieder an seiner früheren Wirkungsstätte auf und ließ seine ZuhörerInnen wissen, was zum »Tag der deutschen Einheit« zu sagen sei. Seine von den 130 BesucherInnen mit Beifall quittierte Rede kreiste um das Thema der ‚schwierigen Beziehung des deutschen Volkes zu sich selbst', der er Entlastung dadurch zu schaffen beabsichtigte, indem er ´den Juden` quasi eine Kollektivschuld an den Taten gab, die während der Russischen Revolution von Bolschewisten begangen wurden und die in der Weltsicht der Antikommunisten nur Verbrechen sein können. Wenn Hohmann gegen Ende der Rede formulierte, dass »weder ›die Juden‹ noch ›die Deutschen‹ ein Tätervolk« seien, so hat er doch vorher die Behauptung von »den Juden« als »Tätervolk« in aller Ausführlichkeit dargelegt.
In Hohmanns Positionen kommt der Antisemitismus der Entlastung (»die anderen, die Juden sind doch auch nicht besser«) zum Ausdruck. Die Rede ist ein Musterbeispiel für die deutschnationalen Entschuldigungsmechanismen. Sie funktioniert nach dem Muster, dass die Nazis, insbesondere Hitler, Verbrecher waren, aber das gelte selbstverständlich nicht für alle Deutschen.
Und schließlich hätten die Deutschen dafür ja auch ordentlich geblecht. Aber, so wird dann vorgetragen, man wird ja noch sagen dürfen, dass es anderswo auch Verbrechen und Verbrecher gab. Kein Volk außer dem deutschen habe derart gebüßt. In Hohmanns Worten: »Gnädige Neubetrachtung oder Umdeutung wird den Deutschen nicht gestattet. Das verhindert die zur Zeit in Deutschland dominierende politische Klasse und Wissenschaft mit allen Kräften... und mit neurotischem Eifer.« Im nächsten Schritt geht es dann um die Verbrechen der Juden, die den Bolschewismus mit seinen Verbrechen bestimmt hätten. Und da Hitler ja vor allem die Ausbreitung des Bolschewismus nach Europa habe verhindern wollen, sind die Juden an ihrer Vernichtung eigentlich selbst schuld. Denn schließlich seien die Nazis ja nur eine Reaktion auf den jüdischen Bolschewismus gewesen.
Hohmanns Antikommunismus paart sich mit Antisemitismus und vertritt ein ausgearbeitetes antisemitisches Geschichtsbild, welches mit der historischen Realität nichts zu tun hat. Es gab keine ›jüdische Dominanz‹ bei den bolschewistischen Führern im postzaristischen Russland; ihr Anteil war nicht höher als in anderen politischen Parteien Europas und entsprach etwa auch ihrem Anteil bei den schärfsten Gegnern der Bolschewiki, den russischen Sozialrevolutionären.
Wo sich Juden der russischen Revolution anschlossen, taten sie dies unter bewusster Abkehr vom religiösen Judentum und im Bewusstsein, an der Beendigung von Ausbeutung und Unterdrückung mitwirken zu wollen. Wo sie von den Nazis und ihren Helfershelfern ermordet wurden, wurden sie jedoch als Juden getötet. Die Lüge vom jüdischen Bolschewismus, die Hohmann hier aufnimmt, wurde bereits seit den frühen 1920er-Jahren von völkisch-antisemitischen Gruppen und Zeitungen verbreitet und operiert mit der Grundannahme »jüdisch« sei ein ethnisches oder rassisches Merkmal. Zu den 1921 auch in deutscher Sprache erschienenen Büchern gehörte die Schrift *The International Jew* des Judenhassers und Automobilunternehmers Henry Ford – ihn zieht Hohmann in seinen Ausführungen als Beleg ebenso heran wie das Buch von Johannes Rogalla von Bieberstein mit dem Titel »Jüdischer Bolschewismus«, das in der der *Jungen Freiheit* nahestehenden *Edition Antaios* erschienen ist. Und auch darin besteht eine Besonderheit der Rede Hohmanns: sie war unter Zuhilfenahme von Literatur ausgearbeitet worden. Der Redner wollte seine »Beweisführung« systematisieren und absichern.

Auch in der CDU zu finden? antisemitische Klischees in Karrikaturen und Illustrationen finden sich seit über 100 Jahren in ähnlichen Formen wider



Faschisten für Hohmann

Wenig erstaunlich ist die offene und kompromisslose Parteinahme von Faschisten, Nationalisten und Revanchisten für den Antisemiten Hohmann und dessen antikommunistische und völkische Position. In der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (dem früheren *Ostpreußenblatt*) wurde nicht nur seine Rede nachgedruckt, der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen selbst, Wilhelm von Gottberg, lobte ihn als »gläubigen Katholiken und deutschen Patrioten«, der zu all den »Missständen in dieser Republik« (»den Asylmissbrauch, die Ausländerkriminalität, die deutsche Rolle als Melkkuh der EU und den als Wertewandel verbrämten Werteverlust«) klare Worte fände. Während ihm das faschistische *Bündnis für Thüringen* Gratulationen und Gesprächsangebote schickte und die REP einen »fairen Umgang« mit Hohmann forderten, lobte ihn die *National-Zeitung* als »Verteidiger unseres Volkes'. Die *Deutschen Konservativen* um Joachim Siegerist schließlich starteten nicht nur eine Postkartenaktion (»Unsere volle Solidarität für Martin Hohmann«) und riefen dazu auf, die CDU-Vorsitzende Merkel unter Druck zu setzen, sondern kündigten auch die Verbreitung der Rede in Millionen-Auflage an, sobald die derzeit gegen sie laufenden staatsanwaltlichen Ermittlungen eingestellt würden. Der Ex-NPD'ler Horst Mahler beglückwünschte Hohmann dazu, dass dieser »den Stamm, der die Welt beherrscht, durchschaut« habe und empfahl eine »furchtlose Vorwärtsstrategie«.

Fast wirkt es, als wäre es abgesprochen: die *National-Zeitung* des DVU-Chefs Gerhard Frey begann im Oktober mit dem Abdruck einer Serie zu »Israels Macht in Deutschland – Drahtzieher, Helfer, Hintergründe«. Darin wird auch davon gefaselt, dass die »Juden zu den mächtigsten Personen im GUS-Bereich« (GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Zusammenschluss ehemaliger Staaten der Sowjetunion) gehören und dort keinerlei Verfolgung oder Antisemitismus praktiziert würde, so dass von Fluchtgründen nicht die Rede sein könne, wenn Juden in Deutschland einwandern wollten. Außerdem veröffentlicht das Hetzblatt Auszüge eines demnächst erscheinenden Buches mit dem Titel *Das Netz – Israels Lobby in Deutschland*, mit dem gezeigt werden soll, wie einflussreich Israel/die Juden in diesem Land angeblich wieder sind. Das ist der Ton, der sich auch in dem Wochenblatt *Zur Zeit* findet, welches als Schwesterblatt der extrem rechten *Jungen Freiheit* in Österreich erscheint. Zu den Finanziers gehört der Münchner Verleger Herbert Fleissner, dessen Verlagsgruppe Langen Müller zuletzt gut 71 Millionen Euro Umsatz machte. Fleissner ist Mitglied der CSU und gilt der Münchner Gesellschaft als ehrenwertes Mitglied.

Die *Junge Freiheit*, die die Rede ebenfalls »dokumentierte«, befand zunächst Anfang November, dass die erste Reaktion der Parteispitze, die Versetzung Hohmanns vom Innen- in den Umweltausschuss des Bundestages, »vergleichsweise moderat« gewesen sei, und vermutet den Grund darin, dass er mit der Rede bei der CDU »an der Basis großen Zuspruch« erfahren habe, beklagt aber, dass die Parteispitze sich nicht offensiver vor Hohmann gestellt habe. Das Blatt findet die Interpretation der Rede als antisemitisch »perfide missverstanden«, d.h. absichtsvoll und heimtückisch fehlinterpretiert.



Die Auseinandersetzung in der CDU

Das sahen auch viele in der CDU/CSU so; und selbst diejenigen, die die Hetze Hohmanns aus Überzeugung ablehnten, mochten (zunächst) keine weitergehenden Konsequenzen fordern. Noch etliche Tage nach dem Bekanntwerden der antisemitischen Hohmann-Rede verteidigte der stellv. Fraktionsvorsitzende Bosbach im Fernsehen die Entscheidung der Parteispitze, ihn nach seiner »Selbstkritik« nicht aus der Fraktion auszuschließen. Andere verwiesen in einer weiteren Entschuld(ig)ungsstrategie und Ablenkungsaktion darauf, dass die Äußerungen Hohmanns nicht absehbar gewesen seien – hätte man doch sonst zugeben müssen, dass die Partei mit einem extrem Rechten über lange Jahre bestens zusammengearbeitet hat. Tatsächlich ist es eher so, dass die völkisch-antisemitischen Positionen Hohmanns vielen in der CDU nicht als anstößig auffallen, weil sie geteilt werden.

Überrascht gewesen sein kann in der CDU/CSU-Fraktion niemand: Bereits im Juni 1999 nannte Hohmann in einer Bundestagsrede die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus »ein Stückweit folgenloses Moralisieren«. Das nach langer Diskussion im Bau befindliche Holocaust-Mahnmal in Berlin lehnte er mit der Begründung als »Kainsmal« ab, dass »fast drei Generationen Bußzeit bis heute« stattgefunden hätten: »Es sollten nicht sechs oder sieben werden. Insofern wäre das Mahnmal auch monumentaler Ausdruck der Unfähigkeit, uns selbst zu verzeihen.«

Ja, das soll es sein: Deutsche verzeihen Deutschen die Verbrechen und das Leid, welche/s sie anderen zugefügt haben.
Auch hinsichtlich der jahrzehntelang verschleppten und erst zum 21. Jahrhundert in Gang gekommenen Entschädigung der NS-SklavenarbeiterInnen ging es Hohmann vor allem um das »Deutsche'; er forderte auch Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter und befand sich damit ebenso in der Gesellschaft von Faschisten wie mit seinem Loblied auf die Wehrmacht: »Wir brauchen heute Entschiedenheit, Zähigkeit und Opferbereitschaft. Wir haben hierbei unsere Weltkriegsteilnehmer als große unerreichte Vorbilder« (1995). Folglich publizierte der Bundeswehrmajor der Reserve auch in dem weit rechts stehenden Mitteilungsblatt ehemaliger Wehrmachtssoldaten *Soldat im Volk*.
Schließlich steht auch Hohmanns Position, das Adoptionsrecht für Homosexuelle sei eine »Denaturierung des Leitbildes der Familie«, dem man mit »aktiver Zivilcourage« begegnen müsse, für den katholischen Fundamentalismus in Teilen der CDU. Nicht zufällig fand er im Vorsitzenden des »Arbeitskreises konservativer Christen«, dem CDU-Mitglied Herbert Gassen, einen entschiedenen Verteidiger. Zu dessen Weltbild aus Nationalismus, Sozialistenhass und antisemitischen Versatzstücken gehört – nach eigener Darstellung – der Hass auf Michel Friedman und die Aufzählung der beiden »Problemfelder« der Deutschen: »1. Das Zusammenleben mit Juden in unserer Republik. 2. Die Politik des Staates Israel.«

Im Bewusstsein, dass er mit seinen Positionen an der CDU-Basis nicht isoliert ist, hatte Hohmann zunächst die Kritik an seiner Rede zurückgewiesen, denn er habe nur die »Wahrheit gesagt. Dem folgten später ausweichende und taktische Distanzierungen von Teilen seiner Ausführungen.

Von der raschen Reaktion des SPD-Militärministers Struck im Falle des Hohmann-Fans General Günzel und einer öffentlichen Debatte, die mit einem parteiinternen Tadel nicht zu stoppen war, getrieben, entschloss sich eine Mehrheit in der Parteispitze zum Ausschluss Hohmanns aus der Fraktion. Zunächst wurde etwas Zeit benötigt, um sicherzustellen, dass man sich damit gegen den rechten Parteiflügel würde durchsetzen können; noch vor der Abstimmung selbst, wagte in der CDU-Spitze niemand eine Prognose, wie groß der Anteil derjenigen sein würde, die dem Ausschluss nicht zustimmen würden. Das waren nach zwei Wochen öffentlicher Skandalisierung immerhin fast ein Fünftel der FraktionskollegInnen Hohmanns: 28 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen bei vier entschuldigt Fehlenden und einem ohne Entschuldigung Ferngebliebenem (Volker Rühe).
Der Vorgang verstärkte noch einmal die Proteste von der Parteibasis, die in keiner anderen Frage bisher so massiv gewesen seien, wie die konservative Presse durchgängig und in Sorge um den Zusammenhalt der CDU/CSU feststellte. Tausende von pro-Hohmann-Anrufen und E-mails würden täglich in der CDU-Geschäftsstelle eingehen; auch die Hälfte derjenigen Bundestagsabgeordneten, die den Antrag auf Ausschluss unterstützt hatten, hätten dies – so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* – gegen ihre Überzeugung getan. Beim osthessischen CDU-Bezirksparteitag in Fulda war Mitte November heftige Kritik am Vorgehen der Parteispitze geäußert und per Beschluss gefordert worden, Hohmann eine »zweite Chance« zu geben.



Thema der Seite

Ende November begrüßte auch der Landtag in Hessen einstimmig den Ausschluss Hohmanns aus der CDU-Bundestagsfraktion; allerdings wollte die CDU zunächst eine Formulierung nicht mittragen, in der die Rede Hohmanns als »antisemitisch« charakterisiert worden war. Statt einer solchen klaren Einordnung wollte die CDU, aus deren Reihen (z.B. in Gestalt des Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer aus Wetzlar) der Rauswurf Hohmanns öffentlich kritisiert worden war, in einer Wischi-Waschi-Formulierung davon sprechen, dass die Rede der Verpflichtung demokratischer Parteien für ein tolerantes, weltoffenes und geschichtsbewusstes Klima »nicht gerecht geworden sei«. Erst das Eingreifen des CDU-Ministerpräsidenten Koch, der für die von ihm angestrebte Wahl zum nächsten CDU/CSU-Kanzlerkandidaten auch Stimmen aus dem sog. liberalen Teil der CDU benötigt, brachte die Partei zur Zustimmung. Ausgerechnet der Roland Koch, unter dessen Beteiligung der Landesverband schwarze Kassen als jüdische Vermächtnisse ausgegeben hatte. CDU/CSU-Mitglieder stellen auch die Mehrheit der Unterzeichner einer Solidaritätserklärung für Martin Hohmann, die am 14. November erstmals in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und anderen Tageszeitungen als Anzeige erschien und mit einer großen Zahl von Unterzeichnern (bis Ende November bereits mehr als 3.000) später wiederholt wurde. Darin wird erklärt, dass die Hohmann-Rede keineswegs antisemitisch war; zugleich wird die CDU/CSU-Spitze aufgefordert, den Ausschluss Hohmanns rückgängig zu machen. Als Initiator der Aktion trat der ehemalige Fernsehjournalist Fritz Schenk, ein Mitarbeiter des antikommunistischen Demagogen Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin) auf. Zu den Unterzeichner aus Schleswig-Holstein und Hamburg gehören u.a. Dr. Gerd Keussen (Preetz), Paul Amann (Hamburg), Torben Frank (Rendsburg) und Dr. Jens Tiemann (Lübeck). Eine solche »zweite Chance« lehnte Wolfgang Bosbach, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Unionsparteien, ab und kündigte an, den Kritikern der Entscheidung der CDU-Bundestagsfraktion »die klare Kante zu zeigen«. Das dürfte angesichts der großen Zahl von Unterstützern der Solidaritätsanzeige aus CDU/CSU-Kreisen für noch mehr Unruhe unter den Parteimitgliedern sorgen und daher vor allem folgenloses Getöse sein.

Weg frei für Nationalismus und Rassismus

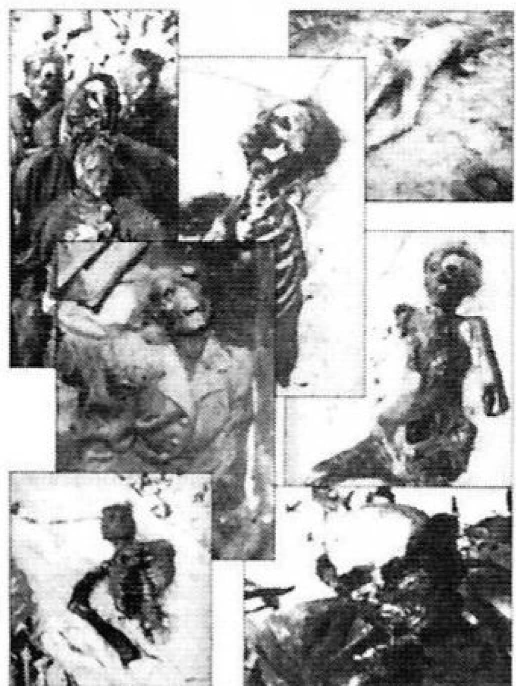
Die in der CDU/CSU verbreitete Kritik am Ausschluss Hohmanns aus der Fraktion muss mehrheitlich nicht aus einer Position der vollständigen Übereinstimmung mit dem antisemitischen Inhalt der Rede erfolgt sein; mindestens ebenso sehr dürfte jene weinerliche Form des Nationalismus eine Rolle spielen, für die Hohmann mit seiner Klage steht, dass den Deutschen in Deutschland keine Vorzugsbehandlung mehr zukomme. Die Beschränkung der Kritik der Parteispitze auf den Antisemitismus ist daher nicht zufällig; denn eine Gesellschaft, in der keiner einer Vorzugshandlung bedarf und in der keiner Anspruch auf eine solche erhebt, ist nicht die Welt der CDU/CSU. Das zeigt die Idee der »deutschen Leitkultur« ebenso wie die Blockade jeder menschenwürdigen Asyl- und Einwanderungspolitik. Zudem hat die Partei gegenüber dem sächsischen CDU-Abgeordneten Henry Nitzsche, der gegen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund gehetzt hatte, einen Ausschluss nie in Erwägung gezogen. Nitzsche hatte in einem Interview zu deren Wahlverhalten gesagt, es sei »vergebliche Liebesmüh«, um deren Stimmen zu buhlen, denn eher würde »einem Moslem die Hand abfaulen«. Bei einem Vortrag vor der Dresdner Burschenschaft Cheruscia hatte er zudem behauptet, dass »in unsere auf Pump finanzierten Sozialsysteme der letzte Ali aus der letzten Moschee Zuflucht nehmen kann«. Für Parteichefin Merkel war dies zwar »politische Dummheit«, aber »kein Gedankenbild und kein inhaltliches Konstrukt, das mit der Demokratie in Deutschland nicht vereinbar ist«.
Vor diesem Hintergrund wird verständlich, was die *BILD*-Zeitung, die Hohmann als »üblen Hetzer« bezeichnete, als Äußerung aus der »Umgebung der Fraktionschefin« zitierte: »Wenn wir im Fall Hohmann nicht für Klarheit sorgen, wird in der Union niemand mehr eine zugespitzte konservative Meinung z.B. zur Ausländerpolitik äußern können, ohne in die rechtsradikale Ecke gestellt zu werden.« Ähnlich war auch die Empfehlung bzw. Interpretation, die die reaktionäre Tageszeitung *Die Welt* gab. Nun müsse offensiv das Thema »Patriotismus« besetzt werden. Das verheißt nichts Gutes.

VF

ISSN 1370-7507

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

5. Jahrgang • Heft 3 • September 2001



„den Holocaust hat es nie gegeben“: Der Schuß ins eigene Knie, S. 244

Revisionismus und Zionismus: Neues aus Palästina, S. 248ff.

Finkelstein redet Tacheles, S. 250

Sport im KZ: Schwimmbad in Auschwitz, S. 254

Marschall Pétain, Retter Frankreichs: Ende des tragischen Helden, S. 255

Sowjetunion im 2. Weltkrieg: Der finnische Winterkrieg, S. 262

Fall Barbarossa, um Europas Überleben, S. 270

Westalliierte Kriegsverbrechen: Die Ardennenschlacht, S. 279

Churchill, Teil 2, S. 293

Britische Kriegsverbrechen, S. 305

Ex Occidente Lux: Nordische „Mumien“ in China, S. 317

Vergessene Holocaust-Opfer: Einige wenige der ungezählten Opfer des alliierten Bombenterrors gegen die europäische Zivilbevölkerung: Bei lebendigem Leibe verbrannt und vergast.



PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien

Neuer Revisionisten-Verein gegründet

Kommen die Auschwitzleugner aus der Deckung?

Am 9. November 2003 hat sich in Vlotho ein »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten« (VRBHV) gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der Geschichtslehrer Bernhard Schaub (Schweiz) gewählt; seine Stellvertreterin wurde die Leiterin des Collegium Humanum, Ursula Haverbeck-Wetzel. Beide sind seit langem in der neofaschistischen Szene der Bundesrepublik aktiv.

Mit der Gründung dieses Verein versuchen die Auschwitzleugner den politischen Raum zur Verbreitung der antisemitischen Lüge vom Nicht-Stattfinden einer systematischen Verfolgung und Ermordung des europäischen Judentums durch die Nazis zu erweitern. Auf ihre seit Ende der 1980er-Jahre stattfindende Offensive hatte die Politik mit der Schaffung eines Straftatbestandes, der das Leugnen dieses einzigartigen Verbrechens seit 1994 unter Strafe stellt, reagiert; zugleich erschien eine Reihe von Publikationen, die die Methoden und Behauptungen der Auschwitzleugner entlarvten. Einige der aktivsten Auschwitzleugner wurden zu Haftstrafen verurteilt und/oder entzogen sich einer (weiteren) Verurteilung durch Flucht ins Ausland. Mit den aus England, jedoch vornehmlich in deutscher Sprache verbreiteten *Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung* hat sich die Szene seit 1997 ein neues Zentralorgan geschaffen, das von Germar Rudolf betreut wird.

Die aktuelle Vereinsgründung will sich einen Beitrag zunutze machen, der im Mai 2002 in der Zeitschrift *Osteuropa* erschien und in dem der *Spiegel*-Redakteur Fritjof Meyer herausgefunden haben soll, dass – so der neu gegründete Nazi-Verein – »in den bisher als Tatort bezeichneten Leichenkellern der Krematorien I und II im Stammlager Auschwitz Massentötungen nicht stattgefunden haben«. Nach Erscheinen des Aufsatzes hatten Nazis verschiedentlich Strafanzeige erstattet, um herauszufinden, ob auch Meyer nach dem Gesetz über die Auschwitzlüge verurteilt würde. Nachdem dies nicht eintrat, wollen die Auschwitzleugner dies nun nutzen, um diejenigen von ihnen, die in den letzten Jahren verurteilt wurden, zu rehabilitieren. Geht Meyer mit seinen »Forschungsergebnissen« straffrei aus, so soll dies auch für sie selbst gelten, da die in manchen Urteilen angeführte Offenkundigkeit des Holocaust nicht mehr gegeben sei. Entsprechend liest sich die Liste derjenigen, die nach Angaben des Vereins an seiner Gründung mitgewirkt haben, wie ein *Who is who* der einschlägigen Straftäter.
Neben Germar Rudolf selbst werden Jürgen Graf, Gerd Honsik und Andres Studer (alle mit dem Zusatz: »im Exil«) angeführt; des weiteren Wilhelm Stäglich, Fredrick Toeben, Hans-Dierich Sander, Frank Rennicke, Hans Schmidt, Manfred Roeder (»im Gefängnis«), Anneliese Remer, Witwe des Generalmajors Otto Ernst Remer (Spanien) sowie Ingrid Zündel-Rimland und deren Mann Ernst Zündel. Letzterer sieht sich derzeit in Kanada einem Ausweisungsverfahren ausgesetzt, das möglicherweise mit seiner Überstellung nach Deutschland endet. Eine dagegen Stellung nehmende Petition, die Zündel auf einer Internet-Seite führt, haben auch zahlreiche Faschisten aus Deutschland unterschrieben, so z.B. Rudolf Marloh (Seevetal), Oliver Schweigert (Berlin) und Frank und Ute Rennicke (Ehningen). Geht es hier darum, die Auslieferung und folgende Inhaftierung Zündels zu verhindern und ihm damit seine Aktionsmöglichkeiten von Kanada aus zu erhalten, so zielt der Verein darauf, in Deutschland wieder offen die Auschwitzlüge verbreiten zu können. Als erster Schritt dazu sollen die Verurteilungen aufgehoben werden; demzufolge ist als Vereinszweck formuliert: »Der Verein soll durch organisierte Anstrengungen die bisher vorherrschende Vereinzelung der Verfolgten aufheben, ihrem Kampf um Gerechtigkeit die notwendige Wahrnehmung in der Öffentlichkeit gewährleisten und die finanziellen Mittel für einen erfolgreichen Rechtskampf bereitstellen.«
Begleitend finden weitere Aktivitäten statt. In der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* erschien im Frühsommer ein Beitrag von Gerard Radnitzky, der ebenfalls auf den Aspekt der »Offenkundigkeit« eingeht und die Verurteilungen der Auschwitzleugner beklagt. Ebenfalls erst einige Monate alt ist eine Anzeige, die der Altnazi Erich Glagau gegen Bundespräsident Rau, Kanzler Schröder und Bundestagspräsident Thierse gestellt hat. Er wirft ihnen u.a. unterlassene Hilfeleistung vor, weil sie dem »deutschen Volk« nicht gegen diejenigen beigestanden hätten, die es durch die Behauptung der millionenfachen Ermordung der Juden angeblich »verunglimpft« hätten. Bedeutsamer als diese Aktion dürfte vermutlich die Beteiligung Horst Mahlers an den aktuellen Versuchen der Rehabilitierung der Auschwitzleugner sein. Nach der Einstellung des Verbotsverfahrens gegen die NPD, die er als Rechtsanwalt vertreten hatte, wendet er sich nun in seinem antisemitischen Wahn der Sache der Auschwitzleugner zu. Zwar wurde ihm Ende Juli vom brandenburgischen Innenministerium die Ausreise nach Polen untersagt, wo er das Vernichtungslager Auschwitz besuchen wollte, aber dies wird seine Aktivitäten nicht dauerhaft unterbinden können.

der religiös-orientierte Traditionsverband agierte im Verborgenen, dennoch besitzt er einigen Einfluss in der NS-Szene, hier ein Schulungszentrum der Ludendorfer in Herboldshausen.

Walhalla-News I

Ludendorfer-Veteran gestorben



Am 19. September 2003 verstarb einer der Veteranen der antisemitischen Ludendorffer-Bewegung, der 93-jährige Franz Freiherr Karg von Bebenburg. Er habe, so hieß es in der Todesanzeige seiner Gesinnungsfreunde, »seit den 30iger Jahren in vorderster Front des Freiheitskampfes des Hauses Ludendorff« gestanden. Als Leiter des Verlags Hohe Warte im bayerischen Pähl trug von Bebenburg erheblich zu den Außenaktivitäten und zum Fortbestehen der Bewegung bei – insbesondere in der Zeit des Verbots des Bund für Gotterkenntnis zwischen 1961 und 1977. Entsprechend hieß es nun in einem Nachruf, dass der Verlag »währenddessen [gemeint: während der Zeit des Verbotes] unbekümmert weiter [arbeitete], weil die Person eines Einzelkaufmanns nicht verboten werden konnte«.

Während die noch vor einigen Jahren regelmäßig stattfindenden Vortragsveranstaltungen der Ludendorffer wegen des hohen Alters vieler seiner Anhänger – im Juli 2003 wurde das Ableben von Johann Ingwersen (81, Tettwang), Peter Tramsen (92, Großquern) und Broder Chr. Ingwersen (89, Tettwang) verkündet – kaum noch stattfinden, erscheint das Blatt *Mensch und Maß* regelmäßig alle 14 Tage. Zu den regelmäßigen Autoren gehört das Ehepaar Elke und Gundolf Fuchs aus Hemmingstedt. Im Herbst 2002 stellten sie Überlegungen über »anständige deutsche« Namen an. Dass Eltern für »deutsche Mädchen« Namen wie Kimberley oder Maylin oder bei Jungen Dominik, Justin oder Tarek auswählten, wird schlicht rassistisch interpretiert, denn daran erkenne man »deutlich die seelische Verfremdung eines Volkes, die mit der biologischen ziemlich Hand in Hand« gehe; bedauert wird auch, dass so der Namen nicht mehr anzeige, ob es sich um »Mischlinge« handele (20/02: 950).

Im selben Heft wird beklagt, dass gelegentlich auch Menschen mit Migrationshintergrund als Richter und Staatsanwälte tätig würden; lieber wäre es den beiden, wenn »Menschen eines Volkes (...) von Richtern und Staatsanwälten des eigenen Volkes« vertreten bzw. behandelt würden (20/02: 955). Kurz darauf sah sich das Paar gemüßigt, eine »starke Zunahme der öffentlichen Sittenverderbnis« anzuprangern und gegen die Praxis der Sexualkundeerziehung an Schulen aufzutreten, die zu »Verwahrlosung und Enthemmung« führe (22/02: 1051). Außenpolitisch fand insbesondere der Krieg gegen den Irak das Interesse der beiden Schreibenden. Begierig wurde jede Meldung aus den Medien aufgegriffen, die den (bevorstehenden) Krieg gegen den Irak mit dem Staat Israel oder den Juden in Verbindung brachte: unter Bezugnahme auf einen Beitrag der britischen Wochenzeitung *News of the World* von Anfang Dezember 2002 wurde fabuliert, dass in Kürze »die Amerikaner und die Juden gemeinsam den Irak« angreifen würden (24/02: 1133); andere Meldungen hingegen, wie etwa die mehrheitliche Ablehnung des Krieges seitens der Juden in den USA (vor allem aus Furcht, dieser könne die Situation im Nahen Osten weiter eskalieren) wurden verschwiegen, um die Grundbewertung, dass der Krieg von »einer überstaatlichen Macht« betrieben werde, die im weiteren Text als das Judentum entschlüsselt wird, nicht an den Realitäten überprüfen zu müssen (13/03: 583ff.). Die in den USA von Militärs und Politikern angestellten Überlegungen zum Einsatz von Atomwaffen werden einerseits auf die »außerordentlich enge Bindung« zurückgeführt, die mit einem »äußerst ›*militanten*‹ Staat, Israel« eingegangen worden sei (6/02: 276), andererseits auf das »von Jahwehs Geboten bestimmte Weltbild« (6/02: 278).

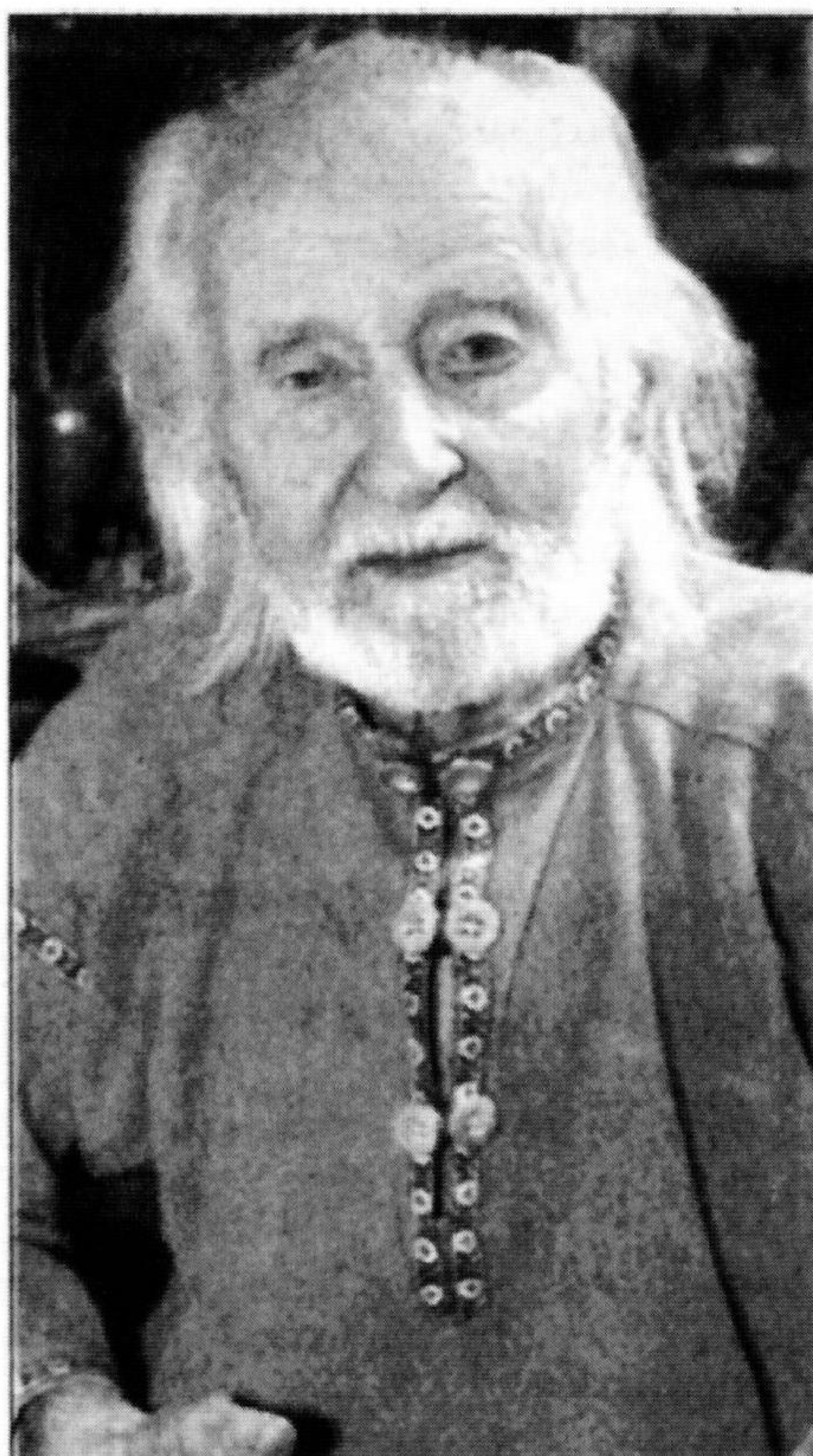
Walhalla-News II

Öko-Faschist Springmann tot

Ganz der antisemitischen Figur des »jüdischen Drahtziehers« verpflichtet, werden die derzeitigen Bemühungen der »USA und aus dem Hintergrund« (16/03: 747), zur Deckung der Kosten der Besatzung im Irak Finanzierungszusagen weitere Regierungen zu gewinnen, mit der Hoffnung verbunden, die Schröder-Regierung möge in dieser Frage unnachgiebig bleiben. Ein klares Nein an dieser Stelle, so die volksgemeinschaftliche und antigewerkschaftliche Schlussfolgerung, sei angesichts leerer öffentlicher Kassen jedenfalls wichtiger als »Verteilungskämpfe im Innern« (16/03: 748).

Zu den Unterzeichnern der jüngst erschienenen Todesanzeige gehört neben dem Verlag selbst, dem Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) und der Ludendorff Gedenkstätte auch der – ebenfalls als eingetragener Verein (e.V.) tätige – *Arbeitskreis für Lebenskunde* (AfL). Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden Aktivitäten wie Segeln, Wandern, Basteln und Zeltlager angeboten, u.a. im nahe Kiel gelegenen Osselberg. Diese bieten beste Gelegenheit zur Indoktrinierung junger Menschen mit dem oben skizzierten Gedankengut. Nach außen vertritt den AfL Maren Preisinger aus dem schleswig-holsteinischen Bühnsdorf. Ende Oktober 2003 traf man sich zu einer Planungstagung des Arbeitskreises für Lebenskunde...

V.F.



Im Alter von 91 Jahren verstarb in Lübeck am 24. Oktober 2003 Baldur Springmann. In den Medien fand er lediglich als Öko-Bauer und Mitbegründer der GRÜNEN in Schleswig-Holstein Erwähnung, der sich jedoch rasch wegen des (damaligen) Linkstrends bei den GRÜNEN zurückgezogen habe. Tatsächlich gehörte Springmann einer völkisch-nationalistischen Linie der Umweltschutzbewegung an, deren Wurzeln bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts zurückreichen.

Zunächst studierte der 1912 geborene Springmann Landwirtschaft, beteiligte sich als Offizier am nationalsozialistischen Krieg und führte dann einen Bauernhof – zunächst in Mecklenburg, später in Geschendorf (Schleswig-Holstein). Seine Einbindung in Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten währte Jahrzehnte; in den 1980ern war er in Schleswig-Holstein Vorsitzender des *Weltbundes zum Schutze des Lebens* (WSL), dessen Zeitschrift in den letzten Monaten zweimal wegen Volksverhetzung beschlagnahmt wurden. In der vom Auschwitzleugner Thies Christophersen herausgegebenen Zeitschrift *Die Bauernschaft* schaltete er Anzeigen für seine Öko-Produkte; nach dem Ausstieg bei den GRÜNEN betätigte er sich im Umfeld der extrem rechten *Unabhängigen Ökologen Deutschlands*, unterstützte die *Deutschland-Bewegung* Mechtersheimers und rief vor zwei Jahren die *Aktionsgemeinschaft der Deutschland Liebenden* (ADL) ins Leben (vgl. ENOUGH Nr. 19). In letzter Zeit trat er wiederholt bei der NPD als Redner auf, zuletzt beim Pressefest der NPD-Parteizeitung im sächsischen Meerane; zu einer Demonstration der ADL in Berlin hatte die Partei auch mobilisiert.

Gedacht wurde dem Öko-Faschisten Springmann quer durch die Zeitungen der extremen Rechten: während die *National-Zeitung* nur eine kurze Notiz brachte, empfahl Volker Kempf in der *Jungen Freiheit* zur Erinnerung an Springmann, »standhaft zu bleiben und fröhlich Deutschland und der Natur treu zu bleiben«. *Nation & Europa* betonte, dass sein Anliegen sich in der »Zeitschrift dankbar fortsetzen soll«, und in der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* konnte Friedrich Baunack an die Rede Springmanns in Berlin erinnern, in der dieser sich von der völkischen Erweckung Deutschlands 1989/1990 begeistert gezeigt hatte. Winfried Krauß, lange für die NPD in Frankfurt aktiv, bemühte sich in einem wenige Tage nach dem Tod Springmanns verbreiteten Aufruf, an dessen »verbindliche Grundlagen« für politische Arbeit anzuknüpfen und forderte damit u.a. eine »progressivere« Ausdrucksweise, damit »Nationalisten« die junge Generation erreichen könnten.

Rassistische Bevölkerungspolitik

Mit einer monatelangen Kampagne versuchen Faschisten derzeit in Niedersachsen Stimmung für eine rassistische und antifeministische Politik zu machen. Unter dem Motto »Heimreise statt Einwanderung« werden verschiedene Aspekte der Familien-, Geschlechter- und Migrationspolitik kombiniert und mittels Info-Ständen, Flugblättern und Demonstrationen an die Öffentlichkeit getragen. Die Kampagne kann sich auf eine in jüngster Zeit intensiver stattfindende Beschäftigung mit dem Thema »Bevölkerungspolitik« in faschistischen Strukturen stützen und findet in der allgemeinen Diskussion um die »Überalterung der Deutschen« Bezugspunkte.

Im thüringischen Eisenach veranstaltete Anfang Oktober 2002 die Deutsche Studiengesellschaft (DSG) eine Tagung zum Thema »Bevölkerungspolitik – Demographischer Wandel und Zuwanderung«. Die in 2000 gegründete DSG hat sich zum Ziel gesetzt, zu zentralen politischen Fragen ausgearbeitete Positionen vorzulegen und dadurch der Politik der extremen Rechten mehr inhaltliche Substanz und Glaubwürdigkeit zu geben. Im Führungskreis der DSG finden sich (ehemalige) Mitstreiter verschiedener extrem rechter Parteien oder Strukturen: Felix Buck (ex-NPD), Albrecht Jebens (ex-Weikersheim), Rolf Kosiek (Chef der faschistischen Gesellschaft für freie Publizistik), Edmund Sawall (SWG), Walter Staffa (Witiko-Bund) sowie der ehemalige Lehrer Uwe Rheingans, gegen den es in den frühen 1980er-Jahren an einer Schule in Neustadt/Holstein Proteste wegen seiner NPD-Mitgliedschaft gab. Konteradmiral a.D. Günter Poser (ex-REP) ist kürzlich verstorben.

Die rechts-schaffenden Herren stellten auch die Erstunterzeichner der sog. *Eisenacher Resolution*; diese beruft sich in ihrer Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft auf das Grundgesetz, hält ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen oder Religionen für unmöglich und fabuliert mit revanchistischem Unterton, dass »dem deutschen Volk in der Bundesrepublik nach dem Verlust eines Viertels seiner Siedlungsgebiete jenseits von Oder und Neiße das derzeitige Siedlungsgebiet zwischen Rhein und Oder ungeschmälert zu erhalten« sei. Die Grundlinie der »Resolution« lautet »Rückführung in die Herkunftsländer statt Einwanderung« und wird in sieben Punkten konkretisiert, die zusammen den Kern des aktuellen bevölkerungspolitischen Minimalkonsenses der extremen Rechten ausmachen. Dazu gehört die Abschiebung möglichst vieler Ausländer, die Unterbindung der Familienzusammenführung und weiterer Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland, die Besetzung von freien Arbeitsplätzen mit Deutschen sowie die strikte Begrenzung der Einbürgerung und die besondere Förderung deutscher Familien mit Kindern.

In einer im Jahr 2003 erschienenen Broschüre, die – wie die Tagung – den Titel »Bevölkerungspolitik – Demographischer Wandel und Zuwanderung« trägt, wurden deren Referate veröffentlicht; dazu gehört ein Beitrag von Professor Theodor Schmidt-Kaler, der bereits 1981 mit dem rassistischen *Heidelberger Manifest* für Aufsehen sorgte. Daneben trat auch die Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl auf, die ansonsten mit ihren Rechtstipps Neonazis hilfreich zur Seite steht. Sie sprach zum Thema »Familienpolitische Rahmenbedingungen und Maßnahmen« und beklagte eine veränderte Sexualmoral und die Pille als wichtige Gründe für den Geburtenrückgang, aber auch das Verschwinden der Großfamilien und die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort, weshalb es Frauen nicht möglich wäre, beides zugleich zu tun und daher die Entscheidung oft gegen Kinder fiele. In einer Zeitschriftenkritik fand die Veröffentlichung in der *Jungen Freiheit* wohlwollende Worte, da sie geeignet sei, »dem Thema Bevölkerungspolitik endlich wieder mehr Gewicht zu verleihen.« Albrecht Jebens gab Hinweise darauf, wie solche »volkspolitischen Wahrheiten« unters Volk zu bringen sind: Neben Leserbriefen und Postsendungen fallen ihm dazu die Verteilung von Flugblättern in Briefkästen und das Auftreten als »Multiplikator auch in anderen Organisationen« ein. Dabei sei jedoch »Fingerspitzengefühl« gefragt und zur Sicherheit empfehle sich, »in der Öffentlichkeit immer zu zweit aufzutreten«.

Rassistische Bevölkerungspolitik – Generalthema der Rechten

Beiträge zur Bevölkerungspolitik finden sich zahlreich in den Zeitungen der extremen Rechten. Im Blatt der REP hieß es parolenhaft »Wir brauchen mehr Kinder!«, gemeint sind aber auch hier »deutsche Kinder«. Das Monatsblatt *Nation & Europa* lobte im Sommer die »erfolgreiche Bevölkerungspolitik« in Frankreich (»Wiegen nicht mehr leer«), bemängelte aber, dass der Zehn-Punkte-Plan zur Familienförderung der konservativen Raffarin-Regierung auch zugewanderte Familien berücksichtige.

Zum so genannten »Krieg der Krippen« hieß es an anderer Stelle in der Zeitschrift unter Berufung auf Angaben des Statistischen Bundesamtes, dass es zwischen 2010 und 2030 zu einer »kritischen Beschleunigung der Alterung« kommen werde. Dabei sei die sinkende Zahl der gebärfähigen Frauen der »Dreh- und Angelpunkt der demographischen Entwicklung«. Angesichts einer »ungleichmäßigen ethnischen Verteilung der Sterbe- und Geburtenziffern«, so die Autorin Petra Wernicke weiter, schrumpfe der älter werdende »deutsche Bevölkerungsanteil«, während der jüngere »ausländische« anwachse. Wernicke beklagt, dass auf EU-Ebene ein »Diskriminierungsverbot« bestehe und daher die Deutschen nicht bevorzugt gefördert werden könnten. Der bereits in Eisenach aufgetretene Volkmar Weiss schloss seinen Beitrag in der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* mit einem Aufruf an »die deutschen Demographen« (gemeint sind hier die Bevölkerungswissenschaftler wie Prof. Birg, siehe unten), ihre Kenntnisse und Sichtweisen auch auf Versammlungen der »deutschen Rechtsparteien« vorzutragen, denn nur diese hätten »das Thema Bevölkerung bisher konsequent und ernsthaft« vorgebracht, und da man ja wisse, dass »Politiker nur unter Druck handeln« solle man sich ein Beispiel an den Grünen nehmen, die gezeigt hätten, »wie man aus einer politischen Ecke heraus gesellschaftliche Probleme in die Mitte der Gesellschaft trägt und die trägen großen Parteien zum Mitdenken, Umdenken und teilweise sogar zum Handeln zwingt«.

Für die NPD hat sich u.a. deren Vorstandsmitglied Per Lennart Aae zur »Überlebensfrage Bevölkerungspolitik« geäußert. In der Dezemberausgabe des NPD-Parteiblatts *Deutsche Stimme* eröffnete Per Lennart Aae eine Artikelserie zu diesem Thema und fand dabei lobende Worte für die Politik der Nazis, denn diese habe »durch gezielte sozialpolitische Maßnahmen, wie z.B. die sehr günstigen Ehestandsdarlehen, andererseits durch die völkisch-nationale Weltanschauung, durch welche die Familie als Grundbaustein der Nation gestärkt wurde und die Mütter eine enorme Steigerung ihres Ansehens erlebten« zur Überwindung der damaligen »demographischen Krise« beigetragen. Bekanntermaßen gehörte zur »Stärkung und Reinigung des deutschen Volkskörpers« auch die Vertreibung und Ermordung der Juden, Sinti und Roma sowie Vernichtung »unwerten Lebens«. Aae jedoch nennt die NS-Politik »vorbildlich«.

Plädoyers für eine rassistische Bevölkerungspolitik in den Sälen und auf der Straße

Die in Niedersachsen in den letzten Monaten durchgeführte Kampagne will die rassistische, und die Idee der deutschen Großfamilie propagierende, Bevölkerungspolitik der extremen Rechten »unters Volk« bringen. Sie orientiert sich an einem Ende 2002 von Günter Deckert, dem in der NPD wieder zu Ehren gekommenen ehemaligen Vorsitzenden, veröffentlichten Artikel. Danach sei der »Kampf gegen die Multikultur Schlüsselthema nationaldemokratischen Wollens« und die Partei müsse daher ihre Aktivitäten in dieser Frage verstärken.

Mit der »Rückbesinnung auf ein originäres Thema, das in der Öffentlichkeit wieder stärker von den Nationaldemokraten herausgestellt« wird, lasse sich Zustimmung in der Bevölkerung finden; es reiche aber dazu nicht, dass die NPD in der Öffentlichkeit als »ausländerfeindlich« verschrien sei, die NPD müsse »sich die ihr zugeschriebene Kompetenz im Kampf gegen die Überfremdung durch die Entwicklung konkreter Lösungsvorschläge hart erarbeiten«. In diesem Sinne fanden in Niedersachsen bereits mehrere Aufmärsche der Faschisten statt: am 24. Mai in Hannover, am 18. Oktober in Braunschweig und am 29. November in Lüneburg, wo etwa 200 Nazis den Reden von Stefan Pfingsten und Martin Gotthard (NPD Niedersachsen), Holger Apfel (stellv. NPD-Vorsitzender) sowie Thomas Steiner lauschten. In einer Presseerklärung schreibt die NPD-Hannover zu dieser Kampagne: »Was Deutschland braucht, sind deutsche Kinder!« Das übliche völkisch-nationalistische Schreckensbild von den angeblich besonders kriminellen und auf Sozialhilfe angewiesenen Ausländern wird mit Forderungen nach einem »Mutterschaftsgehalt von mind. EUR 500/Kind« kombiniert, das selbstverständlich nur für »deutsche Mütter« zu zahlen sei, damit sich eine Situation ändere, in der »die deutschen Jugendlichen auf deutschen Straßen schon lange nicht mehr das Sagen haben«. Die Parole »Die Zeit ist reif für eine Erhebung gegen die Multi-Kulti-Diktatur!« lässt manche/n an die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock Anfang der 1990er-Jahre denken.

Allerdings stehen diese Aktionen im faschistischen Lager nicht alleine. In Süddeutschland verschickte die Gruppe »Junge Deutsche«, d.h. das BDVG (Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft), eine Abspaltung der Jungen Nationaldemokraten, im Juni 2002 in großem Umfang rassistisches Material an Schülervertretungen und rief dazu auf, dass angebliche »Tabu in der Ausländerfrage zu brechen!«. In Nürnberg sitzt die »Bürgerbewegung Ausländerstopp« im Stadtparlament und an vielen Orten tauchen Flugblätter des rassistischen »Schutzbund für das deutsche Volk« (SDV) auf. Dessen Vorsitzende Heilwig Holland hat die Eisenacher Erklärung ebenfalls unterschrieben und konnte ihre Gedanken in diesem Jahr beim Kongress der extrem rechten »Gesellschaft für freie Publizistik« verkünden. Dort pries sie den SDV als »Bollwerk gegen den Untergang unseres Volkes« und beklagte, dass es heute viel zu leicht sei, sich scheiden zu lassen, was die Entwertung der Familie verdeutliche.

So gehört zu den zentralen Bestandteilen des völkischen Nationalismus auch hier die Überzeugung, dass der Fortbestand des eigenen Volkes durch eine Reihe von Maßnahmen (Geburtenförderung, Verbot und Bestrafung bei Schwangerschaftsabbrüchen, Aufwertung der Mutter-Rolle, Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund, etc.) zu sichern sei. Einer solch systematischen Bevölkerungspolitik wird daher von der extremen Rechten beträchtliche Bedeutung beigemessen.

Bevölkerungspolitik – auch ein Thema der »politischen Mitte«

Sowohl bei der Eisenacher Tagung als auch in verschiedenen anderen Beiträgen bezieht sich die extreme Rechte auf Professoren der universitären Bevölkerungswissenschaft, deren Beiträge quasi als Beleg für die eigene Lagebeschreibung gewertet werden. Zu diesen Professoren zählen insbesondere Herwig Birg (Bielefeld) und Josef Schmid (Bamberg).

Der nationalkonservative Bevölkerungswissenschaftler Schmid sieht im 21. Jahrhundert das »demographische Jahrhundert«, das dem »ideologischen Jahrhundert« folge, das er – totalitarismustheoretisch verzerrt – als durch Kommunismus und Faschismus geprägt sieht. In den kommenden Jahrzehnten jedoch würden (scheinbar objektive) biologische Entwicklungen den Lauf der Dinge bestimmen, nicht mehr sozioökonomische Interessenlagen oder politische Überzeugungen. Die darauf gründende Konfliktsituation sieht Schmid als eine, in der die sogenannte Dritte Welt »uns« bedroht – durch Bevölkerungswachstum, Fluchtbewegungen in den Norden und Zuwanderung.

Für Birg, den die Postillen der extremen Rechten besonders gerne als Kronzeugen anrufen, ist die Frage der Bevölkerungsentwicklung eng verknüpft mit der Einwanderung, die er als Lösung für die »Krise der Sozialsysteme«, wie die bewusste Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme verharmlosend genannt wird, für untauglich hält. Verschiedentlich beklagte er auch, dass die Möglichkeiten zur Auswahl von Zuwandernden nach ihrer Qualifikation nur unzureichend möglich sei. Schmid nennt das die »Brauchbarkeit der Zuwanderer«.

Die Ausführungen und Positionen der Bevölkerungswissenschaft sind Teil einer umfassenderen gesellschaftlichen Debatte, die unter verschiedenen Blickwinkeln mal als Einwanderungspolitik, mal als Familienpolitik und mal als Rentenpolitik daherkommt. Mit einer mehrteiligen Serie unter dem dramatisierenden Titel »Die demographische Zeitbombe« verknüpfte auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im August diese verschiedenen Bereiche. Entsprechende Schlagworte von der »Vergreisung« und dem »aussterbenden Volk« finden sich beinahe wöchentlich in den auflagenstärksten Zeitungen des Landes; Bevölkerungspolitik beschäftigt eine immer größer werdende Zahl von Kommissionen und Arbeitskreisen, die höchste politische Unterstützung erhalten. Anfang Dezember sprach beispielsweise Kanzler Schröder beim Managerkreis der SPD – nahen Ebert-Stiftung, wo die Familienpolitik in ihrer Bedeutung gleichrangig neben die Wirtschafts- und Finanzpolitik gestellt wurde.

Hier nur am Rande erwähnt sei die Tatsache, dass mit dem Gerede vom demographischen Niedergang auch die Zerstörung der Sozialsysteme vorangetrieben wird. So hieß es schon 1992 in einem Manifest, das u.a. von Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt (beide *Die Zeit*) und Wolfgang Thierse unterzeichnet wurde, dass sich »soziale Besitzstände, die auf den demographischen Prämissen [= Voraussetzungen] der Vergangenheit aufbauen« nicht halten lassen würden. Wenn weiter behauptet würde, dass erst die »materiellen und immateriellen Bedürfnisse von Kindern innerhalb und außerhalb des Familienverbandes befriedigt« werden müssten, bevor »weitere sozialpolitische Aufgaben erfüllt werden« könnten, dann wird Sozialpolitik auf Familienpolitik reduziert.

Weite Verbreitung findet auch das Schlagwort von der »Generationengerechtigkeit«, nach der die einander folgenden Generationen jeweils für die Renten aufkommen müssten. Wenn auf diese Weise die Fortpflanzungsrate der Menschen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rückt, spielen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsinteressen bzw. -verhältnisse ebenso wenig eine Rolle wie die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Änderung der Gesellschaft mit dem Ziel größerer sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit. So muss es tatsächlich um eine Perspektive und Praxis politischen Handelns im Jetzt gehen. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums muss jetzt stattfinden: von denen, die im Überfluss haben zu denen, denen es mangelt. Es geht um Gerechtigkeit in der Generation, nicht in der Folge der Generationen.

Wenn die Familie zum Fetisch, das Kind zum Kultobjekt und die Mutterschaft zum Mythos wird und kinderloses Leben als »Luxus« denunziert wird, dann wird auch Stimmung gegen diejenigen gemacht, die sich – aus welchen Gründen auch immer – bewusst dagegen entscheiden, Kinder zu bekommen. So etwa in Beiträgen wie dem von Gernot Uhl in der Tageszeitung *Die Welt*; dort hieß es Anfang Oktober auf der Titelseite, dass die Deutschen aussterben würden, weil es immer mehr Leuten nur darum gehe, »Freiheiten zu genießen«, ohne Verantwortung zu übernehmen. Dabei sei »eine Familie mit Nachwuchs« doch »das Normalste auf der Welt«. Auch so werden Lebensentwürfe, die sich jenseits der Vorstellung von Familie bewegen, für (etwas) weniger »normal«, für etwas weniger akzeptabel erklärt.

Das von der CSU derzeit vertretene Rentenmodell sieht denn auch vor, dass Kinderlose höhere Beiträge zur Rente leisten sollen, später dann aber weniger Rente ausgezahlt bekommen als Eltern. Die *Frankfurter Rundschau* wusste dazu zu berichten, dass einige jüngere Politikerinnen selbst in der CDU hinter vorgehaltener Hand von Stoibers »Mutterkreuzpolitik« und von »Kinderkopfprämien« sprachen.

Gegenüber den vielfältigen Versuchen, zwischenmenschliche Beziehungen zum Instrument für die Aufrechterhaltung einer gegebenen Infrastruktur, für stetiges Wirtschaftswachstum oder für die Sicherung der Altersversorgung in 50 Jahren zu machen, muss das Recht verteidigt werden, zwischen – zugespitzt gesprochen – einem Kind, der Urlaubsreise auf die Bahamas oder dem Segeln entscheiden zu können, ohne sich bei einer Entscheidung für die Bahamas beschimpfen lassen zu müssen, am »Untergang der deutschen Art« mitschuldig zu werden. Das nationalistische Konstrukt vom »deutschen Volk« gehört endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte, und gegen eine Indienstnahme von Frauen für Volk und Nation gilt es, die – vor allem von feministischen Autorinnen entwickelte – Kritik an der Bevölkerungswissenschaft wieder aufzunehmen.

VF

Gerichtlicher Erfolg gegen willkürliche Platzverweise in Kiel

»Säuberungen« rechtswidrig

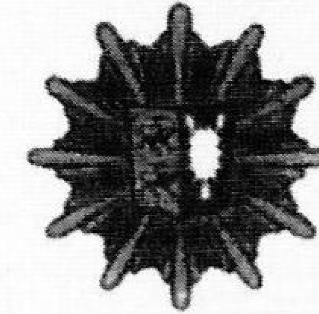
Auf massiven Druck des Verwaltungsgerichts Schleswig mußte die Polizei Kiel nunmehr zugeben, dass ihre seit längerem eingeübte Praxis der Vertreibung sozial Schwacher mittels willkürlicher Platzverweise, rechtswidrig ist.

Seit längerem geht die Kieler Polizei gegen sozial Schwache Menschen, die sich auf öffentlichen Plätzen, Parks und anderenorts aufhalten mittels Platzverweisen vor: den Personen wird, unter dem Vorwand es würde gedealt, gestohlene Wahren verkauft etc. auf eine Gruppe zu, erteilt jeder der Personen einen großräumigen Platzverweis für diesen Tag und setzt diesen notfalls mittels Gewahrsamnahme durch. Zu diesem Zwecke wurden sogenannte gefährliche Orte definiert: Plätze an denen durch die vermehrte Ansammlung von möglicherweise straffälligen Personen, also Alkoholikern, Drogensüchtigen oder Obdachlosen »Straftaten zu befürchten« seien. Nach dem Willen der Kieler Polizei sollten an solchen Orten nicht nur die willkürliche Personalienüberprüfung und Durchsuchung, sondern auch die Erteilung von Platzverweisen gerechtfertigt sein.

Gegen solche Platzverweise, die ihm mehrfach im Laufe des heißen letzten Sommers im Schützenpark erteilt worden waren, obwohl er keinerlei Straftaten begangen oder öffentlich Drogen konsumiert hatte, hatte ein Kieler beim Verwaltungsgericht Schleswig Klage erhoben. Der erstaunlich früh angesetzte Verhandlungstermin im Oktober ließ tief blicken in das Verhältnis unserer angeblich so unabhängigen Justiz zur Polizei. Der erkennende Richter kam schnell zur Sache. Er erklärte, der Vortrag des Klägers sei stichhaltig, die Platzverweise rechtswidrig. Erstens sei es unzulässig, ohne das Vorliegen einer konkreten Gefahr der Begehung einer Straftat einen Platzverweis auszusprechen. Zweitens sei ein Aufenthaltsverbot für einen ganzen Tag kein Platzverweis, sondern deutlich mehr. Nachdem der Vertreter der Polizeibehörde hierauf wenig einsichtig reagierte, drängte der Richter ihn nunmehr eindringlich, die Platzverweise zurückzunehmen und zu erklären, daß diese rechtswidrig gewesen seien. Nur so könne die Polizei ein Präzidenzurteil vermeiden, dass ihr in anderen Fällen entgegengehalten werden könnte. Diesen Argumenten wollte sich der Vertreter der Behörde nicht entziehen und folgte dem richterlichen Ratschlag, der es dem Kläger unmöglich machte, ein Urteil zu erzwingen.

Polizeiinspektion Kiel
2. Polizeirevier Kiel

Kiel, 16. Juni 2003



Rechtlicher Hinweis der Polizei

Aufenthalt vor „Blume 2000"

Im Bereich des Bussteiges vor dem Sophienhof ist es in den letzten Monaten zu einer Vielzahl von Straftaten aus dem Betäubungsmittelrecht gekommen. Es wurden Drogen gehandelt und konsumiert. Bei polizeilichen Überprüfungen wurden bei jedem Einsatz Personen angetroffen, die der Betäubungsmittelszene zuzuordnen sind. Häufig wurden bei Durchsuchungen Drogen gefunden und auch Verkaufsverhandlungen beobachtet.
Weiterhin ist festzustellen, dass von Personen aus dieser Gruppe heraus Straftaten im Nahbereich begangen wurden (z.B. Diebstähle, Sachbeschädigungen, Hausrechtsverstöße) und es zu Störungen des Betriebsablaufes beim Besteigen oder Verlassen der Omnibusse gekommen ist. Fahrgäste können ihre Verkehrsmittel nur unter erheblichen Schwierigkeiten erreichen, z. T. werden sie auch angepöbelt.
Nach massiven Beschwerden von Anwohnern, Gewerbetreibenden, Fahrgästen und letztendlich auch Touristen ist die Polizei aufgefordert, den Zustand einer offenen Drogenszene zu unterbinden.
Im rechtlichen Sinne ist dieser Bereich deshalb als **gefährdeter Ort** (§ 181(1) Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein) anzusehen. Die Polizei ist zu Identitätsfeststellungen und auch zu Platzverweisen berechtigt, um diesen Zustand zu beenden.
Diese Platzverweise gelten für den Gesamtbereich vor dem Sopienhof, vor Karstadt II und auf dem Bahnhofsvorplatz. Die hier bisher bekannten Personen werden aufgefordert, diesen Bereich außer zur Benutzung der Omnibusse der KVG zu meiden.

Auch an anderen Orten, die sich ähnlich entwickeln, wird die Kieler Polizei wie oben beschrieben reagieren.

2. Polizeirevier Kiel, Falckstraße 4-6, 24103 Kiel, Tel. 0431/160-1210

Für die Zukunft, so fügte der um die Polizei ach so besorgte Richter noch an, müsse sich die Polizei überlegen, ob die Erteilung von sogenannten Aufenthaltsverboten, wie sie in anderen Bundesländern teilweise angewandt würden, vorzuziehen seien. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen müsse die Polizei jedoch zunächst prüfen.

Tatsächlich werden solche Aufenthaltsverbote, also längerwährende, großräumige Verweise einzelner Personen, in einigen Ländern beispielsweise gegen Dealer angewandt. Sie finden in den meisten Landesgesetzen keine rechtliche Grundlage und sind grundrechtlich höchst umstritten.

Trotz des faden Beigeschmacks kann der Rechtsstreit durchaus als Erfolg betrachtet werden. Es ist nunmehr klar, dass die bisherige Praxis der Platzverweise zur »Säuberung des öffentlichen Raumes« rechtswidrig ist. Dies könnte ein Ansporn sein, auch in weiteren Fällen gegen die Polizeiwillkür vorzugehen.

AG kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg zur aktuellen Abschiebepolitik

Dokumentation

Was ist los?

Mehrere tausend ausländische Familien leben in Hamburg mit nichts weiter als einer Duldung. Sie kommen aus Afghanistan, Jugoslawien, der Demokratischen Republik Kongo oder der Elfenbeinküste, sind Kurden aus der Türkei oder Albaner aus dem Kosovo...

Ganz egal wie lange sie schon hier sind, sie dürfen nicht mehr als 10 Stunden pro Woche arbeiten – und das ausschließlich in der Gebäudereinigung oder als Küchenhelfer. Ihre Kinder, die hier aufwachsen und zur Schule gehen, haben mit der Duldung keine Zukunft. Sie dürfen keine weiterführende Schule besuchen, keine Ausbildung machen, nicht arbeiten. Und sie werden alle 12 Monate schriftlich daran erinnert, dass sie jederzeit abgeholt werden können – auch wenn sie in Deutschland geboren sind oder schon zwischen 10 und 20 Jahren hier leben.

Die Abschiebungspraxis macht Angst. Flüchtlingskinder erleben, wie ihre Nachbarn geholt werden. Zweimal pro Woche fahren MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde mit Kleinbussen durch die Stadt. Gegen vier Uhr morgens geht es los. Dann werden Familien aus den Betten geholt. Ohne Ankündigung. Das ist in Hamburg das Regelverfahren. Die Gelegenheit, selbst zur Abschiebung zu erscheinen, gibt es nur noch im Ausnahmefall. Unter Aufsicht muss die Familie dann zügig packen. 20 kg pro Person, wenn für jedes Familienmitglied geeignete Taschen oder Koffer überhaupt vorhanden sind. Wenn sie Geld haben, wird es ihnen abgenommen. Zur Deckung der Abschiebungskosten. Alles andere bleibt zurück. Möbel, Geschirr, Elektrogeräte, Nachbarn, Freunde, oft Angehörige. Ein Abschied ist nicht möglich. Die Eltern werden in Handschellen abgeführt und die verstörten Kinder folgen ihnen. Zum Flughafen. In ein Land, dass ihre Heimat sein soll und das viele von ihnen noch nie gesehen haben. Am Morgen kommt ein Vater nicht zur Arbeit und ein Kind fehlt in der Schule.

Warum leben in Hamburg so viele geduldete Familien?

Eine Duldung, die »Aussetzung der Abschiebung«, sollen Menschen gemäß § 55 Ausländergesetz bekommen, wenn sie eigentlich keinen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland haben. Weil beispielsweise ihr Asylantrag abgelehnt wurde oder der Bürgerkrieg in ihrem Land nicht als Bleibegrund akzeptiert wird, sie aber nicht sofort abgeschoben können. Oder weil ihr Land die Rücknahme lange Zeit verweigert, sie keine Papiere ihres Landes bekommen, es keine Flugverbindung gibt oder sie zu krank sind, um abgeschoben zu werden. Wenn dieser Zustand nicht nur vorübergehend ist, sondern anhält, kann ihnen eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden. Nach § 30 Ausländergesetz kann die Befugnis insbesondere dann erteilt werden, wenn die Duldung schon zwei Jahre lang besteht. Denn es ist eigentlich nicht gewollt, dass die Duldung mit all ihren Einschränkungen und dem Arbeitsverbot einen Daueraufenthaltstatus darstellt. In Hamburg werden diese Aufenthaltsbefugnisse nach § 30 des Ausländer-gesetzes aber nur erteilt, wenn Flüchtlingsfamilien es schaffen, dies auf dem Klageweg zu erstreiten. Ohne Untätigkeitsklage werden Anträge oft gar nicht geprüft. Deshalb gibt es in Hamburg nicht nur besonders viele ausländische Familien, wie auch in anderen großen Städten, sondern es gibt besonders viele ausreisepflichtige *geduldete* Familien, die *jederzeit* abgeschoben werden können. Denn in der Zeit, in der z.B. in Schleswig Hostein eine Familie eine Aufenthaltsbefugnis erhält (nach zwei Jahren), eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis erhält (nach sechs Jahren), eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhält und die Kinder eingebürgert werden (nach acht Jahren), wird in Hamburg die Duldung 10 Jahre alt und älter und die Zahl der »Ausreisepflichtigen« wächst.

Haben die Kinder keine Rechte?

Leider nein. Wenn die Eltern nur eine Duldung haben, bedeutet die Geburt in Deutschland nichts. Denn Deutschland hat die internationale Kinderrechtskonvention leider nicht ratifiziert. Innenminister Schily hat darauf bestanden, dass sie in Deutschland für ausländische Kinder nicht gilt. Und die Hamburger Ausländerbehörde ist ohne gesetzliche Verpflichtung nicht zu bremsen. Ermessensspielräume will sie nicht nutzen. In den öffentlichen Verlautbarungen bestreitet sie sogar, dass es die Ermessenspielräume gibt. Natürlich müsste das Grundgesetz für die Kinder gelten. Natürlich müsste die Behörde berücksichtigen, dass Kinder krank werden, wenn sie jahrelang Angst haben müssen, in dieser oder der nächsten Nacht geholt zu werden. Aber die Politik ist an Abschiebungsrekordzahlen interessiert und nicht am Kindeswohl. So ist es möglich, dass die Behördenmitarbeiter unverblümt schriftlich darlegen dass es gewollt ist, Angst zu machen und Druck auszuüben auf diese Familien (siehe auch »Einspruch! gegen die Hamburger Flüchtlingspolitik«, www.hamburgasyl.de).

Was können Sie tun?

Das wichtigste, was Sie tun können ist **WEITERSAGEN!** Zu wenige Menschen wissen, was in dieser Stadt mit ausländischen Menschen passiert. Überzeugen Sie Ihre Freunde und Bekannte, sich über das Thema zu informieren. Fragen Sie nach, wenn es heißt »Asylbetrüger«, »Illegale«, »straffällige Ausländer«. Oft werden damit Kinder gemeint sein, deren »Illegalität« darin besteht, hier von geduldeten Müttern geboren worden zu sein; deren »Straftat« wiederum in ihrer unerwünschten Einreise. Frage Sie nach, wenn ausländische Mitschüler Ihrer Kinder »verschwinden«. Helfen Sie uns, die Not dieser Menschen und die beschämenden Methoden dieser Stadt ans Licht zu bringen. Und fordern Sie von den Politikern dieser Stadt, dass diese Unmenschlichkeit endlich abgeschafft wird .

Und wenn Sie selbst oder Ihre Kinder geduldete Kinder kennen oder Sie sich vorstellen könnten, eine Petition zu unterstützen oder selbst einen offenen Brief an die Bürgerschaft zu schreiben, dann rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie Fragen oder Zweifel haben. Vieles, was in dieser Stadt geschieht, ist schwer zu glauben. Fragen Sie nach, verlangen Sie Belege, nur schauen Sie nicht weg!

AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg
info@hamburgasyl.de
www.hamburgasyl.de

Nachrichten aus der Region

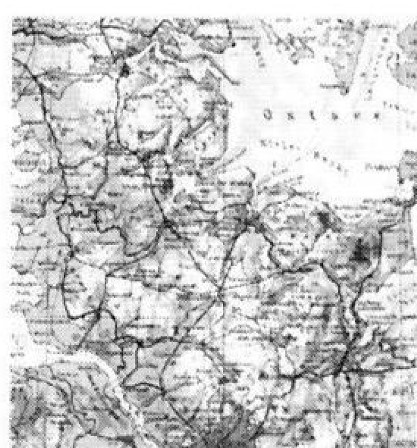
Schon gehört





Heide

Am 25.11.03 wurden ein 16-jähriger und ein 19-jähriger Skinhead in der Meldorfer Straße in Heide von Zivilpolizisten angehalten. Der ältere Nazi trug eine Hakenkreuzbinde am Arm und führte eine Gaspistole sowie eine SS-Flagge unter seiner Bomberjacke mit sich. Nach Beschlagnahmung der Gegenstände fand eine Hausdurchsuchung statt, welche allerdings keine neuen Erkenntnisse brachte. Gegen den 19-jährigen läuft jetzt ein Verfahren wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen und dem Verstoß gegen das Waffengesetz.



Volkstrauertag im Norden

Zum Volkstrauertag am 16. November gab es in Norddeutschland einige Kranzniederlegungen von Neonazis. So gedachten u.a. in Lübeck, Husum, Boizenburg und den Hamburger Stadtteilen Groß Borstel, Alstertal und Bramfeld »freie Nationalisten« und Anhänger der NPD der deutschen Opfern der beiden Weltkriege. Wie immer wurden die zahlreichen Opfer anderer Länder sowie die Kriegschuld Deutschlands verschwiegen.



Ahrensburg

Während eines Hardcore-Konzertes am 10. Oktober kam es im Jugendzentrum Juki42 zu einem Überfall durch Neonazis. Nachdem ein Nazi sich durch Zeigen des Hitlergrußes in der Menge outete, kam es zu einer Auseinandersetzung. Die Neonazis schlugen mit Stahlruten und Tischbeinen auf die Konzertbesucher ein, es wurden mehrere Personen verletzt und Mobiliar zertrümmert. Die anschließend flüchtenden Schläger konnten teilweise von der Polizei in der Innenstadt vorübergehend in Gewahrsam genommen werden. Die Neonazis stammen unter anderem aus Neumünster, Lübeck und Geesthacht.



Bad Oldesloe

Am 27.10.03 protestierten mehr als 50 Jugendliche vor der Ausländerbehörde des Kreises Stormarn in Bad Oldesloe gegen die geplante Abschiebung von Johnson Rock Sebasthe und besetzten die Kreisbehörde symbolisch für kurze Zeit. Der Tamile lebt seit 1992 in Deutschland und arbeitet als Koch in Bad Oldesloe. Seit das Bundesamt vor fünf Jahren seinen Antrag auf Asyl abgelehnt hat, wird er nur noch geduldet. Besonders belastend ist in dem Fall, dass die Duldung immer nur monatlich verlängert wurde. Obwohl sich der Verein FIT e.V. (Für Integration und Toleranz), in dem sich Sebasthe engagierte, und der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes für sein Bleiberecht einsetzten, blieb das Kieler Innenministerium bei seiner Entscheidung. Die Bitte des FIT-Vorsitzenden, die Akte bis Jahresende liegen zu lassen, bis ein neues Zuwanderungsgesetz in Kraft tritt, blieb damit ungehört. So konnte sich Johnson Rock Sebasthe letztendlich der Abschiebung nach Sri Lanka nur durch Untertauchen entziehen.



Rendsburg

Böse Überraschung für den Rendsburger CDU-Bundestagsabgeordneten Otto Bernhardt: Auf dem Weg in die Kreisgeschäftsstelle am Paradeplatz entdeckte er an einer Häuserwand eine ebenso eindeutige wie bösartige Aufforderung: »Liqudiert Bernhardt« stand dort mit knallroten Großbuchstaben geschrieben. »Idioten«, war Bernhardts erste Reaktion. Der Abgeordnete führt die Schmiererei auf seine Rolle als Liquidator des ehemals weltgrößten Chemiekonzerns I.G. Farben zurück, der sich in der Abwicklung befindet und für den am Montag Konkursantrag gestellt wurde (wir berichteten). Der Konzern hatte während des Zweiten Weltkriegs zehntausende Zwangsarbeiter eingesetzt.

Bernhardt hat bei der Polizei Anzeige erstattet und sieht die Schmiererei relativ gelassen: »Ich bin einiges gewohnt. Ich glaube nicht, dass ich mich vor körperlichen Angriffen fürchten muss.«

[Landeszeitung (SHZ) vom 12.11.2003]

VVN-Ausstellung in Buxtehude von Nazis gestört

Am 12.Januar öffnete die Wanderausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« in der Volkshochschule (VHS) Buxtehude im Landkreis Stade ihre Pforten.

Geplant war zu diesem Anlass eine Podiumsdiskussion mit der Journalistin Andrea Röpke, Cornelia Kerth, Bundessprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes(VVN) sowie dem Leiter der VHS Wolf Rosenzweig. Dies verlief jedoch anders als die Veranstalter es vorgesehen hatten.

Die Schülerinnen und Schüler des Buxtehuder »Halepaghen-Gymnasiums«, welche die Ausstellung der VVN/BdA auf eigeninitiative in ihren Ort eingeladen hatten, sahen sich auf der geplanten Begleitveranstaltung auf einmal einem Pöbelnden Mob von ca.25 Neonazis gegenüber.

Angeführt wurden die unerwünschten Gäste, selbst größtenteils JN-Mitglieder aus dem Landkreise Stade, vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Adolf Damman und Reinhold Oberlercher vom »Deutschen Kolleg«.Letzterer hat eine ähnliche wirre Karriere hinter sich wie Horst Mahler. So hat Oberlercher auf seinem Weg zum faschistischen »Sozialrevolutionär« (Selbstbezeichnung) unter anderem dem Sozialistischen Stundentenbund SDS angehört.

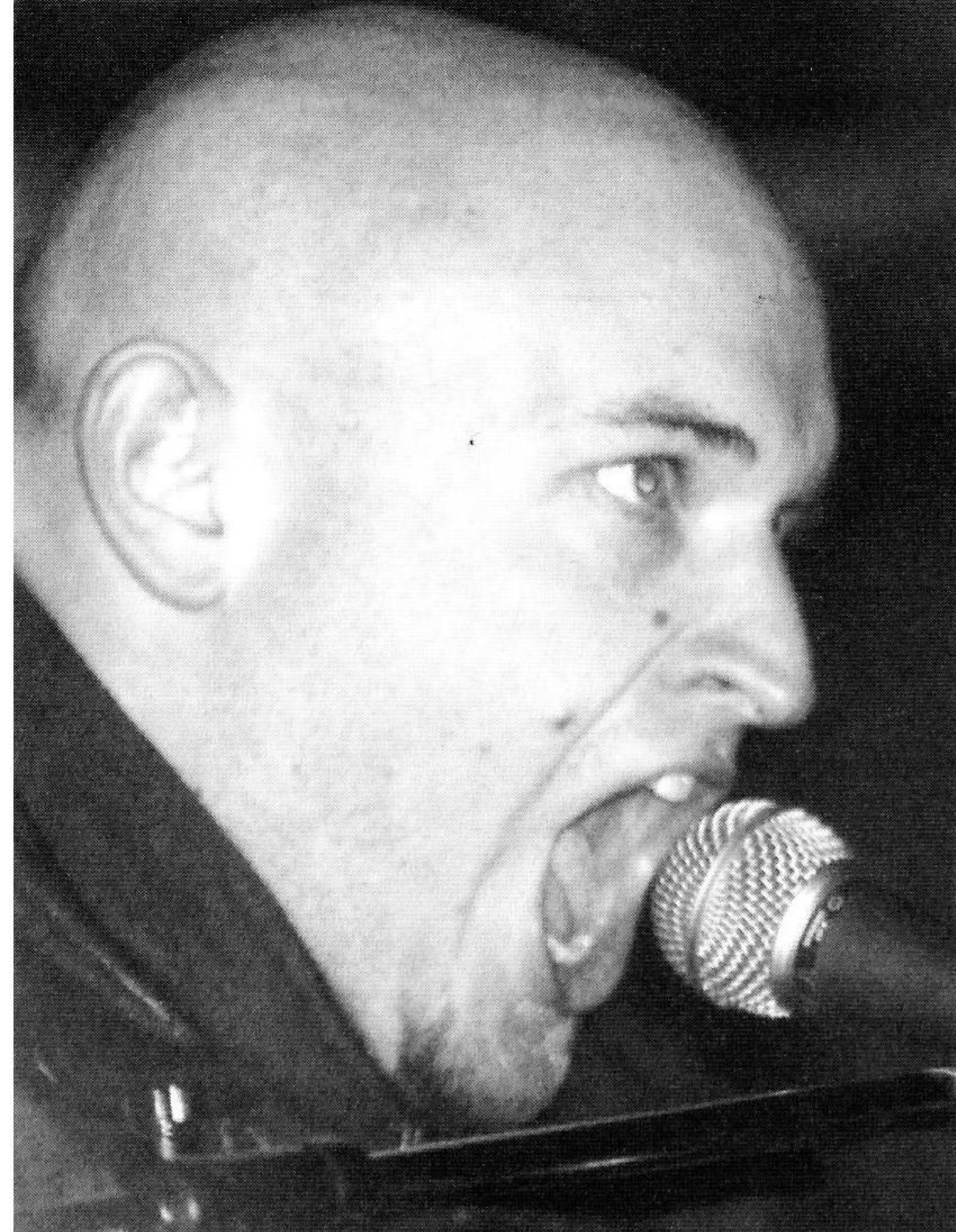
Die Neonazis hatten sich über den Saal verteilt und beharrten darauf mitzudiskutieren, schließlich sei zu der Veranstaltung ja öffentlich eingeladen worden. Unterstützer ihrer Forderung fanden sie aber nur bei den anwesenden Staatsschutz-Beamten. Diese hatten von der geplanten Aktion der Neonazis im Vorfeld zwar erfahren, hielten es aber nicht für nötig die Veranstalter davon in Kenntnis zu setzen. Da deutlich wurde, dass der Staatsschutz ein eingreifen ablehnte und die Störersich auch nicht freiwillig entfernen würden erklärte eine Vertreterin der Schüler-Ini die Veranstaltung für beendet »um solchen Nazikadern kein Forum zu geben«.Eine für den nächsten Tag geplante Veranstaltung zum Thema »Neofaschismus im Ladkreis Stade« wurde vom Hausherren Rosenzweig aus Angst vor weiteren Nazi-Aktionen so kurzfristig abgesagt, dass nicht nur etwa 60 interessierte vor verschlossender Tür standen, sondern auch 15 Neonazis, welche wohl tatsächlich geplant hatten auch diese Veranstaltung zu stören. Parallel zu diesen Einschüchterungsaktionen veröffentlichte das »Aktionsbüro Norddeutschland« um den Hamburger Nazikader Tobias Thiessen Namen vermeintlicher Mitveranstalter, ein vor Ort verteiltes JN-Flugblatt droht man werde »sorgfältig registrieren und archivieren«, »wer gezielte Infos über vermeintliche ›Nazifunktionäre‹« verbreite.

Neonazis wollen in Hamburg marschieren

Am 29. Januar wird die überarbeitete Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1945« in Hamburg eröffnet. Hier wurde sie 1995 erstmals gezeigt; mit dem 31. März 2004 endet dann ihre Tournee durch eine große Zahl von Städten in Deutschland und Österreich.

Am 27. März soll ein Aufmarsch neonazistischer Gruppierungen um den Hamburger Christian Worch stattfinden.
Dieser Aufmarsch reiht sich in ein gesellschaftliches Klima ein, dass sich durch ein neues nationales Selbstbewusstsein und eine immer offenere Äußerung antisemitischer Vorurteile in der Öffentlichkeit auszeichnet. Dieses Klima wird sich nicht kurzfristig ändern! Dazu bedarf es einer langen Serie von antifaschistischen Mobilisierungen und Aktionen, die den Aktionsraum der Faschisten einschränken.
Diese wollen wir am 27. März in Hamburg fortsetzen...
Gemeinsam gegen Faschismus und Krieg!
Den Nazis in die Parade fahren!

informiert euch: www.hamburg-gegen-nazis.de.vu oder 040 40 18 79 21



Magnus Söderman, Chef der SMR, erklärt auf einer Kundgebung in Salem den »totalen Widerstand«

Neonazi-Offensive in Schweden

Kriegserklärungen

Die Spitze der pro-terroristischen Schwedischen Widerstandsbewegung rückt mit dem deutschen Nazi-Anwalt Jürgen Rieger zusammen. Ihr Anführer Klas Lund, früher Chef und verurteilter Mörder beim Weißen Arischen Widerstand, wurde wegen Waffenvergehen verhaftet. Riegers Herrenhaus im schwedischen Svaneby angeblich angezündet. Und als Krönung all dessen marschieren zweitausend Nazis durch den Süden Stockholms – eine der größten europäischen Nazi-Aktivitäten dieses Jahres.

In jüngster Zeit waren die schwedischen Neonazis also sehr beschäftigt. Die Geschichte aber beginnt mit der Gründung der rassistischen Organisation *Schweden soll schwedisch bleiben* (BSS) in den frühen 1980er Jahren. BSS überwand die Grenzen, die den isolierten faschistischen Sekten der Nachkriegszeit aufgezwungen worden waren, und kündigte die Ankunft einer neuen extremen Rechten in Schweden an. Tatsächlich war BSS der Faulschlamm, in dem sich alle aufhalten konnten – seien sie Nazi-Revisionisten, uniformierte Verrückte, Unzufriedene oder Aussenseiter, Skinhead-Schläger oder schlicht angesehene rassistische Bürger. Wenn auch nur kurz, so war die schwedische extreme Rechte in der BSS vereint bis sich zwei verschiedene Stränge abzuzeichnen begannen.

Ein Teil der BSS justierte seine Beziehungen neu und bezog stärkere Inspiration von Jean-Marie Le Pen vom französischen *Front National*. Diese Gruppe entwickelte sich zu den erfolgreichen *Schwedische Demokraten* (SD), die heute mit 76.000 Stimmen (1,4 Prozent) und 50 Sitzen in Kommunalparlamenten prahlen. Nach den Wahlen im Jahr 2002 waren die SD die stärkste Partei außerhalb des nationalen Parlaments.

Die andere Fraktion griff Konzepte aus den *Turner Tagebüchern* von William Pierce und ähnlichen, meist aus den USA stammenden nazistischen Verschwörungstheorien auf, und bemühte sich, den RAHOWA, den Heiligen Rassenkrieg (Racial Holy War), gegen die sog. Zionistische Besatzungsregierung (ZOG) der westlichen Welt zu beginnen. BSS stand am Abend des Mittsommerfestes 1986 am Scheideweg, als sich ein Mob von einhundert Skinheads zum Saufen und zum Schikanieren von Einwandererfamilien im populären Seebad Nicksta in der Nähe Stockholms traf. Der 19-jährige Antirassist Ronny Landin setzte sich gegen die Anfeindungen zur Wehr; er wurde von einer Gruppe von Skinheads umringt, die in förmlich zu butigem Brei traten und schlugen. Er starb, nachdem ein Skinhead wiederholt auf seinen Kopf gesprungen war.

Der Mord an Ronny Landin machte landesweit Schlagzeilen und führte zu einer Vielzahl von Aktivitäten, die noch immer Nachwirkungen haben. Fünf Skinheads wurden schließlich angeklagt und für den Mord verurteilt, darunter Klas Lund, der als einer der Hauptbeteiligten vier Jahre Gefängnis erhielt.

Lund wurde Ende 1989 entlassen und nahm eine von der Kommune bezahlte Arbeit als Hausmeister der Skinhead-Kaserne beim Eis-Haus in Stockholm, ein sogenanntes Resozialisierungsprojekt für Jugendliche, auf. Das Eis-Haus wurde ein von der Regierung und vom Staat gesponsortes Treibhaus für Nazi-Aktivitäten, in dem Organisationen gegründet und Aktionen geplant wurden.

1991 entstand eine neue Nazi-Gruppierung: der *Weiße Arische Widerstand* (VAM), der berüchtigt wurde für die Einbrüche in Waffendepots der Armee und die Besetzung einer Polizeistation in Stockholm, um über 30 automatische SiG-Sauer Pistolen zu stehlen... Waffen für die Nazi-Revolution. Für mehrere Monate des Jahres 1991 stand Lund ganz oben auf der Liste der in Schweden meistgesuchten Personen. Er wurde schließlich nach einem Bankraub im entlegenen Nordosten des Landes, in der Nähe der Grenze zu Norwegen gefasst. Dieses Mal wurde er zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.
VAM war mehr ein Konzept als eine echte Organisation. Dennoch stammen die meisten der heutigen Nazi-Organisationen in Schweden auf die eine oder andere Weise davon ab. Die *Nationalsozialistische Front* (NSF) wurde 1992 als ein lokaler Ableger im südlich gelegenen Karlskrona ins Leben gerufen und eine Reihe von VAM-Unterstützern ging dazu über den Kern der heutigen *Blood & Honour-Scandinavia* zu formieren. Zugleich wurden Hilfsorganisationen wie die *Arische Bruderschaft* oder das *Gelbe Kreuz* gegründet, um inhaftierte VAM-Aktivisten zu unterstützen.



Unter dem Deckmantel eines »Trauermarsches« in Salem am 6.12.2003 marschierte die komplette schwedische Neonazi-Szene auf und nutzte die Kundgebung als Forum für die Postulierung einer neuen Offensive

Nach seiner Entlassung im Jahr 1996 wurde Klas Lund wieder einer der zentralen Organisatoren des harten Kerns des schwedischen Nazismus; dieses Mal stand er an der Spitze einer modernisierten Version der VAM, dem so genannten *Schwedischen Widerstand* (SMR), einer kleinen konspirativen und elitären Sekte, in der sich u.a. mehrere nazistische Gewohnheitsverbrecher mit Verbindungen zur Unterwelt, den Hells Angels und professionellen Bankräubern zusammengefunden haben. Als Folge der brutalen Ermordung von zwei Polizisten im Jahr 1999 wurde ein zentrales SMR-Mitglied, David Twaland, alias David Emilsson, wegen des Verkaufs von Waffen an ein Mitglied der Malexander-Bande verurteilt. Er wurde in Begleitung von Patrik Huisman verhaftet, der der VAM in den frühen 1990er-Jahren angehört hatte und nun den *MC Bruderschaft* anführt, eine verbotene Vereinigung von Motorradfahrern. Seit seiner Gründung im Jahre 1998 hatte der *Schwedische Widerstand* eine schemenhafte Gestalt; oft war er heimlich im Hintergrund aktiv. Die Organisation vertritt nach wie vor ein an den *Turner Tagebüchern* orientiertes Grundverständnis, obwohl die Aktivitäten meistens ihrer breiteren Jugendorganisation, der *Nationalen Jugend* (NU), überlassen bleiben. Verschiedene Täter des Nazi-Terrorismus im Jahr 1999 – die Doppelmörder von Polizisten in Malexander, die noch immer nicht aufgeklärte Autobombe gegen zwei antifaschistische Journalisten und die Ermordung des Gewerkschafters Björn Söderberg – standen mit der NU in Verbindung.

Die NU, zeitweise angeführt von Erik Hägglund, entwickelte enge Kontakte zur NPD in Deutschland. Im Jahr 2000 reisten NU-Aktivisten nach Deutschland, um mit der NPD-Jugendorganisation »Überlebenscamps« durchzuführen. Hägglund hat inzwischen die NU verlassen und arbeitet sehr eng mit *Baltic Inkasso*, eine Firma zum Schuldeneintreiben, die von einem Nazi-Kumpel Leif Larsson, betrieben wird, der nach Tallinn in Estland gezogen ist. *Inkasso* wurde verrufen, als es einen Karton mit einem Schweinekopf auf den Eingangsstufen eines Hauses eines seiner Schuldner hinterließ.

Allgemein schien SMR damit zufrieden gewesen zu sein, im Schatten der NU zu bleiben, jedoch änderte sich diese Situation im Jahr 2003 dramatisch. Ganz plötzlich startete SMR hektische Aktivitäten. Zu Beginn des Jahres vereinigte man sich mit den norwegischen *Boot Boys* und bildete die Norwegische Widerstandsbewegung (NWB). Sie besteht aus einigen der härtetsten Nazi-Kriminellen; gemeinsam geben sie eine neue Zeitschrift heraus, den *Nationalen Widerstand*, in dem sie das Vermächtnis der proto-terroristischen *Turner Tagebücher* vertreten.

Aber wichtiger noch: der SMR ist erstmals mit öffentlichen Aktivitäten aufgetreten. Im November mobilisierte SMR zu einer Demonstration nach Göteborg; zwei Wochen später zu einer weiteren Aktion im nahegelegenen Trollhättan. In Reden ging es um die »multikulturelle Bedrohung Schwedens«. Zur gleichen Zeit trat der »Pfarrer« Magnus Söderman als faktischer Anführer des SMR auf. Söderman, ein brillianter Redner, war am fehlgeschlagenen Versuch des Aufbaus einer schwedischen Sektion der *Aryan Nations* vor einigen Jahren beteiligt. Außerdem führte der SMR einige Flugblattaktionen durch, wohl in der Hoffnung »frisches Blut« für die Organisation rekrutieren zu können.

Während des Herbstes verlegte der SMR seine Aktivitäten von Stockholm in die abgelegene ländlichere Region in der Nähe des mittelschwedischen Ortes Skövde. Peter Johansson, der die Merchandising-Abteilung des SMR anführt, zog als Hausgast in das Herrenhaus von Svaneby, das dem berüchtigten deutschen Nazi-Anwalt Jürgen Rieger gehört, während Klas Lund eine abseits gelegene Landhütte in der Nähe mietete. Andere SMR-Aktivisten wurden ebenfalls beobachtet wie sie das Anwesen Riegers betraten oder verließen. Kontakte zwischen Rieger und der SMR bestehen bereits seit einiger Zeit; im August 2003 war Magnus Söderman einer der Redner beim jährlichen Rudolf Heß Marsch in Wunsiedel.

Einer der Gründe für die hektische Betriebsamkeit des SMR mag in der Gründung der *Nationaldemokraten* (ND) bestehen, eine 2001 gegründete Abspaltung der *Schwedischen Demokraten* in Stockholm, die seitdem NU-Aktivisten aufgenommen hat. Obwohl ND und SMR bei öffentlichen Aktivitäten zusammenarbeiten, besteht kein herzliches Verhältnis zwischen den Anführern der beiden faschistischen Organisationen. Vertreter der NU wie der NSF haben sich erbittert über die Versuche der ND beklagt, sich in den Zeitungen zu platzieren und die Verdienste aus gemeinsamen Aktivitäten einzusammeln.

Ende November nahm sich die Polizei acht zentraler Anführer der schwedischen Nazi-Bewegung an und nahm Computer, Mobiltelefone und Adressbücher mit. Die Durchsuchungen wurden wegen des Verdachts »illegaler paramilitärischer Aktivitäten« durchgeführt. Sowohl NSF- als auch SMR-Aktivisten unterhalten ländliche »Überlebenstrainingslager« und führen »Selbstverteidigungstrainings« durch.

Lunds Hütte in der Nähe von Riegers Herrenhaus war eins der durchsuchten Objekte und Lund wurde in einer dramatischen Aktion verhaftet wegen illegalen Besitzes einer Feuerwaffe. Der SMR versuchte der Anklage entgegenzutreten, indem ein Sündenbock auftrat, der die Schuld auf sich nahm und gestand, dass die Waffe ihm gehöre. Dieser Versuch scheiterte aber, weil Klas Lund nach einigen Nächten im Knast den Vorwurf gestand. Nach dem Geständnis wurde Lund entlassen, sieht sich aber in Kürze vor Gericht. Andere von den Durchsuchungen betroffene Nazis waren der NSF-Anführer Anders Ärleskog und der frühere NSF-Propagandaleiter Björn Björkqvist.

Die Razzien fanden kurz vor der zentralen Nazi-Aktion des Jahres, dem Salem-Marsch im südlichen Stockholm am 6. Dezember, statt, der das Gedenken an König Karl XII am 30. November als wichtigste jährliche Zusammenkunft abgelöst hat. Der Salem-Marsch hat eine kürzere Tradition und erinnert an den 17-jährigen Skinhead Daniel Wretström, der im Dezember 2000 von einer gemischten Jugendgang aus Schweden und Migranten brutal geschlagen und erstochen worden war. Wretström wurde umgehend bejubelt als »schwedischer Horst Wessel« und wurde nach seinem Tod Sammelpunkt einer vereinigten Nazibewegung.

Offiziell wird der Salem-Marsch als »Protest gegen Gewalt von Einwanderern gegen Schweden« vom Salem-Fonds organisiert, einer Frontorganisation von Robert Vesterlunds pro-terroristischem *Info-14*; tatsächlich jedoch handelt es sich um ein gemeinsames Projekt der *Nationaldemokraten*, der *Nationalsozialistischen Front*, des *Schwedischen Widerstandes* und von *Blood & Honour*. Das Ereignis hat rasch an Bedeutung gewonnen und legt heute einmal im Jahr die kleine Gemeinde von Salem völlig lahm. Dieses Jahr war der Salem-Marsch ein großer Erfolg für den faschistischen Extremismus Schwedens; über zweitausend Nazis kamen zusammen, verglichen mit weniger als tausend Antifaschisten, die zur Gegendemo gekommen waren. Die Stärke des Nazi-Marsches ist vergleichsweise groß mit dem Heß-Marsch im bayerischen Wunsiedel, zu dem im vergangenen August 2.600 Teilnehmer erschienen waren. Also ist Salem zu einem der bedeutendsten Aktionen der militanten Nazis in Europa geworden und in diesem Jahr waren etwa hundert deutsche Nazis aus Hamburg und Dortmund sowie kleinere Gruppen aus Italien, Holland, Russland und England.

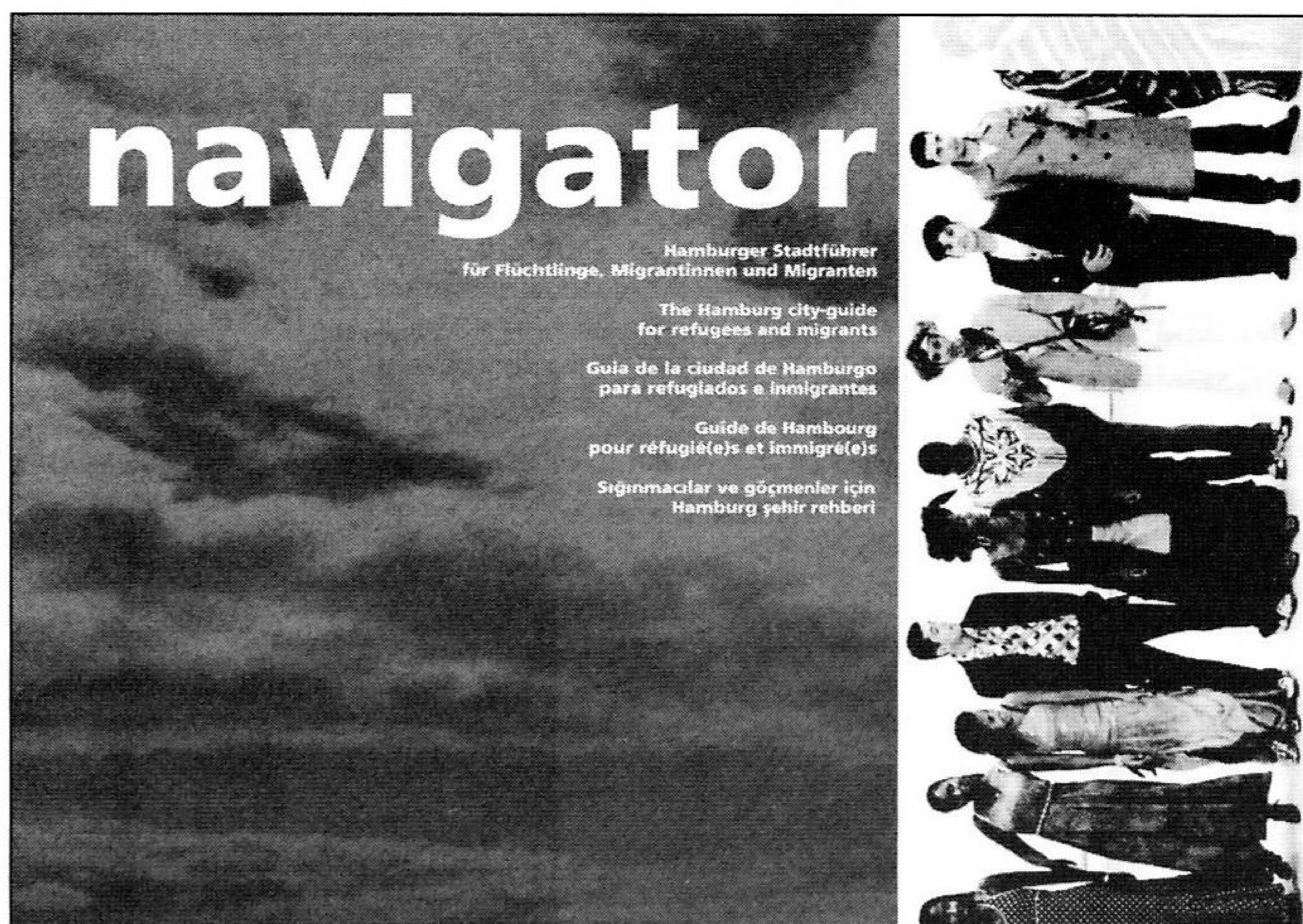
Das wesentliche Thema in den Reden in Salem war eine Kriegserklärung gegen die »jüdische Gesellschaft«, getarnt als ein Aufruf zum »Kampf gegen die Kosmopoliten«. Ein früherer Redner war der junge Faschist im Nadelstreifenanzug Jonas de Geer, der vor einigen Jahren als Herausgeber des vornehmen radikalkonservativen Magazis *Salt* bekannt geworden war. *Salt* wurde eingestellt, nachdem seine Finanziers sich zurückzogen, als die Tatsache bekannt wurde, dass das Blatt nicht viel mehr war als eine Tarnung für traditionellen Antisemitismus und revisionistischen Historiker wie David Irving ein Forum bot. Ihm folgten als Redner u.a. Magnus Söderman und der ND-Anführer Tor Paulsson. »Ich bin nicht gekommen, um zu trauern. Ich bin nicht gekommen, um betrübt zu sein. Ich bin gekommen, um zu signalisieren, dass die Zeit der Trauer vorbei ist und die Zeit des totalen Widerstands begonnen hat«, sagte Söderman. »Eines Tages werden wir diese Kosmopoliten, Liberalen, Humanisten oder wie immer sich diese Verräter selbst nennen lehren; eines Tages werden sie sich für ihre Verbrechen verantworten müssen«, drohte er.

ND-Anführer Tor Paulsson drehte noch weiter an der rhetorischen Gewaltschraube. »Eines Tages werden alle, die zur Unterdrückung und Diffamierung beigetragen haben, ihre gerechte Bestrafung erhalten. Dann werden Gudrun Schyman [frühere linke Parteivorsitzende],Göran Persson [schwed. Premierminister] und alle anderen Verräter sich vor uns verantworten müssen. Ich verspreche Euch allen, dass die Strafe fühlbar sein wird«, sagte er. Zusammengefasst war Salem 2003 eine Kriegserklärung des Vorstandes des Unternehmens Nazismus, Schweden.

Der letzte Redner in Salem war der britische Faschist Gareth Hurley vom Magazin *Final Conflict*, der bereits beim Marsch im letzten Jahr gesprochen hatte. Er leierte etwas über die »ethnische Gruppe« herunter, die die Weltwirtschaft kontrolliere.

In der auf den Marsch folgenden Nacht wurde ein Gebäude auf Riegers Anwesen in Svaneby durch ein Feuer zerstört. Die Polizei hat noch keine Kenntnisse über die Ursachen, aber Brandstiftung ist möglich.

Von Pat Hennings für Expo
und Antifa-Net in Stockholm.



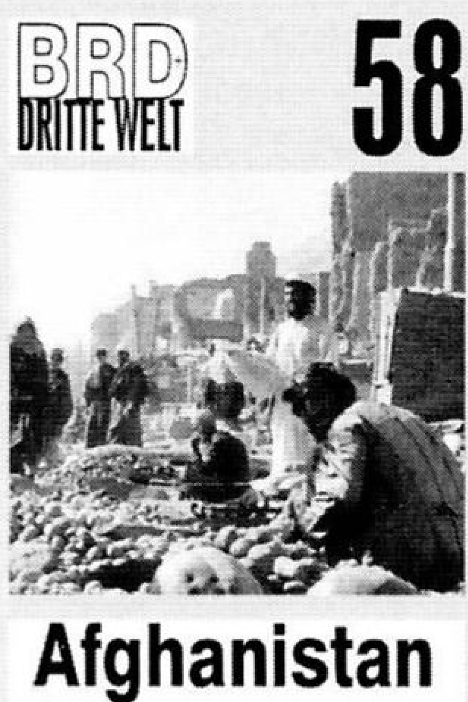
Jetzt endlich ist in Hamburg erstmals ein kostenloser, mehrsprachiger Stadtführer, der sich speziell an Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten richtet, erschienen: der „Navigator"

Wer ferne Länder und Städte durchstreifen will, dem drängt sich fremde Hilfe geradezu auf - ob bei der Touristen-Information, im Reisebüro oder im Buchladen, in dem sich ein Stadtführer an den nächsten reiht. Wer allerdings Hunger, Krieg, Diktatur, Folter oder Vergewaltigung hinter sich hat und nach gefährlicher Flucht in Deutschland ankommt, ist häufig auf sich allein gestellt.

In keinem anderen Bundesland wurden die finanziellen Mittel, die für Flüchtlinge und Migranten zur Verfügung stehen, in den letzten Jahren so einschneidend gekürzt wie in Hamburg. Zwar gibt es hier eine ganze Reihe spezieller Beratungsstellen. Bisher fehlt jedoch eine mehrsprachige, leicht zu handhabende Übersicht, die es den Neuankömmlingen ermöglicht, sich zurecht zu finden.

Deshalb ist jetzt der „Navigator" erschienen; ein 256 Seiten umfassender, kostenloser Stadtführer, der in fünf Sprachen auf die speziellen Probleme und Bedürfnisse der in Hamburg lebenden Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten eingeht:
Wer hilft mir, wenn ich Opfer von Folter und Gewalt geworden bin? Wo werde ich in untergebracht? Wo kann ich günstig Deutsch lernen? Aber auch: Wie finde ich einen Arzt, der mich behandelt, obwohl ich mich illegal hier aufhalte? Oder ganz einfach: Wo bekomme ich eine Fahrkarte für die U-Bahn?
Der „Navigator" gibt Tipps und Ratschläge und verweist an rund 100 Beratungsstellen in Hamburg. Er ist eine Art Hilfe zur Selbsthilfe, damit die Menschen, die hier ankommen, ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können und ein in dieser Form in Hamburg bisher einmaliges Projekt.

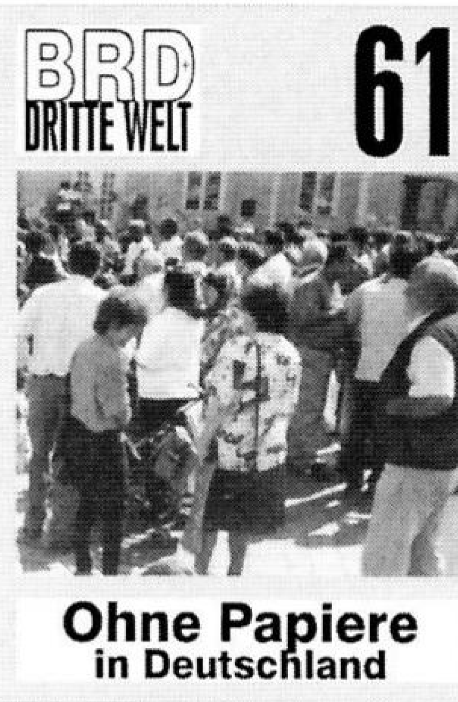
Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.navigator-hh.de
Nachfragen an info@navigator-hh.de



Was will die Bundeswehr in Afghanistan? Was verteidigt Minister Struck am Hindukusch?

Das Heft zeichnet die letzten hundert Jahre deutsch-afghanischer Beziehungen bis zum „Anti-Terror-Krieg" 2001 und der Stationierung der ISAF-Truppe 2002 (Kabul) und 2003 (Kunduz) nach. Es stellt darüber hinaus die Frage, welches Interesse die Bundesrepublik Deutschland zu diesem weit entfernten und teuren Militärengagement bewegt.

Reinhard Pohl: **Afghanistan**
Broschüre, November 2003, 48 Seiten, 2 Euro
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82



Niemand kann sie zählen: Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben. „Ohne Papiere" meint, dass sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben. Sie können erlaubt, zum Beispiel mit einem Visum, gekommen sein, sie können die Grenze auch unerlaubt überschritten haben. Es sind Männer, Frauen und Kinder, und es sind Hunderttausende.

Der Autor beschreibt die Rahmenbedingungen: Weshalb leben Menschen ohne Papiere in Deutschland? Er beschreibt Grenzsicherung und Abschottung nicht als Mittel, die Zahl der sogenannten „Illegalen" – oder besser: Illegalisierten – zu vermindern, im Gegenteil. Je schwerer es Einwanderern gemacht wird, legal in Deutschland zu leben und zu arbeiten, desto mehr Menschen leben ohne Erlaubnis hier.

Im zweiten Teil beschreibt der Autor unter den Überschriften

- Arbeit und Ausbeutung
- Unterkunft
- Gesundheitsfürsorge
- Bildung
- Soziale Beziehungen und Netzwerke

die Lebenssituation von Papierlosen in Deutschland.
Daran schließen sich Forderungen zur Verbesserung der Situation von Papierlosen an, vorgestellt werden Legalisierungskampagnen in anderen europäischen Ländern.
Im letzten Kapitel geht es um Beratung, Unterstützung und Hilfe für Papierlose.

48 Seiten, Mai 2003, 2 Euro
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel



meierei bleibt



unkommerziell und selbstbestimmt.

analyse + kritik
ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis

analyse & kritik erscheint 11 x im Jahr
mit 36 Seiten im Zeitungsformat.
Einzelpreis: € 4,20 – Jahresabo € 53
(Sozialabo: € 37,-)

Im Abopreis enthalten sind
zwei Ausgaben von
FANTÔMAS
Magazin für linke Debatte und Praxis
Einzelpreis: € 4,50 + Porto (Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen!
Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
redaktion@akweb.de · www.akweb.de



Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet 13,- € für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.

enough@nadir.org · www.enough.nadir.org